

# Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 22. Juli 2002

www.epd.de

**Nr. 30**

Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung vom 26.8. – 4.9. in Johannesburg

## Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen

■ Stellungnahme des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz

■ »Wittenberger Memorandum« der Bilanztagung zur nachhaltigen Entwicklung in Kirche und Gesellschaft

■ »Von Rio über Johannesburg nach ...«  
Texte der Tagung in Wittenberg  
(14.-16.Mai 2002)

### Impressum

Herausgeber und Verlag:  
Gemeinschaftswerk der  
Evangelischen Publizistik (GEP)  
gGmbH  
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,  
60439 Frankfurt am Main.  
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,  
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:  
Jörg Bollmann  
epd-Zentralredaktion:  
Chefredakteur: Dr. Thomas Schiller

Ressort epd-Dokumentation:  
Verantwortlicher Redakteur  
Peter Bosse-Brekenfeld  
Tel.: (069) 58 098 -135  
Fax: (069) 58 098 -294  
E-Mail: [doku@epd.de](mailto:doku@epd.de)

Der Informationsdienst  
epd-Dokumentation dient der  
persönlichen Unterrichtung.  
Nachdruck nur mit Erlaubnis und  
unter Quellenangabe.

## ■ Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen

ENTWURFTEXT Vom 26. August bis zum 4. September 2002 findet der UN-Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (WSSD) in Johannesburg, Südafrika statt. Zehn Jahre nach der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro werden Delegierte von Regierungen zusammen mit Vertretern der Wirtschaft, von Nichtregierungsorganisationen und Kirchen Bilanz ziehen. In Rio de Janeiro wurde die Agenda 21 verabschiedet, ein "Handlungsprogramm für das 21. Jahrhundert". In Johannesburg soll überprüft werden, wie erfolgreich dieses Handlungsprogramm bisher war und welche weiteren Schritte nötig und möglich sind, um Armut und Umweltzerstörung weltweit und gemeinsam zu bekämpfen.

Auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz haben zu dieser wichtigen Konferenz der Völkergemeinschaft Stellung bezogen. Sie bezeichnen in einer "gemeinsamen Stellungnahme zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung" die Agenda 21 als unverzichtbare Basis für eine verantwortliche Zukunftspolitik. Wir eröffnen mit diesem Text diese Dokumentation.

Die Kirchen haben sich in vielen Bereichen an der Umsetzung der Agenda 21 beteiligt. Auf einer Bilanztagung zu nachhaltiger Entwicklung in Kirche und Gesellschaft "Von Rio über Johannesburg nach..." vom 14. zum 16. Mai 2002 in der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt in Wittenberg haben die Tagungsteilnehmer aus kirchlichen Umwelt und Entwicklungseinrichtungen Bilanz gezogen des kirchlichen Handelns für nachhaltige Entwicklung. Deutlich wurde dabei, dass die deutschen Kirchen in ihrer Entwicklungszusammenarbeit, beim Umweltschutz und der Bildungsarbeit wichtige Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung geleistet haben, wie die hier dokumentierten Tagungsvorträge zeigen.

Darüber hinaus haben die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in einem Schlussdokument der Tagung, dem Wittenberger Memorandum "Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen" bisher Erreichtes aus verschiedenen Bereichen kirchlichen Handelns exemplarisch zusammengestellt und wollen damit Christen und Christinnen, Gemeinden und Kirchenleitungen aufmerksam machen auf die vielfältigen Möglichkeiten, nachhaltig zu handeln.

Doch auch wenn es viele interessante Beispiele für nachhaltiges

Handeln und eine ganze Reihe hervorragende Einzelprojekte für Umwelt und Entwicklung in den Kirchen gibt, so kann doch von einer allgemeinen und selbstverständlichen Praxis für nachhaltige Entwicklung auch in den Kirchen noch nicht gesprochen werden. Deshalb mahnen sowohl der Rat der EKD und die Deutsche Bischofskonferenz als auch die Autoren des Wittenberger Memorandums an, dass es in nächster Zeit gelingen muss, die vielen Ansätze guter Pilotprojekte in die Breite der kirchlichen Einrichtungen und Aktivitäten zu übertragen. Unabhängig von den Ergebnissen des Weltgipfels in Johannesburg bleibt das Engagement für nachhaltige Entwicklung eine wichtige Aufgabe der Kirchen.

Dr. Hans Diefenbacher  
Beauftragter des Rates der EKD  
für Umweltfragen

Hans-Joachim Döring  
EED-Fachstelle Umwelt und  
Entwicklung Beim Kirchlichen  
Forschungsheim Wittenberg

Eberhard Hitzler  
Referent für Entwicklungspolitik  
im Kirchenamt der EKD in  
Hannover

Jörg Göpfert  
Studienleiter der Evangelischen  
Akademie Sachsen-Anhalt

**Aus dem Inhalt:****»Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen«**

- Dr. Hans Diefenbacher, Hans-Joachim Döring, Eberhard Hitzler, Jörg Göpfert:  
»Vorwort zu dieser epd-Dokumentation« **2**

**EKD-Rat und Deutsche Bischofskonferenz zum Weltgipfel in Johannesburg**

- Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und Deutsche Bischofskonferenz:  
»Stellungnahme zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung« **4**

**»Wittenberger Memorandum«**

- Wittenberger Memorandum der Bilanztagung  
»Von Rio über Johannesburg nach...« **7**

**Beiträge der Tagung »Von Rio über Johannesburg nach...«**

- Hans-Joachim Döring:  
»Begrüßung und Einführung in die Tagung« **23**

- Dr. Reinhard Hermle:  
»Zukunftsfähiges Deutschland. Bilanz und Barrieren« **26**

- Dr. Hans Diefenbacher:  
»Wer berät wen und wer hört nicht zu?  
Eine kleine Systemkritik zum Nachhaltigkeitsdialog in Deutschland« **31**

- Bischof Axel Noack:  
»Lass sie nur bauen; wenn ein Fuchs auf ihre steinerne Mauer  
hinaufspringt, reißt er sie ein« (Neh 3,35) **39**

- Dr. Volker Teichert:  
»Über Umweltmanagementpotenziale und ihre Barrieren.  
Grundlagen des Modellprojekts Kirchliches Umweltmanagement« **47**

- Jobst Kraus:  
»Was Kirche nachhaltig macht: Energisch Energie Sparen –  
Der Beitrag der Kirchen zur Klimadebatte« **50**

- Franziska Kirsch:  
»Politik mit dem Kochtopf – Mahlzeit – Eine Kampagne von Brot für die Welt« **56**

- Pfarrer Klaus Breyer:  
»Ansatzpunkte für ein Nachhaltigkeitsmanagement  
in den Einrichtungen der Diakonie« **62**

- Wolfgang Seiss und Michael Frein:  
»Nachhaltigkeit als Tagesgeschäft? Aktivitäten des EED zur  
Umsetzung der Konvention über biologische Vielfalt« **69**

- Peter Rottach:  
»In Krisen die Chancen sehen – nachhaltiger Wiederaufbau auf dem Balkan« **72**

- Dr. Beatus Fischer:  
»Ethische Investment – eine Aufgabe für die Kirche? –  
Zwischen Anspruch und Wirklichkeit« **75**

# Stellungnahme zum »Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung«

*Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und Deutsche Bischofskonferenz*

**Pressemitteilung, Bonn und  
Hannover 7. 2002**





# Wittenberger Memorandum: »Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen«

**Wittenberger Memorandum der Bilanztagung  
»Von Rio über Johannesburg nach ...«, vom  
14. - 16. Mai 2002, Evangelische Akademie  
Sachsen-Anhalt, Wittenberg.**

## 1. Von Rio nach Johannesburg

### 2. Nachhaltige Entwicklung als Aufgabe der Kirchen

2.1 Tradition und Aufgabe

2.2 Nachhaltigkeit in der Verkündigung und Kirchen als Orte nachhaltiger Entwicklung

### 3. Ausgewählte kirchliche Handlungsfelder

3.1 Beiträge des kirchlichen Entwicklungsdienstes für eine global nachhaltige Entwicklung

3.2 Ernährungssicherung und nachhaltige Entwicklung

3.3 Armutsbekämpfung und globale Gerechtigkeit

3.4 Fairer Handel mit Produkten aus dem Süden

3.5 Nachhaltigkeitspotenziale in Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen

3.6 Kirchliches Umweltmanagement

3.7 Solarenergie von Kirchendächern

3.8 Lokale Agenda 21: eine Herausforderung für kirchliches Handeln

3.9 Nachhaltige Vermögensanlage

3.10 Diakonie und Nachhaltigkeit

### 4. Nachhaltigkeit in den Kirchen: Von Pilotprojekten zur alltäglichen Praxis

## 1. Von Rio nach Johannesburg

Der 10. Jahrestag der Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro soll vom 26. August bis 4. September 2002 in Johannesburg, Südafrika mit einer weiteren Weltkonferenz, dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD), begangen werden. Hier soll überprüft werden, was seither zum Stichwort »nachhaltige Entwicklung« erreicht worden ist und wie sich das Erreichte zu den damals verabschiedeten Zielsetzungen verhält. Vor allem aber sollen die Problemstellungen und Prioritäten für die nächsten Jahre benannt, erneut Ziele festgelegt und zur Erreichung dieser Ziele geeignete Maßnahmen verabschiedet werden. Ob sich in Johannesburg die internationale Politik der Herausforderung einer nachhaltigen Entwicklung im globalen Maßstab mit der nötigen Entschiedenheit zuwenden wird, ist mehr als ungewiss. Umso notwendiger ist es, einer Politik mit diesem Ziel so weit wie möglich den Weg zu bereiten: durch eine Bilanz im Zuständigkeitsbereich der Kirchen und das Bestimmen eigener Ziele und Maßnahmen, die den Weg zu regionalen und nationalen Strategien der nachhaltigen Entwicklung erleichtern.

### Nachhaltige Entwicklung

Wohl die bedeutsamste Definition der Nachhaltigkeit aus dem Bereich der Politik stammt von der Brundtland-Kommission, die nachhaltige Entwicklung in ihrem Abschlussbericht als eine Entwicklung beschreibt,<sup>1</sup>

**»Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung verknüpft also ethische Anliegen des Umweltschutzes und der Entwicklungspolitik. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen sollen in der Weise zukunftsfähig gestaltet werden, dass künftigen Generationen keine Hypotheken hinterlassen werden, die ihre Existenzgrundlagen unzumutbar oder gar irreversibel belasten.**

»... die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können«.

Zahllose Arbeiten, die den Begriff der Nachhaltigkeit verwenden, nehmen diese Definition zu ihrem Ausgangspunkt. Die anthropozentrische Formel der Brundtland-Kommission liegt auch dem Begriffsverständnis von Nachhaltigkeit in den Dokumenten der UNCED zugrunde, die diesen Begriff zum seither vorherrschenden Leitbild der internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik gemacht haben. Nachhaltigkeit wird seitdem häufig als positives Schlagwort verwendet, ohne wirklich klarzulegen, was mit diesem Begriff präzise gemeint ist.

**„ In jahrzehntelanger ökumenischer Diskussion ist die vereinfachte Interpretation des göttlichen Auftrages nach der Formel »Macht Euch die Erde untertan!« allmählich von dem Leitbegriff einer verantwortlichen Haushalterschaft abgelöst worden.**

In der Studie »Ernährungssicherung und nachhaltige Entwicklung« der Kammer für Entwicklung und Umwelt der EKD wird dargestellt, dass der Begriff Nachhaltigkeit zumindest die folgenden ethisch-normativen Aspekte enthält:

- Die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit bezeichnet die Notwendigkeit der weltweiten Beachtung von Rückkopplungen wirtschaftli-

cher und sozialer Entwicklungen an die natürlichen Lebensgrundlagen. Ressourcenschonung und Prävention sind zukunftsbezogene Aspekte der Nachhaltigkeit, die auch für künftige Generationen menschenwürdige Lebensbedingungen garantieren sollen.

- Soziale Gerechtigkeit und Partizipation sind Gegenwartsaspekte der Nachhaltigkeit. Durch sie soll eine Grundversorgung aller Menschen sichergestellt werden und die Teilhabe aller an den Gütern der Erde.
- Die politische beziehungsweise entwicklungspolitische Dimension der Nachhaltigkeit meint ein weltweites Entwicklungskonzept für alle Staaten und Länder, insbesondere zugunsten der Entwicklungsländer, das dem internationalen und interkulturellen Zusammenleben, der Gerechtigkeit und dem Frieden dient.

Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung verknüpft also ethische Anliegen des Umweltschutzes und der Entwicklungspolitik. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen sollen in der Weise zukunftsfähig gestaltet werden, dass künftigen Generationen keine Hypotheken hinterlassen werden, die ihre Existenzgrundlagen unzumutbar oder gar irreversibel belasten.

## 2. Nachhaltige Entwicklung als Aufgabe der Kirchen

### 2.1 Tradition und Aufgabe

Seit Jahrzehnten wird von vielen Menschen in unserer Gesellschaft nach ethischen Kriterien für den Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen und nach den Formen des gerechteren Zusammenlebens zwischen den Menschen gefragt. Die Kirchen, Christinnen und Christen verstehen dabei die Umwelt als Schöpfung, die uns nicht beliebig zur Verfügung steht.

Das Alte Testament beginnt mit dem Bekenntnis, dass die Natur und der Kosmos von Gott geschaffen wurden. Nach der biblischen Schöpfungsüberlieferung bekommt der Mensch von Gott eine mitschöpferische Verantwortung zugewiesen: die Erde »zu bebauen und zu bewahren«.<sup>2</sup> Wissenschaft und Technik wurden aber vor allem in der Tradition von Bauen und weniger von Bewahren gesehen. Die Kirchen begnügten sich lange Zeit zu zeigen, dass die biblische

Schöpfungslehre mit einem naturwissenschaftlich-technologischen Weltbild vereinbar ist.

Frühzeitig haben die Kirchen vor vermessenen Eingriffen in die Natürlichkeit des Menschen durch Medizin und Psychologie gewarnt. Die Wahrung der Menschenwürde und das Bemühen um soziale Gerechtigkeit waren schon zu Zeiten der industriellen Revolution immer wieder ein Thema, das von Teilen der Kirchen aufgegriffen wurde.

**„ Nachhaltige Entwicklung darf jedoch nicht auf ökologische Ziele verkürzt werden. Deshalb ist aus christlicher Sicht die Gerechtigkeit zwischen den Generationen sowie die Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich Dreh- und Angelpunkt für eine nachhaltige Entwicklung.**

Der Aufgabe, sich zum Anwalt der Natur und ihres Eigenwertes zu machen, nahmen sich die Kirchen jedoch erst spät an. So enthält eine ge-

meinsame Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz aus dem Jahre 1985 unter dem Titel »Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung« in der Tat das Eingeständnis, »dass die christliche Theologie die drohenden Gefahren für die Umwelt nicht rechtzeitig erkannte und in Verlegenheit geriet, als die Bedrohung der Umwelt plötzlich mit Macht ins allgemeine Bewusstsein trat.«<sup>3</sup>

“ **Diese frühzeitige Schwerpunktsetzung der Kirchen aus Nord und Süd hat den internationalen Diskurs über Nachhaltigkeit mit geprägt.**

In jahrzehntelanger ökumenischer Diskussion ist die vereinfachte Interpretation des göttlichen Auftrages nach der Formel »Macht Euch die Erde untertan!« allmählich von dem Leitbegriff einer verantwortlichen Haushalterschaft abgelöst worden. Dieser Begriff umfasst sowohl Ökonomie als auch Ökologie mit dem Ziel einer Haus-, Lebens- und Weltgemeinschaft für alle Menschen. In der bereits genannten gemeinsamen Erklärung der beiden Kirchen von 1985 werden drei Richtlinien für verantwortliches Handeln genannt:

- die Ehrfurcht vor dem Leben,
- eine vorausschauende Gefahrenabschätzung und
- eine nicht nur am ökonomischen Kalkül orientierte Abwägung von Schaden und Nutzen menschlicher Eingriffe in die Natur.

Die damals formulierten Forderungen für ein »neues Denken und Handeln« lesen sich auch heute noch überraschend aktuell. Angemahnt wurde:

- ein neuer, umweltverantwortlicher Lebensstil,
- das Denken in ökologischen Systemzusammenhängen,
- ökologisch verträgliches Wirtschaften, hier vor allem die Entwicklung von »sanften« und »alternativen« Technologien sowie ein Engagement für selbstorganisierte, kleine und überschaubare Betriebsformen.

Von der Politik wurden Rahmenbedingungen verlangt, die ökologisch sinnvolles Verhalten nicht durch Wettbewerbsnachteile bestrafen.

Nachhaltige Entwicklung darf jedoch nicht auf ökologische Ziele verkürzt werden. Deshalb ist

aus christlicher Sicht die Gerechtigkeit zwischen den Generationen sowie die Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich Dreh- und Angelpunkt für eine nachhaltige Entwicklung. Ohne Gerechtigkeit und Solidarität kann es keine nachhaltige Entwicklung geben. Die Gefährdung eines menschenwürdigen Lebens in der Zukunft darf nicht gegen die Armut und Marginalisierung der Menschen heute ausgespielt werden. Nachhaltige Entwicklung insgesamt ist nur dann möglich, wenn eine einseitige Ausrichtung auf jeweils die ökologische, die ökonomische oder die soziale Nachhaltigkeit vermieden wird. Es geht nicht nur um ökologische Schadensbegrenzung, sondern darum, wie unser Wirtschaften und unsere Lebensstile global verträglicher werden können.

Die Kirchen waren wohl mit die ersten der großen Institutionen, die den Begriff der nachhaltigen Entwicklung zur Beschreibung ihrer Aufgaben verwendet und in ihre Programmatik aufgenommen haben. Auf der »Weltkonferenz des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) über Wissenschaft und Technologie für eine menschliche Entwicklung« 1974 in Budapest wurde das Studienprogramm »Suche nach einer gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft« (Just, Participatory and Sustainable Society - JPSS) entworfen. Die fünfte ÖRK-Weltversammlung 1975 in Nairobi verabschiedete JPSS als Arbeitsschwerpunkt der Weltkirchengemeinschaft für das darauf folgende Jahrzehnt. Daraus entwickelte sich der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung (Justice, Peace and Integrity of Creation - JPIC). Diese frühzeitige Schwerpunktsetzung der Kirchen aus Nord und Süd hat den internationalen Diskurs über Nachhaltigkeit mit geprägt. Nachhaltigkeit als grundlegendes Leitbild für zukünftige und zukunftsfähige Entwicklungen hat seit der Konferenz von Rio in verschiedenen kirchlichen Erklärungen und Verlautbarungen große Beachtung gefunden.

Das Gemeinsame Wort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz von 1997 mit dem Titel »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit« nimmt die Zielsetzung der nachhaltigen Entwicklung ausdrücklich auf und bezeichnet die Vernetzung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Problematik als Ziel der Bewusstseinsbildung für eine christliche Weltgestaltung. Es fordert eine stärkere ökologische Ausrichtung der Wirtschaft, die Abkehr vom rein quantitativen Wirtschaftswachstum und - zur Wahrnehmung der Verantwortung für die »Eine Welt« - eine Aufwertung der Entwicklungspolitik

sowie ein verbessertes Mitspracherecht der armen Länder in internationalen Wirtschaftsgremien.<sup>4</sup> Nachhaltigkeit wird hier also unter den grundlegenden ethischen Perspektiven wie Gottes- und Nächstenliebe, vorrangige Option für die Armen, Schwachen und Benachteiligten, Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität eingereiht (3.3). »Die Zielperspektive der Nachhaltigkeit«, so heißt es dort (3.3.5.), »schließt vor allem die Verantwortung für die Schöpfung ein.« Und weiter: »Die christliche Soziallehre muss künftig mehr als bisher das Bewusstsein von der Vernetzung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Problematik wecken.« Nachhaltigkeit als neues Sozialprinzip!

Dieser Grundgedanke wird weitergeführt in der von der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz herausgegebenen Schrift von 1998 »Handeln für die Zukunft der Schöpfung«. Nachhaltige Entwicklung wird hier als politisch-ethischer Leitbegriff und als eine unabdingbare Forderung zeitgemäßer Schöpfungsverantwortung beschrieben. Es werden Entscheidungskriterien für den Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung vorgestellt und die Erneuerung des Lebensstils als wesentliche Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung benannt.

**„ Nicht zuletzt um der Glaubwürdigkeit ihrer Verkündigung willen müssen sich die Kirchen mit ihrer eigenen Praxis auseinandersetzen.**

Als weitere wichtige Veröffentlichungen sollen erwähnt werden:

- »Umwelt und Entwicklung - eine Herausforderung an unsere Lebensstile« (1995), das Abschlussdokument des gemeinsamen Studienprojekts der Konferenz europäischer Kirchen (KEK) und der europäischen Bischofskonferenz (CCEE);
- die Studie des Beirats des Beauftragten des Rates der EKD für Umweltfragen »Gefährdetes Klima - Unsere Verantwortung für Gottes Schöpfung« (1995);
- die Studie »Die vielen Gesichter der Globalisierung - Perspektiven einer menschengerechten Weltordnung« (1999), herausgegeben von der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz;

- die Studie der Kammer der EKD für Entwicklung und Umwelt »Ernährungssicherung und nachhaltige Entwicklung« (2000) sowie
- die Ergebnisse der dritten Konferenz der Umweltbeauftragten der europäischen Bischofskonferenzen zum Thema »Christlicher Lebensstil und nachhaltige Entwicklung«.

In den Kirchen gibt es zu vielen Fragen der weltweiten Gerechtigkeit einen breiten Konsens. Dazu gehört das Engagement der Kirchen im Blick auf die internationale Verschuldung wie zu Fragen der Menschenrechte oder der sozialen Entwicklung. Dabei stehen sie vor einer Fülle von Herausforderungen und neuen Aufgaben: Die wirtschaftliche Globalisierung und die damit verbundene weltweite gegenseitige Abhängigkeit bewirkt, dass unser Wirtschaften, unsere nationalstaatlichen Entscheidungen, unser Lebensstil und Konsum zunehmend Auswirkungen hat auf Lebenschancen von Menschen in anderen Weltregionen. Globalisierungsprozesse müssen so gestaltet werden, dass sie Teil einer nachhaltigen Entwicklung werden.

## 2.2 Nachhaltigkeit in der Verkündigung und Kirchen als Orte nachhaltiger Entwicklung

Kirchen haben in ihrer Verkündigung den Auftrag zu trösten, zu mahnen, zu stärken, zu ermutigen und auf der Grundlage des christlichen Glaubens ethische Werte zu vermitteln. Dies gilt auch im Hinblick auf das Ziel der nachhaltigen Entwicklung. Umweltzerstörung und durch Menschen verursachter Klimawandel, die drastische Verringerung der Artenvielfalt, extreme Armut und extremer Reichtum gefährden ein gerechtes und friedliches Zusammenleben der Menschen und Völker und schädigen die Schöpfung.

In dieser Situation orientieren sich die Kirchen an den Schöpfungstexten des Alten und des Neuen Testaments, die von Gottes Verheißung und Zukunft für die ganze Schöpfung sprechen. Paulus fasst diese Verheißungen zusammen in seinem Brief an die Römer. »Denn auch die Schöpfung, die sich nach Befreiung sehnt, wird frei werden von der Knechtschaft des Verderbens« (Römerbrief, 8,19-24a). Bilder dieser befreiten Schöpfung finden sich in Jesaja 65, Jesaja 11, Offenbarung 21 und an vielen anderen Stellen.

Diese Verheißungen schärfen auch unsere Wahrnehmung. Die menschliche und die nichtmenschliche Schöpfung sind nicht nur gefährdet, wie es in den letzten Jahrzehnten in kirchlichen und

nichtkirchlichen Texten immer wieder beschrieben wurden ist. Vielmehr wurde und wird die Schöpfung zerstört. Sie wird zerstört durch die von Menschen ausgeübte Gewalt gegen die Natur und gegen Menschen. Befreiung der Schöpfung heißt Befreiung von dieser Gewalt.

Die Kirchen haben allen Menschen die Botschaft des Evangeliums weiterzusagen. Sie verkünden die frohe Nachricht von der Befreiung des Menschen von Sünde und Verderben. In diese Befreiung ist die gesamte Schöpfung eingeschlossen. Damit ist nicht gesagt, dass Gott es schon machen wird und uns letztlich nichts passieren kann. Unter der Verheißung der göttlichen Zukunft der Schöpfung sind wir nicht nur zur Bewahrung der Schöpfung aufgerufen. Als Christinnen und Christen, die aus dieser befreienden Botschaft leben, arbeiten wir mit an der göttlichen Befreiung der Schöpfung aus der Gewalt, die ihr angetan wird. Unsere Mitarbeit ist zu verstehen als Beitrag zur Minimierung der Gewalt gegen Menschen und die Natur. Wo immer uns das gelingt, ist es ein Zeichen für das Versprechen Gottes, dass die Gewalt ein Ende haben wird, dass ein neuer Himmel und eine neue Erde kommen werden. Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sondern sie ist uns von Gott versprochen.

Auf der Grundlage dieser Verheißung setzen sich die Kirchen in ihrer Verkündigung, in ihrer Bildungsarbeit und mit ihrem gesellschaftspolitischen Gewicht für benachteiligte Menschen, für die gefährdete Schöpfung und für die Interessen der künftigen Generationen ein.

Nicht zuletzt um der Glaubwürdigkeit ihrer Verkündigung willen müssen sich die Kirchen mit ihrer eigenen Praxis auseinandersetzen. Auch die

tägliche Praxis und die äußere Gestalt predigen. Die Kirchen besitzen Land und betreiben zahlreiche Einrichtungen, etwa Gemeinde- und Tagungshäuser, Kindergärten und Schulen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. In Gemeinden und Einrichtungen arbeiten insgesamt fast eine Million Menschen. Sie verbrauchen Energie und erzeugen Abfall. Sie kaufen Büromaterial, verbauen Rohstoffe, verwalten Vermögen. Millionen von Menschen kommen täglich in Kontakt mit kirchlichen Einrichtungen.

Im Prozess für nachhaltige Entwicklung können die Kirchen als Vermittler zwischen vielfältigen Interessen auftreten. Sie verfügen über große Erfahrungen im sozialen Engagement - unter anderem in Diakonie, Caritas und der Entwicklungszusammenarbeit. Vor allem aber sind sie fast überall in lokalen Strukturen verankert. Sie können umfangreiche Ressourcen bündeln. Diese Möglichkeiten werden bisher noch nicht ausreichend genutzt.

Es gibt zu vielen Aspekten der Nachhaltigkeit im Raum der Kirche wichtige Vorreiter und gute Pilotprojekte. Viele dieser Projekte und Initiativen werden in den folgenden Abschnitten genannt. Aber nachhaltige Entwicklung, die als Wesensmerkmal kirchlicher Arbeit begriffen wird, verlangt weitergehende Anstrengungen. Eine »gute fachliche Praxis« für nachhaltige Entwicklung muss in allen kirchlichen Einrichtungen zur Selbstverständlichkeit werden und in den täglichen Auftrag eingehen. Dafür müssen auch die notwendigen Mittel und Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden, wenn Nachhaltigkeit als Prinzip im Handeln der Gemeinden und der kirchlichen Verwaltungen dauerhaft verankert werden soll.

### 3. Ausgewählte kirchliche Handlungsfelder

#### 3.1 Beiträge des kirchlichen Entwicklungsdienstes für eine global nachhaltige Entwicklung

Nach dem Zweiten Weltkrieg orientierte sich Entwicklungspolitik bis in die neunziger Jahre am Leitbild einer nachholenden Entwicklung. Dies galt für staatliche und kirchliche Entwicklungsarbeit gleichermaßen. Auf der Synode in Berlin-Spandau 1968 beschlossen die Gliedkirchen der EKD, künftig mindestens zwei Prozent aller kirchlichen Haushaltsmittel für den Entwicklungsdienst bereitzustellen. Diese Mittel, so der

Synodenbeschluss, sollten »für Aufgaben eingesetzt werden, die der Überwindung der Armut, des Hungers, der Not in der Welt und ihrer Ursachen dienen.«

**Die Kirchen sollten bei der ökologischen Nutzung ihrer Ländereien und dem Verzehr ökologisch erzeugter Produkte in ihren Einrichtungen Vorbild sein.**

Die Kirchen dürfen in ihrem Engagement für die Armen und Marginalisierten nicht nachlassen. Die Aufgabenbeschreibung von Spandau ist heute

nicht weniger aktuell als vor dreißig Jahren, auch wenn kirchliche Entwicklungsarbeit nicht mehr zu einer nachholenden, sondern zu einer nachhaltigen Entwicklung unter dem Leitbild von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung beitragen will. Die kirchlichen Anstrengungen zur Armutsbekämpfung sind deshalb auch ein Beitrag zur Umsetzung der Ziele der bei der UNCED in Rio 1992 verabschiedeten Agenda 21, in der es unter anderem heißt: »Die Ausrottung von Armut und Hunger, eine größere Ausgewogenheit der Einkommensverteilung und die Erschließung und Weiterentwicklung menschlicher Ressourcen bleiben weiterhin die größten Herausforderungen überall auf der Welt.«

Die beiden evangelischen kirchlichen Werke, Brot für die Welt und Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), haben seit der Rio-Konferenz 1992 mit mehr als zwei Milliarden Euro aus staatlichen und kirchlichen Mitteln sowie aus Spendengeldern Entwicklungsprogramme gefördert. Die Gliedkirchen der EKD haben seitdem mehr als 600 Millionen Euro für die Gemeinschaftsaufgabe Kirchlicher Entwicklungsdienst zur Verfügung gestellt. Nicht mitgerechnet sind dabei die Mittel, die Missionswerke, Landeskirchen, Kirchenkreise und -gemeinden im Rahmen von Nord-Süd-Partnerschaften und auch mit Partnern in Osteuropa aufgebracht haben.

In vergleichbarem Umfang und mit gleicher Intensität haben sich auch das Bischöfliche Hilfswerk Misereor sowie die katholischen Werke, Diözesen und Gemeinden für die Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt.

Die Bewusstseinsbildung für die Entwicklung nachhaltiger Lebensstile als Grundlage für zukunftsfähige Lebens- und Wirtschaftsweisen ist ein zentrales Anliegen kirchlicher Arbeit. Hierzu werden in kirchlichen Kindergärten und Schulen, in Akademien und Bildungshäusern und natürlich in den Ortsgemeinden vielfältige Impulse gegeben. Das Leitbild »Gut leben statt viel haben« aus der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« ist dabei richtungweisend. Das Leitbild regt an, genau zu prüfen, welche Auswirkungen die Lebens- und Wirtschaftsweisen in den Industrieländern auf die Entwicklungen in den Ländern im Süden und Osten hat.

### 3.2 Ernährungssicherung und nachhaltige Entwicklung

Landwirtschaft ist der Bereich ökonomischen Handelns der Menschen, der am deutlichsten mit der Natur verbunden ist. Aus Verantwortung für die ganze Schöpfung müssen die weltweiten Probleme der Landwirtschaft und ihre Auswirkungen für die Armen stärker denn je beachtet werden. Die Gestaltung der Landwirtschaft hat bei der Umsetzung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung eine Schlüsselrolle.

Nicht zukunftsfähig sind Strategien zur Entwicklung der Landwirtschaft, die auf einen größtmöglichen kurzfristigen Gewinn ausgerichtet sind. Dies hat weltweit zu Übernutzung, Wüstenbildung und Erosion von Böden, zur Kontamination von Luft und Wasser und zu einem würdelosen Umgang mit den Tieren geführt.

**„ Zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung im Süden und Osten gehört auch die Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung bei uns.**

Daher muss das Ziel der Landwirtschaft weltweit sein, durch eine angepasste Bewirtschaftung einen optimalen Ertrag unter gleichzeitiger Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit zu erreichen. Dies wird nur im Zuge einer Rückgewinnung einer regionalen Perspektive und durch eine Stärkung der lokalen Produzenten durch die Förderung des standortgerechten Landbaus möglich sein.

Die Kirchen sollten bei der ökologischen Nutzung ihrer Ländereien und dem Verzehr ökologisch erzeugter Produkte in ihren Einrichtungen Vorbild sein. Der standortgerechte/ökologische Landbau ist sowohl im Norden als auch im Süden zu fördern. Die kirchlichen Werke für die Entwicklungszusammenarbeit unterstützten im vergangenen Jahrzehnt vor allem Programme für kleinbäuerliche Familien mit extrem niedrigen Einkommen.

Grundlegend ist auch der Zugang zu Land. Die Agrarpolitik der Regierungen in Entwicklungsländern muss sich stärker an den Bedürfnissen der Landbevölkerung orientieren als an den Wünschen oft weltweit operierender agroindustrieller Konzerne. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist gefordert, den Entwicklungsländern die erforderlichen Möglichkeiten für den Schutz ihrer Märkte für Grundnahrungsmittel zu gewähren. Die Industrieländer sind gefordert, die entwicklungspolitisch schädliche Subventionierung ihrer

Landwirtschaft einzustellen. Freiwerdende Mittel sind langfristig für notwendige übergreifende Maßnahmen bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, zum Schutz der Artenvielfalt, den Kampf gegen die Desertifikation und für eine ökologisch und partizipatorisch orientierte Agrarforschung im Süden einzuplanen. Der kirchliche Entwicklungsdienst setzt sich deshalb auch in Dialogen mit Wirtschaft und Politik auf nationaler und internationaler Ebene für die Interessen der Kleinbauern und für eine nachhaltige Entwicklung ein.<sup>5</sup>

Da für Kleinbauern der Einsatz von Agrarchemie und Saatgut, das jedes Jahr neu gekauft werden muss, kaum bezahlbar ist und diese Anbaumethoden zudem eine Gefahr für den Erhalt der natürlichen Ressourcen und die Artenvielfalt darstellen, fördert der kirchliche Entwicklungsdienst vor allem den standortgerechten Landbau. Dazu gehören agrarökologische Verbesserungen wie Mischkulturen, Kompostverwendung, Regenwasserreservoirs, der Einsatz von Nützlingen zur natürlichen Schädlingsbekämpfung und die Verwendung lokaler Sorten. Solche Maßnahmen sind oftmals sehr erfolgreich. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern konnten damit ihre Erträge und ihre Einkommen steigern. Die Bodenqualität verbessert sich, und in vielen Fällen wirken die Maßnahmen zur Konservierung der Böden sogar als CO<sub>2</sub>-Senke. Allerdings müssen auch die politischen Rahmenbedingungen für Kleinbauern verbessert werden, um im nationalen und globalen Maßstab durchgreifende Fortschritte zu erzielen.

### 3.3 Armutsbekämpfung und globale Gerechtigkeit

Armut hat viele Gesichter. Sie bedeutet nicht nur fehlendes Einkommen, sondern auch fehlenden Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung, ausreichender und ausgewogener Ernährung, sauberem Trinkwasser. Aufgabe des kirchlichen Entwicklungsdienstes ist es, die Armen und Marginalisierten in den Ländern des Südens und des Ostens darin zu unterstützen, für ihr Recht auf Gesundheit, Bildung und Nahrung zu kämpfen.

Dazu fördern der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) und Brot für die Welt wie auch Misereor und andere kirchliche Hilfswerke Partnerorganisationen (Kirchen, kirchliche Gruppen und Nichtregierungsorganisationen) in Übersee, indem sie deren Vorhaben finanziell unterstützen. Beispielsweise werden Projekte und Programme zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und

für eine ländliche Entwicklung durch Brot für die Welt mit Spendenmitteln und durch den EED mit kirchlichen und staatlichen Mitteln gefördert. Vom EED vermittelte Entwicklungshelferinnen und -helfer arbeiten in vielen Partnerorganisationen des kirchlichen Entwicklungsdienstes mit und tragen durch ihre fachliche Unterstützung dazu bei, dass die Menschen im Süden und im Osten im Kampf für ihre Rechte und die Überwindung der Armut konkrete Hilfe erfahren.

Im Kontext des Rio-Folgeprozesses etwa werden Projekte und Programme von Partnerorganisationen im Süden zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und zum Schutz traditionellen Wissens in Afrika, Asien und Lateinamerika mit finanziellen und personellen Mitteln unterstützt. Dabei spielen der Schutz traditioneller Pflanzensorten für Landwirtschaft und Ernährung (und damit zusammenhängend Patente und andere Rechte an geistigem Eigentum, die die freie Verfügbarkeit von Saatgut betreffen) eine besondere Rolle. Gleichzeitig treten EED und Brot für die Welt dafür ein, dass die 1992 in Rio beschlossene Konvention für biologische Vielfalt umgesetzt und nicht von Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) unterlaufen wird. Im Rio- und Johannesburg-Prozess ist für die Zukunft zu wünschen, dass die begonnene Vernetzung und Zusammenarbeit kirchlicher Umwelt- und Entwicklungsarbeit weiter verstärkt und verstetigt wird.

**„ Kirche ist eine nicht unbedeutende Bauherrin und Verwalterin von Gebäuden. Bei Neubauten und Renovierungen kommen bereits in vielen Fällen Grundsätze des ökologischen Bauens zur Anwendung.**

Zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung im Süden und Osten gehört auch die Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung bei uns. Deshalb engagiert sich der kirchliche Entwicklungsdienst in der Lobby- und »Advocacy«-Arbeit und fördert entwicklungspolitische Bildungsarbeit hier in Deutschland. Er kooperiert auf dem Feld der Bildung für nachhaltige Entwicklung mit anderen kirchlichen Partnern und setzt sich zum Beispiel für einen nachhaltigen Tourismus ein.

Brot für die Welt und der EED fordern gemeinsam mit dem katholischen Hilfswerk Misereor, dass die Bundesregierung ihre Verpflichtung einlöst, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Die kirchlichen Werke fordern die Bundesregierung auf, von den vorhandenen Mitteln

mehr für direkte Armutsbekämpfung zu verwenden und das Aktionsprogramm 2015 umzusetzen. Mit diesem Aktionsprogramm verpflichtet sich die Bundesregierung zur Armutsbekämpfung und zum Ziel globaler Gerechtigkeit. Auch das Finanzministerium und das Wirtschaftsministerium müssten diese Ziele verfolgen. Dafür setzen sich die kirchlichen Werke unter dem Stichwort der Kohärenz bereits seit mehr als zehn Jahren ein.

### 3.4 Fairer Handel mit Produkten aus dem Süden

Seit mehr als 30 Jahren unterstützen die Kirchen in Deutschland den fairen Handel. Alternativ zu den herkömmlichen, die Nord-Süd-Kluft oftmals vertiefenden Handelsbeziehungen sollten den Produzenten in Afrika, Asien und Lateinamerika gerechtere und stabile Preise gezahlt und den Käufern in Deutschland fair gehandelte Produkte angeboten werden. Gleichzeitig ist der faire Handel zum wichtigsten Medium entwicklungspolitischer Bildungsarbeit in Deutschland geworden. Über den Verkauf der Produkte werden Strukturen des Welthandels und Probleme der globalen Ökonomie deutlich gemacht. Insbesondere bietet der faire Handel Christinnen und Christen konkrete Handlungsmöglichkeiten für die Solidarität mit den Menschen in armen Ländern. Seit den 90er Jahren werden auch im fairen Handel bei Anbau, Verarbeitung und Vermarktung verstärkt ökologische Aspekte berücksichtigt. Die handelnden Organisationen bemühen sich bei der Vermarktung in Deutschland auch um Kooperation mit ökologischen Anbietern.

**Das Modellprojekt »Kirchliches Umweltmanagement« bietet die Chance, glaubwürdig und wirksam zu einer nachhaltigen Entwicklung in Kirche und Gesellschaft beizutragen.**

Bisher konnten die fair gehandelten Produkte in ihren Marktsegmenten nur Anteile im Promillebereich erobern. Die Ausnahme bildet fair gehandelter Kaffee mit ca. einem Prozent. Als handelspolitische Alternative konnte der faire Handel sich bislang nicht etablieren. Trotzdem ist er von großer Bedeutung für eine Vielzahl von Produzenten im Süden und für eine Bildungsarbeit, die entwicklungs- und umweltpolitische Ziele verfolgt. Der faire Handel bedarf daher der Stärkung. Hier können kirchliche Einrichtungen einen wichtigen Beitrag leisten. Küchen und Kantinen in Kirche und Diakonie, gleich ob direkt betrieben oder verpachtet, stellen große Potenziale bei der

kontinuierlichen Nutzung fair gehandelter Produkte dar. Mit speziellen Vertragsklauseln zur vorrangigen Nutzung - zum Beispiel von Kaffee und Tee aus der von Kirchen getragenen GEPA und von regionalen Produkten - können Einrichtungen in Kirche und Diakonie deutlich zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Viele Synoden haben bereits entsprechende Beschlüsse gefasst, die nun umgesetzt und kontrolliert werden müssen.

### 3.5 Nachhaltigkeitspotenziale in Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen

In Deutschland gibt es fast 30.000 Ortsgemeinden beider großer Kirchen und damit eine vergleichbar große Anzahl von Kirchengebäuden, Pfarr- und Gemeindehäusern. Hinzu kommen die Einrichtungen der überregionalen Arbeit wie Tagungshäuser, Akademien und Verwaltung, ca. 15.000 Kindergärten sowie der Gebäudebestand der vielfältigen diakonischen und caritativen Einrichtungen. Der Unterhalt dieser Infrastruktur und das Betreiben der Einrichtungen erfordert den Einsatz von Stoff- und Energiemengen, die bisher weder insgesamt noch nach Kriterien der Nachhaltigkeit erhoben wurden. Basis des Engagements für nachhaltige Entwicklung sind zugleich die zahlreichen Gruppen und Initiativen in den Gemeinden und in den Verbänden. Sie werden insbesondere im Bereich der Bewusstseinsbildung durch die vielfältigen Angebote der kirchlichen Bildungsstätten und durch diözesane bzw. landeskirchliche Gremien und Fachstellen unterstützt, z.B. durch die diözesanen und landeskirchlichen Umwelt- und Entwicklungsbeauftragten. Besonders zu erwähnen sind auch die Klöster, die auf der Grundlage ihrer jeweiligen Spiritualität nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweisen in ihrem Alltag konkretisieren.

Kirche ist eine nicht unbedeutende Bauherrin und Verwalterin von Gebäuden. Bei Neubauten und Renovierungen kommen bereits in vielen Fällen Grundsätze des ökologischen Bauens zur Anwendung. In einigen Landeskirchen und Diözesen wurden dafür umfangreiche Baurichtlinien erarbeitet. Von großer Bedeutung ist die Art und Weise des Umgangs mit Energie. Maßnahmen zur Energieeinsparung auf der Grundlage von Energieanalysen und zur rationellen Nutzung der Energie sind wichtige Schritte auf diesem Weg. In der Studie »Energisch Energie Sparen« in Kirchen wurde ermittelt, dass alleine in der Evangelischen Kirche Energie in der Größenordnung der Verbräuche einer Großstadt wie Hannover einge-

spart werden könnte, ohne dass der Betrieb eingeschränkt werden müsste. Diese Energieeinsparung würde neben dem Schutz der Umwelt durch Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen erhebliche Kostensenkungen zur Folge haben. Große Einsparpotenziale liegen vor allem in der sachgerechten Beheizung bzw. Dämmung des Gebäudebestandes, in einer ökologischen Büropraxis und bei der Beleuchtung. Hierzu sollen nur drei Beispiele genannt werden:

#### **- Unnötiger Stromverbrauch in Büros**

Der moderne Büroalltag macht eine Vielzahl von elektronischen Geräten notwendig. Viele dieser Geräte sind täglich 24 Stunden mit dem Stromnetz verbunden und werden auch über Nacht nicht oder nur teilweise (stand-by) ausgeschaltet. Eine weithin unbekanntes unnötige Stromverbrauchsquelle sind elektrische Geräte, deren Stromversorgungseinheit (Trafo) vor dem Netzschalter angebracht ist. Messungen ergaben, dass selbst bei ausgeschaltetem Netzzugang viele dieser Geräte noch Strom in den Trafos verbrauchen. Die Leistung solcher »ausgeschalteten Geräte« liegt täglich zwischen 2 und 30 Watt. Wenn in den Büros unserer Kirchengemeinden und Einrichtungen jeweils nur 10 Watt veranschlagt werden, ergibt das summiert einen unnötigen Stromverbrauch in den Gemeindebüros beider großer Kirchen Deutschlands von mehr als 4 Mio. kWh/Jahr und somit unnötige Kosten von ca. 550.000 €. Dies kann unter anderem durch eine gezielte Auswahl beim Gerätekauf oder durch den Einsatz von vorgeschalteten Steckleisten mit Ausschalter eingespart werden.

#### **- Energiesparlampen**

Eine weitere Dimension der Entlastungsmöglichkeiten zeigt der Einsatz von Energiesparlampen. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern hat eine Energiesparlampenaktion in ihren Gemeinden durchgeführt. 18.000 Energiesparlampen wurden verkauft und gegen herkömmliche Glühbirnen ausgetauscht. Als Ersparnis über die gesamte Lebensdauer der Lampen wurde ein Wert in Höhe von ca. 1 Mio. € errechnet. Die Umwelt wird damit von ca. 12.000 Tonnen CO<sub>2</sub> entlastet.

#### **- Papierverschwendung in Büros**

Aus Erfassungen in Gemeinden der Evangelisch-Lutherischen Landeskirchen geht hervor, dass ein Kirchenbüro - konservativ geschätzt - durchschnittlich 150.000 Blatt Papier im Jahr verbraucht (Post, Gemeindebriefe, Handzettel, Lied-

blätter etc.). Bei 30.000 deutschen Kirchengemeinden ergibt sich ein Verbrauch von ca. 25.500 Tonnen im Jahr oder 116 Tonnen pro Arbeitstag. Dabei nicht eingerechnet ist der Papierverbrauch der mittleren und oberen Kirchenverwaltung und der Diakonie. Schätzungen gehen davon aus, dass mindestens noch einmal die gleiche Menge verbraucht wird. Weit über 75 Prozent dieses Papiers ist »chlorfrei gebleichtes« Papier. Dieses wird mit hohem Energieaufwand, Wasserbrauch und immensen Transportwegen aus Zellstoff hergestellt. Der Einsatz von aus Altpapier hergestelltem Druck- und Schreibpapier sinkt inzwischen auch in der kirchlichen Verwaltung wieder.

Ökologische Grundkenntnisse und die Sensibilisierung für die alltäglichen Zusammenhänge nachhaltiger und nicht nachhaltiger Prozesse müssen stärker denn je in den Grundkanon der Ausbildung kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Ebenen aufgenommen werden. Beschlüsse von Synoden oder Verwaltungsrichtlinien, deren Umsetzung nicht kontrolliert wird, erreichen ihre erhoffte Wirkung in der Regel nicht.

Die Kirche ist auch im Besitz umfangreicher landwirtschaftlicher Nutzflächen. Für eine nachhaltige Entwicklung ist es entscheidend, wie diese Flächen bewirtschaftet werden. Bewirtschaftungsrichtlinien mit Kriterien einer umweltschonenden und naturgerechten Landbewirtschaftung wären dazu eine große Hilfe. Darüber hinaus sollten ökologisch besonders wertvolle Flächen für Zwecke des Naturschutzes zur Verfügung gestellt werden. Beispielgebend sind vor allem Klöster mit ökologischer Landwirtschaft und entsprechend artgerechter Tierhaltung.

Als Besitzerin von Gebäuden trägt die Kirche auch Verantwortung für den Artenschutz. So sind beispielsweise Kirchtürme und Dachstühle von Kirchen und Klöstern wichtige Lebensräume für Fledermäuse, Dohlen und Turmfalken.

Nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweisen konkretisiert sich sehr unmittelbar in regionalen Vermarktungsinitiativen. Hier sind ökonomische, ökologische und soziale Bedingungen eng miteinander verbunden. Diese Initiativen können von Verantwortlichen aus dem kirchlichen Bereich engagiert gefördert und unterstützt werden. Eine wichtige Unterstützung ist auch der Kauf von Nahrungsmitteln aus der Region durch kirchliche Bildungsstätten, soziale Einrichtungen und Klöster.

### 3.6 Kirchliches Umweltmanagement

Das Modellprojekt »Kirchliches Umweltmanagement« bietet die Chance, glaubwürdig und wirksam zu einer nachhaltigen Entwicklung in Kirche und Gesellschaft beizutragen. Ziel des Modellprojekts ist es, Methoden und Verfahren des Umweltmanagements so weiter zu entwickeln, dass sie sich für die alltägliche Praxis in kirchlichen Einrichtungen eignen. Im Rahmen des Projektvorhabens werden sechzehn kirchliche Modelleinrichtungen aus verschiedenen Diözesen und Landeskirchen beim Aufbau eines Umweltmanagementsystems praktisch unterstützt, begleitet und beraten. Ausgehend von diesen Praxisbeispielen sollen nach Abschluss des Vorhabens flächendeckend weitere kirchliche Einrichtungen zur Beteiligung motiviert werden, um so den Gedanken des Umweltmanagements möglichst breit zu verankern. Zusätzlich zu den Umweltaspekten konnten auch Qualitäts- und Sozialaspekte in den kirchlichen Managementsystemen verankert werden. Darüber hinaus sollten Multiplikatorprogramme weiter gefördert werden.

Als Richtlinie für die Einrichtungen dient die »Verordnung über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS)«. Viele Einzelschritte gehören zur Einführung des Umweltmanagements: Zunächst wird bei der Einrichtung eine Umweltprüfung durchgeführt. Dabei werden alle Stoffe, Materialien und Ressourcen wie Wasser und Energie, die jährlich gekauft, verarbeitet oder verbraucht werden (Inputs), auf ihre umweltbedingten Auswirkungen hin untersucht. Dabei sollte eine regionale Beschaffung von ökologisch wertvollen Nahrungsmitteln besonders beachtet werden. All das, was in die Einrichtungen hineingeht, verlässt diese wieder über Schornsteine, Abwasserleitungen und Abfallcontainer (Outputs). Somit sind auch die Abfälle und Emissionen zu erfassen und zu bewerten. Für die jeweiligen Einrichtungen wird die Auswertung der Umweltprüfung in Form eines Berichtes vorliegen.

Als nächstes folgt die Festlegung einer Umweltpolitik. Dazu werden allgemeine Soll-Vorgaben erarbeitet, die die mittel- bis langfristige Entwicklung in den Einrichtungen beschreiben sollen. Sinnvoll ist, die Umweltpolitik auf breiter Basis zu diskutieren, indem über Workshops und Einzelgespräche die Vorstellungen der Mitarbeitenden ermittelt werden.

Basierend auf den Ergebnissen der Umweltprüfung und vor dem Hintergrund der Umweltpolitik stellen die Einrichtungen ein verbindliches Umweltprogramm auf. Konkrete Ziele werden definiert, Maßnahmen diesen zugeordnet, Verantwortliche benannt, Fristen gesetzt und Ressourcen bereitgestellt.

Danach wird ein Umweltmanagement aufgebaut. Es umfasst die organisatorische Verankerung des Umweltschutzes in den Einrichtungen. Dabei ist z.B. zu klären, wer innerhalb der Einrichtungen für Umweltfragen verantwortlich zeichnet, welche Gremien gebildet werden sollten und welche Aufgaben die einzelnen Akteure haben. Schwerpunkt einer ökologisch ausgerichteten Organisationsentwicklung sind darüber hinaus die Information, Qualifikation und Beteiligung der Mitarbeitenden.

Die Durchführung bisheriger Projekte zum Umweltmanagement hat deutlich gemacht, dass die eigentlichen Probleme erst bei der Umsetzung des Umweltmanagements auftreten. Daher ist es besonders wichtig, über einen bestimmten Zeitraum Erfahrungen zu sammeln, inwieweit sich das Umweltmanagement in der vorgesehenen Form verwirklichen lässt. Dabei sollte herausgearbeitet werden, inwieweit sich die organisatorische Aufbau- und Ablaufstruktur bewährt hat bzw. an welchen Stellen Probleme auftreten, die noch beseitigt werden müssen.

Auf Grundlage der organisatorischen Verankerung des Umweltmanagements wird für die Einrichtungen eine Umwelterklärung angefertigt. Sie enthält Angaben zur Umweltprüfung, zum Umweltmanagementsystem sowie zum Umweltprogramm und dient als internes und externes Kommunikationsmittel über das Umweltengagement.

Ein Umweltgutachter prüft die Umwelterklärung und die anderen Bausteine des Umweltmanagements daraufhin, ob sie mit der Realität in den Einrichtungen und mit den Anforderungen der EMAS-Verordnung übereinstimmen. Der Umweltgutachter stellt eine Teilnahmeerklärung aus, mit der sich die Einrichtung in ein Standortregister eintragen lassen kann.

### 3.7 Solarenergie von Kirchendächern

Auch in kirchlichen Einrichtungen ist die Frage von Bedeutung, inwieweit der hohe Energieverbrauch nicht nur durch Energiesparen und

durch den Einsatz effizienter Technologien gesenkt, sondern ob auch durch den Einsatz erneuerbarer Energieträger ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung geleistet werden kann. Ein wichtiges Element ist hier der Einsatz von Solarenergie, die durch entsprechende Anlagen auf kirchlichen Gebäuden erzeugt werden kann.

Zahlreiche evangelische Landeskirchen und katholische Diözesen haben den Einsatz von Solarenergie in den letzten Jahren durch unterschiedliche Maßnahmen gefördert. So wurde in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg seit 1997 der Bau von 15 Solaranlagen aus dem Umweltfonds der Landeskirche bezuschusst. Auch die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche hat einen Fonds, der zweckgebundene Zuschüsse für die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen vergibt. In der Evangelischen Landeskirche in Baden existiert ein Programm für energiesparendes und umweltschonendes Bauen in den Kirchengemeinden, mit dem unter anderem Energieberatung, die Verbesserung von Wärmedämmungen, die Installation von Steuerungs- und Regelungsanlagen wie auch Pilotprojekte zur aktiven Nutzung erneuerbarer Energien wie Solarkollektoren und Photovoltaikanlagen gefördert werden. Im Blick auf Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Reduzierung wird in einigen katholischen Diözesen auch die Kraft-Wärme-Koppelung in Form von Blockheizkraftwerken gefördert.

Einen großen Schub hat der Einsatz der Solarenergie in kirchlichen Einrichtungen durch ein Förderprogramm der Deutschen Bundesstiftung Umwelt bekommen, mit dem in den letzten drei Jahren mit einem Gesamtzuschuss von ca. 10 Millionen € bis zu 600 Solaranlagen in katholischen und evangelischen Kirchen gefördert werden konnten. Dieses Förderprogramm war mit der Auflage verknüpft, in den jeweiligen Gemeinden aktiv über den Einsatz dieser Technik zu informieren, um »Nachahmungseffekte« anzuregen. Das Förderprogramm ist noch nicht abschließend evaluiert, es kann aber bereits jetzt davon ausgegangen werden, dass gerade dieses Element der regionalen Bewusstseinsbildung sehr erfolgreich war.

### **3.8 Lokale Agenda 21: eine Herausforderung für kirchliches Handeln**

Den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, der seit 1983 viele Impulse u.a. zur Bürgerbewegung in der DDR geleistet hat, und die Agenda 21 verbind-

det eine gemeinsame Vision: eine umwelt- und sozialverträgliche Welt, in der weder der Süden gegen den Norden, noch künftige gegen heute lebende Generationen ausgespielt werden. Mittlerweile haben in Deutschland rund 2.400 Kommunen Beschlüsse zur Umsetzung der Agenda 21 auf lokaler und regionaler Ebene gefasst. Die lokalen Agenda 21-Prozesse sind Möglichkeiten vor Ort, nachhaltige Entwicklungen anzustoßen. Auch hier sind Verantwortliche aus den christlichen Gemeinden engagiert beteiligt.

Lokale Agenda 21 im kirchlichen Kontext heißt: Gemeinsam mit der kommunalen Verwaltung, kommunalen Parlamenten, Gruppen, Verbänden, Initiativen und Vertretern der Wirtschaft »der Stadt Bestes« zu suchen und als »Christengemeinde« an der zukunftsfähigen Gestaltung der »Bürgergemeinde« mitzuwirken. Kirchen bringen häufig vor allem Impulse aus dem sozialen und dem Eine-Welt-Bereich in diese Prozesse ein. Die Lokale Agenda 21 bietet für Kirchengemeinden auch Chancen für die Gemeindeentwicklung.

Wie sieht kirchliches »Agenda 21-Engagement« konkret aus? Vier Bereiche sind von besonderer Bedeutung:

#### **- In Arbeitskreisen und Foren der Lokalen Agenda mitarbeiten**

Zentrale kirchliche Arbeitsbereiche sind häufig deckungsgleich oder haben zumindest große Schnittmengen mit den Kernbereichen der Lokalen Agenda 21. Beispielhaft ist hier an die Eine-Welt-Arbeit und die Arbeit mit Asylsuchenden und Migranten von Kirchengemeinden zu erinnern, an das kirchliche Engagement für fairen Handel und an ökumenische Partnerschaften. Ebenso verhält es sich mit dem kirchlichen Engagement für sozial Benachteiligte, der Arbeit mit Arbeitslosen oder der kirchlichen Umweltarbeit. In diesen Bereichen besitzen Kirchen Kompetenzen, langjährige Erfahrung und Kontakte, die als Bereicherung und Vertiefung in den Agendaprozess eingebracht werden können.

#### **- Agenda initiieren und moderieren**

Parteilosophisch neutral, vor Ort präsent, in ihrem Engagement für eine menschengerechte Zukunft akzeptiert, sind Kirchengemeinden und kirchliche Gruppen ideale Initiatoren und Moderatoren von

Lokalen Agendaprozessen. Kirchliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen besitzen oft die nötige Methodenkompetenz, Agenda-Arbeitskreise und Foren zu moderieren oder innovative Planungs- und Erarbeitungsprozesse (z.B. Zukunftswerkstätten, Zukunftskonferenzen, Open-Space-Veranstaltungen) zu begleiten. Vielfach bieten Gemeindehäuser und kirchliche Tagungszentren beste Voraussetzungen für die Durchführung von Arbeitskreisen und Agendaforen.

#### **- Die Beteiligung der Öffentlichkeit stärken**

In einigen Städten spricht die Lokale Agenda 21 hauptsächlich Eliten sowie Vertreter und Vertreterinnen von Bürgerinitiativen und Umweltverbänden an. Kirchliche Initiativen setzen sich dafür ein, dass Bevölkerungsgruppen mit schwächerer Lobby ihre Interessen und Vorstellungen in die lokale Agenda einbringen können. Im Lokalen Agendaprozess muss mit ihnen (und nicht über sie!) gesprochen werden. Zu nennen sind hier besonders Jugendliche, Kinder, Migranten, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. Sie brauchen einen starken Partner. Das kann unter anderen eine Kirchengemeinde oder kirchliche Gruppe sein.

#### **- Konstruktiv-kritisch die Agenda begleiten**

Die Praxis zeigt: Agendaprozesse stehen häufig in der Gefahr, Akzeptanzbeschaffung für die herrschende Kommunalpolitik zu sein. Bürgerbeteiligung wird schnell - wenn keine echte Mitsprache und Mitplanung möglich ist - zur »Bürgerbeschäftigung«. Eine produktive Vernetzung unterschiedlichster Interessen unter dem Dach einer nachhaltigen Entwicklung kann so nicht gelingen. In einer solchen Situation sollte sich die Kirche nicht scheuen, deutliche Kritik zu üben und eine beteiligungs- und ergebnisorientierte Weiterentwicklung des Agendaprozesses einzufordern. Die Lokale Agenda setzt dort an, wo Umweltbelastungen und soziale Probleme offen zu Tage treten. Sie braucht Menschen, die bei Problemen nicht länger wegsehen und ihre Ideen, Wünsche, Fähigkeiten in die Gestaltung einer lebenswerten, zukunftsfähigen Kommune einbringen. Es geht darum, neue Formen der Demokratie und Partizipation zu entwickeln.



**Die Kirchen als Großanleger mit ihren Pensionsfonds und Vermögensverwaltungen sind gut beraten, aktiv in Anlagen zu investieren, die Kriterien nachhaltiger Entwicklung gerecht werden.**

Zukunft braucht auch die Einübung in eine zukunftsfähige Lebensweise. Diese ist unter anderem gekennzeichnet durch eine Bewegung vom »viel Haben« zum »gut Leben«, von der Konkurrenz zur Solidarität und von materiellen zu spirituellen Werten.

Zur Beteiligung der Kirchen gehört auch, dass diese von ihren besonderen Erfahrungen in der Ökumene und Partnerschaft die Frage nach der weltweiten Gerechtigkeit offensiv in die Agenda 21 einbringen. Von ihrem Glauben an die Zusage des Evangeliums können sie mit langem Atem und Gelassenheit zu immer neuem Engagement in der Agenda ermutigen. Die Agenda-Bewegung ist eine große Herausforderung für das kirchliche Handeln, geht es doch darum, mit kleinen Schritten, der Vision von weltweiter Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung vor Ort näher zu kommen.

### **3.9 Nachhaltige Vermögensanlage**

Das Engagement für die Erhaltung der Tragfähigkeit der Erde und das Engagement für ein solides Finanzwesen verfügen über Gemeinsamkeiten. Beide sind bestrebt - um der Zukunft willen - die Substanz zu erhalten. Die Kirchen tragen als Verwalter von Anlagevermögen in mehrstelliger Milliardenhöhe eine große Verantwortung. Der Anteil der Erträge von Investments an den Einnahmen der Kirchen wird allerdings oft überschätzt. Er liegt deutlich unter 10 Prozent der jährlichen Einnahmen, stellt jedoch immerhin einen dreistelligen Millionenbetrag dar.

Die Anlageentscheidungen müssen neben finanztechnischen Erfordernissen (Sicherheit, Rendite, Liquidität) mit dem kirchlichen Auftrag und mit den von der Kirche zu vermittelnden Werten vereinbar sein. Ausschließlich auf Sicherheit und hohe Erträge ausgerichtete Finanzstrategien - wie in den Kirchen noch weitgehend üblich - sind nicht mit dem kirchlichen Auftrag vereinbar.

Die Kirchen haben seit einigen Jahren verstärkt erkannt, dass sie mit ihren Anlagegeldern dazu beitragen können, das Verhalten von Unternehmen in sozialer und ökologischer Hinsicht zu beeinflussen. Dabei geht es in erster Linie um einen konstruktiven Dialog mit der Wirtschaft. Es gehört zur Aufgabe und Gestalt der Kirche, dass sie die Wünsche und Wertvorstellungen, die sie an die Gesellschaft und die Menschen herantragen will, auch in ihren Investments anwendet. In Zusammenarbeit mit Banken engagieren sich die

Kirchen daher zunehmend im Bereich des ethischen Investments. Ein wenn auch insgesamt noch sehr geringer Teil der kirchlichen Mittel wird heute nach ethischen oder nachhaltigen Kriterien angelegt.

Dabei haben die Kirchen durchaus Fortschritte und positive Erfahrungen gemacht. Wurden in ersten Schritten Negativkriterien aufgestellt, die bestimmte Unternehmen etwa aus dem Rüstungsbereich und der Atomindustrie ausschlossen, so kamen später positive Kriterien und Vergleiche von Firmen innerhalb einer Branche als Auswahlinstrumente hinzu. Nicht bestätigt hat sich dabei die anfängliche Befürchtung, dass ethisches Investment zwangsläufig mit einer geringeren Rendite verbunden sei. Die Erfahrung zeigt vielmehr, dass auch die Börsen nachhaltiges Unternehmensverhalten langfristig belohnen. In den zurückliegenden Jahren befanden sich Fonds, die unter nachhaltigen Kriterien geführt werden, bei der Ertragsermittlung nicht selten auf vorderen Rängen.

**„ Nachhaltiges Wirtschaften schließt die ökologische Steuerung mit ein. Für den Pflegebereich bedeutet dies beispielsweise die Orientierung am effizienten und umweltschonenden Umgang mit den betreffenden Ressourcen sowie der Einhaltung ökologischer Standards.**

Die Kirchen als Großanleger mit ihren Pensionsfonds und Vermögensverwaltungen sind gut beraten, aktiv in Anlagen zu investieren, die Kriterien nachhaltiger Entwicklung gerecht werden. Die kirchliche Finanzverwaltung könnte eine wichtige Rolle bei der Weiterentwicklung des ethischen Investments hin zu einem nachhaltigen Investment einnehmen. Dies ist auch aus Gründen der Rentabilität und der Anlagesicherung durch Diversifikation ökonomisch sinnvoll.

Mit einem an nachhaltigen Kriterien ausgerichteten Investment - das schrittweise eingeführt werden müsste, da es zur Zeit nur eine begrenzte, wenn auch stetig steigende Anzahl von geprüften nachhaltigen Finanztiteln gibt - kann die Arbeit der kirchlichen Finanzverwaltungen mit der kirchlichen Arbeit im Umwelt- und Entwicklungsbereich korrespondieren und gewisse Steuerungseffekte auslösen.

### 3.10 Diakonie und Nachhaltigkeit

#### *Nachhaltigkeit aus Sicht der Diakonie*

Nachhaltigkeit muss im Blick auf den Menschen und seine Umwelt definiert werden. Für die Diakonie heißt das: das Zusammenwirken von wirtschaftspolitischen Regelungsgedanken, umweltpolitischen Vorstellungen, politischen Prinzipien und in engerem Sinne sozialen Anforderungen. Nachhaltigkeit muss nach innen und nach außen angestrebt werden. Nach innen muss die Diakonie fragen, inwieweit sie die Kriterien der Nachhaltigkeit in ihrer eigenen Arbeit berücksichtigt. Nach außen ist darzustellen, wie sie Nachhaltigkeit in der Gesellschaft beeinflusst und damit zugleich auch die Anforderungen an die Rahmenbedingungen für ihre eigene soziale Arbeit beschreibt.

#### *Forderungen an Gesellschaft und Politik*

Die Diakonie erwartet von der Politik, dass die soziale diakonische Arbeit anerkannt und die Qualität der Arbeit befördert wird; dass zwischen den Generationen und den Geschlechtern durch politische Entscheidungen Gerechtigkeit hergestellt wird und dass die Integration von Menschen in der Gesellschaft als vordringlichstes politisches Ziel beschrieben wird. Zu den Forderungen einer wirtschaftlichen Nachhaltigkeit gehört auch die Sicherstellung diakonischer Arbeit durch tragfähige Finanzierung. Die Anerkennung der ökologischen Zielsetzungen in der sozialen Arbeit ist zu fördern.

#### *Diakonische Selbstverpflichtung*

Die Diakonie muss sich selbst den Anforderungen nachhaltigen Handelns in der sozialen Arbeit stellen. Unter den sozialen Gesichtspunkten gehört dazu: Partizipation der Betroffenen (Patienten etc.), Arbeitsbedingungen, die auch gesellschaftliche Arbeit ermöglichen, die Sicherstellung eines sozialen Zusammenhalts, der Einkommensgerechtigkeit und der Gerechtigkeit zwischen den Generationen sowie den Geschlechtern. Zu den wirtschaftlichen Aspekten gehört der schonende Umgang mit Finanzmitteln, die Transparenz bei wirtschaftlichen Prozessen, die Herstellung von Planungssicherheit für Dienste und Einrichtungen sowie die Sicherung der personellen Ressourcen. Ökologisch steht die Frage der kontinuierlichen Verbesserung der Schonung natürlicher Ressourcen im Vordergrund.

#### *Ansätze in der diakonischen Praxis*

Die verschiedensten sozialen Arbeitsfelder der Diakonie - wie 318 stationäre Einrichtungen der Krankenhilfe, 783 Heime und 9.505 Tagesein-

richtungen der Jugendhilfe, 1.915 Heime der Altenhilfe, 1.431 ambulante sozialpflegerische Dienste - sind Orte zu praktizierender bzw. praktizierter Nachhaltigkeit.<sup>6</sup>

Eines der Instrumente zum Erreichen von Nachhaltigkeit sind Einrichtungshandbücher, die im Wesentlichen als Qualitätsmanagement-Handbücher erarbeitet wurden. Die Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes der EKD hat auch für den Gesamtverband in den jeweiligen Arbeitsfeldern Handbücher erstellt, in denen die Rahmenbedingungen für Nachhaltigkeit thematisiert werden. Hierdurch soll das besondere Interesse eines Spitzenverbandes am Erreichen von Nachhaltigkeit dokumentiert werden. So fordert das Krankenhaushandbuch der Diakonie zur Reflexion des Stellenwerts der wirtschaftlichen Ziele und der Profitorientierung im Verhältnis zur Dimension der christlichen Nächstenliebe auf.

**„ Ein ökonomisches Kalkül, das sich nicht an den Kriterien einer langfristigen Nachhaltigkeit orientiert, bestimmt immer weitere Bereiche des Lebens. Treibende Kraft sind auch hier die Industrieländer. Oft genug sind auch die Kirchen, die Diakonie bzw. Caritas, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch diesem Muster verhaftet.**

Nachhaltiges Wirtschaften schließt die ökologische Steuerung mit ein. Für den Pflegebereich bedeutet dies beispielsweise die Orientierung am effizienten und umweltschonenden Umgang mit den betreffenden Ressourcen sowie der Einhaltung ökologischer Standards. Ökologische Standards als Ziele müssen in zu schließende Verträge eingehen. Ökologische Grundgedanken als Teil der Unternehmenskultur sollten jeweils Bestandteil bei Investitionen, Gebäude- und Geräteschutz, Verbrauchsmaterial, der Energieversorgung, Instandhaltung, Abgasregelungen und Entsorgung sein.

In Krankenhäusern ergeben sich vielfältige Ansatzpunkte für ökologisches Handeln: differen-

zierte Möglichkeiten der Abfallvermeidung, Beschaffung von Gütern oder -in vielen Krankenhäusern relevant - bei der Entsorgung radioaktiver Stoffe. Langfristige Vorhaben sind die konkreten Umsetzungen der nachhaltigen Ziele und entsprechenden Nachweisen gemäß DIN EN ISO 14001 oder die Erfüllung der Kriterien der EMAS-Verordnung im ökologischen Bereich.

### *Haupthemmnisse für nachhaltiges Handeln*

Das ökologische Bewusstsein ist noch nicht in allen Diensten und Einrichtungen so ausgeprägt, wie es wünschenswert wäre. Vor allem die organisatorische Selbständigkeit einzelner Träger ist der Grund, dass ökologische Verbandsempfehlungen nicht überall in gleicher Weise in die diakonische Praxis Eingang finden. Dem Sozialbereich immanent ist auch, dass kurzfristige Problemlösungen häufig vor den langfristigen Lösungsstrategien rangieren, zu Lasten ökologischer Standards. Dabei spielen auch wirtschaftliche Engpässe mit dem Druck auf Kostensenkungen eine starke Rolle, weil bei Kostenträgern ökologische Ziele und Standards oft nachrangig bewertet werden. Die Kameralistik als Verwaltungsverfahren stand oft dem sparsamen Umgang mit ökonomischen Ressourcen entgegen, wie dies das jährlich einsetzende »Dezemberfieber« zeigte. Erschwert wird nachhaltiges Handeln dadurch, dass Träger sozialer Arbeit in der Gestaltung ihrer Leistungen nicht unabhängig sind, weil Gesetzgeber und auch Kostenträger entweder entscheidend mitwirken oder sogar die Vorgaben bestimmen.

### *Resümee*

In der Diakonie entwickeln sich zunehmend Prozesse nachhaltigen Handelns. Bei bereits erfolgten Prüfungen und Zertifizierungen einzelner diakonischer Einrichtungen konnte dokumentiert werden, dass die Praxis sozialer Arbeit die Kriterien des EU-Öko-Audits erfüllen und den Ansprüchen nachhaltigen Handelns entsprechen kann. Erste Schritte für Nachhaltige Entwicklung in der Diakonie sind bereits gegangen worden.

## 4. Nachhaltigkeit in den Kirchen: Von Pilotprojekten zur alltäglichen Praxis

Es ist schon oft genug betont worden, dass den Industrieländern bei der Umsetzung der Agenda 21 von Rio und damit auch bei der Konferenz in

Johannesburg eine entscheidende Rolle zukommt: Sie sind es, die für den Löwenanteil des Energie- und Ressourcenverbrauchs verantwortlich sind

und damit auch für den überwiegenden Teil der Gefährdungen, die dieser Verbrauch für die Schöpfung verursacht. Ein ökonomisches Kalkül, das sich nicht an den Kriterien einer langfristigen Nachhaltigkeit orientiert, bestimmt immer weitere Bereiche des Lebens. Treibende Kraft sind auch hier die Industrieländer. Oft genug sind auch die Kirchen, die Diakonie bzw. Caritas, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch diesem Muster verhaftet.

Es ist nicht leicht, hier gegenzusteuern. Vertreter der Industrieländer können bei einer Weltkonferenz wie der in Johannesburg jedoch nur dann Veränderungen in Richtung auf eine globale Nachhaltigkeit einfordern, wenn sie selbst durch Veränderungen in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich zeigen, dass sie sich an diesem Ziel orientieren. Dies gilt auch für die Kirchen. Sie gefährden ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie nicht konzentriert und bewusst Schritte für nachhaltige Entwicklungen in ihren vielfältigen Gestaltungs- und Verantwortungsbereichen gehen. Die Möglichkeiten, aber vor allem die Potenziale hierfür sind groß.

Mit dem vorliegenden Text wurden verschiedene Bereiche kirchlichen Handelns für nachhaltige Entwicklung dargestellt und bilanziert. Diese Bilanz zeigt, dass an vielen Stellen wertvolle und wichtige Ansätze vorhanden sind, dass erste Schritte auf dem Weg zur nachhaltigen Entwicklung gegangen wurden. Der Einsatz für nachhaltige Entwicklung ist jedoch auch in den Kirchen bisher oftmals das Werk einer engagierten Minderheit kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in ihren Einrichtungen als - teilweise lästige - Außenseiter wahrgenommen werden. Deren Pilotprojekte sind jedoch gleichzeitig sehr häufig hoch willkommen, denn an ihnen wird sichtbar, wie sich der Anspruch der Bewahrung der Schöpfung und von mehr Gerechtigkeit mit dem kirchlichen Alltag verbinden lässt.

Im nächsten Schritt muss es gelingen, das »Zeitalter der Pilotprojekte« zu verlassen und das Ziel »nachhaltige Entwicklung« in allen Bereichen kirchlichen Lebens, in ihren Gemeinden, Einrichtungen und Strukturen fest zu verankern. Dazu sollen die genannten Beispiele anregen. Sie zeigen, dass in unseren Kirchen viel Vorbildliches geschieht, das auch an anderen Stellen nachgeahmt werden kann. Nachhaltiges Handeln besteht aus vielen kleinen Schritten, in vielen unterschiedlichen Bereichen. Wir sind der Überzeugung, dass damit auch in den Kirchen eine neue

Arbeits- und Lebensqualität erreicht werden kann.

Dieses Wittenberger Memorandum »Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen« wurde angenommen von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bilanztagung »Von Rio über Johannesburg nach ...« vom 14. bis 16. Mai 2002 in der Lutherstadt Wittenberg.

Zu dieser Tagung luden ein:

*Evangelischer Entwicklungsdienst, eed*  
*Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Evangelischen Landeskirchen (AGU)*  
*Kammer für Entwicklung und Umwelt der Evangelischen Kirche in Deutschland*  
*Konferenz der Beauftragten des Kirchlichen Entwicklungsdienstes (KED) der Ev. Landeskirchen*  
*Der Beauftragte des Rates der EKD für Umweltfragen*  
*Brot für die Welt*  
*Arbeitsgemeinschaft der kirchlichen Energie- und Umweltberater*  
*Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Deutschen Diözesen*

Die Tagung wurde organisiert von der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt und der EED - Fachstelle Umwelt und Entwicklung beim Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg (KFH)

Das Wittenberger Memorandum kann bezogen werden über:

Fachstelle Umwelt und Entwicklung  
 beim Kirchlichen Forschungsheim  
 Wilhelm-Weber-Strasse 1a  
 D-06886 Lutherstadt Wittenberg  
 Telefon: +49-3491-467093  
 Email: [Herz-Michl@kfh-wb.de](mailto:Herz-Michl@kfh-wb.de)

oder

Forschungsstätte der Evangelischen  
 Studiengemeinschaft  
 Schmeilweg 5  
 D-69118 Heidelberg  
 Telefon: +49-6221-9122-0  
 Fax: +49-6221-167257

An diese Anschriften können auch gern Meinungen und Kommentare zum Memorandum gesandt werden. Bezug aus dem Internet:  
[www.forschungsheim.de/Fachstelle/memo.htm](http://www.forschungsheim.de/Fachstelle/memo.htm)

Texte bzw. Informationen zum Entwurf stellen bereit:  
 Johannes Brandstätter, Brot für die Welt, Stuttgart;  
 Klaus Breyer, Umweltreferent der Ev. Kirche in Westfalen im Institut für Kirche und Gesellschaft, Iserlohn;

Bernd Brinkmann, Umweltberater der Ev.-Luth. Kirche in Bayern, Pegnitz;  
Gotthard Dobmeier, Sprecher der Katholischen Umweltbeauftragten, München;  
Michael Frein, eed, Bonn;  
Dr. Ruth Gütter, KED der Ev. Kirche Kurhessen-Waldeck, Kassel;  
Jobst Kraus, Studienleiter der Ev. Akademie Bad Boll;  
Dr. Gerhard Liedke, Heidelberg;  
Barbara Riek, eed, Bonn;  
Karin Rohr, Herne;  
Uwe Schwarzer, Abteilungsleiter strategische Planungen und Projektkoordinierung in der Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes der EKD, Stuttgart;  
Dr. Volker Teichert, Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg;  
sowie  
Dr. Hans Diefenbacher, Beauftragter des Rates der EKD für Umweltfragen, Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg;  
Hans-Joachim Döring, Fachstelle Umwelt und Entwicklung, Wittenberg;  
Eva-Maria Herz-Michl, Fachstelle Umwelt und Entwicklung, Wittenberg;

Eberhard Hitzler, Kirchenamt der EKD - Referat Entwicklungspolitik, Hannover;  
Jörg Göpfert, Studienleiter der Ev. Akademie Sachsen-Anhalt, Wittenberg  
(Redaktion) 

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Übers. bei Hauff, Volker (Hrsg.) (1987); *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven: Eggenkamp, 46. Die deutsche Übersetzung verwendet hier jedoch den Begriff der »dauerhaften« anstelle der »nachhaltigen« Entwicklung.

<sup>2</sup> Ausführlich siehe dazu u.a. EKD-Texte 52, S. 12f.

<sup>3</sup> Rat der EKD/Deutsche Bischofskonferenz (Hg.) (1985); *Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung*, S. 32.

<sup>4</sup> Rat der EKD/Deutsche Bischofskonferenz (Hrsg.) (1997); *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit*, Randziffern 122 - 128.

<sup>5</sup> Näheres zu diesem Thema in *Ernährungssicherung und Nachhaltige Entwicklung*, Studie der Kammer der EKD für Entwicklung und Umwelt, EKD Texte 67, 2000.

<sup>6</sup> DW-EKD-Statistik 2000

## »Von Rio über Johannesburg nach...«

Von Hans-Joachim Döring

**Begrüßung und Einführung zur Tagung »Von Rio über Johannesburg nach...«, Wittenberg, 14. – 16. 5. 2002. Der Autor ist Referent der Fachstelle Umwelt und Entwicklung beim Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist schön, dass Sie aus fern und nah so zahlreich angereist sind. Wenn ich mich beim Überfliegen der Teilnehmerliste nicht versehen habe, sind bis auf Bremen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Bundesländern unter uns. Ich darf Sie auch alle herzlich in der Lutherstadt begrüßen.

### Eine besondere Woche

Der Zeitpunkt für unserer Tagung »Von Rio über Johannesburg nach ...« scheint gut gewählt zu sein. Genauer: Durch die langfristige Planung unserer Tagung - bereits seit August letzten Jahres - konnten sich die Bundesregierung und der Rat für Nachhaltige Entwicklung mit ihren Vorhaben um unseren Termin herumranken. Gestern, am Montag, den 13. Mai, fand in Berlin ein großer Dialogtag des Rates für Nachhaltige Entwicklung der Bundesrepublik im ehemaligen Staatsratsgebäude der DDR statt, Hauptredner war Bundeskanzler Schröder. Und am Donnerstag, den 16. Mai, also übermorgen, am letzten Tag unserer Bilanztagung, wird es im Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung des Bundeskanzlers und eine Aussprache des Parlamentes zum Weltgipfel von Johannesburg und zur Nachhaltigkeitsstrategie in Deutschland geben. Im Umfeld - oder soll man sagen: in der Aura dieser Ereignisse - werden in dieser Woche - neben dem Wittenberger Memorandum - mehrerer Verlautbarungen und Erklärungen zur Nachhaltigen Entwicklung gegeben werden. So veröffentlicht zum Beispiel auch am Donnerstag eine Gruppe internationaler Vertreterinnen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen unter Koordination von Wolfgang Sachs und der Heinrich-Böll-Stiftung ein »Jo'burg-Memo: Ökologie - die neue Farbe der Gerechtigkeit«.

Früher war die Woche vor Pfingsten die traditionelle Zeit der Vorbereitung auf die Ausgießung beziehungsweise die Erinnerung an die Ausgießung des Heiligen Geistes. Dieses Jahr, so scheint

es, soll es wohl eine Woche der Eingebungen für Nachhaltigkeit sein. Wir sind mit unserer Tagung also mittendrin und nicht hinterher. Das ist gut so. (»Mittendrin« ist übrigens eine charmante Selbstbezeichnung dieser Region hier um Wittenberg, Dessau und Bitterfeld.)

Es gibt neben dem aktuellen Bezug zum Weltgipfel von Johannesburg ein Bündel von Motiven und Veranlassungen, gemeinsam zwei Arbeitstage zur Nachhaltigkeit in Kirche und Gesellschaft durchzuführen.

### Von der Ermunterung

Das Hauptmotiv ist nicht, auch von Nachhaltigkeit zu reden, weil alle davon reden. Sondern wir reden davon, weil uns die Zielstellung unmittelbar als Kirchen, als Christinnen und Christen, als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kirchen angeht, jenseits der Tagesgeschäftigkeit und jenseits des Gipfels von Johannesburg, der wie Sie alle wissen, längst noch nicht »über den Berg« ist.

- Es gilt also, die Kräfte zu bündeln und die Personen und Arbeitszweige in Verbindung zu bringen, die sich für zukunftsfähige Konzepte einsetzen.

- Es gilt, in wichtigen Bereichen langfristige Ziele zu erkennen und zu formulieren und auch Hemmnisse beim Erreichen der Ziele zu benennen. Absehbare und latente Konflikte, die sich aus den langfristigen Zielen ableiten, müssen erkannt und der Umgang mit ihnen konstruktiv gestaltet werden.

- Es gilt, diejenigen zu ermutigen und zu ermuntern, die die nächsten Schritte gehen wollen, bisher aber oft vereinzelt arbeiten mussten und denen droht, dass Müdigkeit sie einholt.

- Und es gilt, die Verwaltungen und Strukturen in den Kirchen - und in der Gesellschaft für die vielfältigen Notwendigkeiten und Möglichkeiten nachhaltigen Handelns zu gewinnen.

Über die Erleuchteten und Beseelten hinaus sollten die Kirchen in ihrer Vielfalt, in ihrer Fragilität und ihrer Stabilität begreifen, dass sie nicht nur eine besondere Verpflichtung sondern vor allem große Potenziale haben, Nachhaltigkeit als Auf-

gabe zu entdecken. Gehen sie diesen Weg mit, werden sie bald erfahren, dass sie selbst die größten Nutznießer sein werden.

### **Rechenschaft geben und Potenziale entdecken**

Kirchen, die Gemeinden und ihre Einrichtungen müssen sich Rechenschaft geben über das bisher geleistete und die Art ihrer Praxis. Es ist nicht wenig, was unter den Kurzbegriffen Rio-Nachfolgeprozess, Umwelt und Entwicklung oder Nachhaltigkeit erreicht wurde. Es soll sichtbar gemacht und gleichzeitig kritisch beleuchtet werden.

Die Tagung möchte dazu beitragen, dass wir unsere Möglichkeiten als Kirchen im Kontext der notwendigen nachhaltigen Entwicklungsschritte entdecken und sie über den Kreis der Eingeweihten hinaus bekannt machen und konsequenter beschreiten. Engagement für nachhaltige Entwicklung ist weder Arkandisziplin noch Alibi. Es ist Ausdruck gelebten Kerngeschäftes, bzw. müsste Ausdruck gelebten Kerngeschäftes in unseren Kirchen sein.

Dabei ist mir wichtig, dass sich die kirchlichen Fachagenturen und Arbeitsgemeinschaften nicht zu schnell mit einem vereinfachten Verständnis als Nichtregierungsorganisation (NRO) abfinden. Das kann leicht dazu verleiten, sich bequem auf einer strukturellen Oppositionsbank, auf dem Beobachtungs- bzw. Besucherbalkon einzurichten, denn man hat ja nicht das Gestaltungsmandat von Regierenden.

Die Kirchen - jedenfalls hier in Deutschland - haben auf Grund ihrer Tradition und Geschichte große Potenziale und damit Verpflichtungen. Dem gilt es gerecht zu werden.

Die Zahlen sind bekannt:

- die Kirchen, ihre Gemeinden und Einrichtungen verfügen über Hunderte von Bildungs- und Kommunikationsmöglichkeiten und erreichen Millionen von Mitgliedern;
- bei den Kirchen - einschließlich der Diakonie und der Caritas - arbeiten weit über eine Million Beschäftigte;
- ein Gebäudebestand von über 50.000 »Einheiten« und große Ländereien und Forsten fordern aktive, nachhaltige Haushalterschaft;

- die Kirchen sind die Hauptträger der nicht-staatlichen Entwicklungshilfe und haben über Jahrzehnte dieses »Geschäft« mit geprägt;

- kein Großverband verfügt über derart umfangreiche und aus der unmittelbaren Nähe zu den sozialen Nöten der Menschen sich speisende Kompetenzen wie die Kirchen mit ihren Gemeinden, den diakonischen und karitativen Einrichtungen;

- die jährlichen »Umsätze«, also die Geldeinnahmen und Geldausgaben der beiden großen Kirchen, liegen im Milliardenbereich, ihre Geldanlagen und ihre Finanzvolumen sind nicht unbedeutend.

Ich möchte daran erinnern, dass die Kirchen im Kontext nachhaltiger Entwicklung eine Dreifachkompetenz aufzuweisen haben:

- durch die umfangreiche soziale Arbeit,
- als Unternehmerinnen, Besitzerinnen und Vermögensverwalterinnen; also als ökonomische Größe,
- als Trägerinnen von Entwicklungszusammenarbeit und bei der Vermittlung internationaler und globaler Zusammenhänge und Erfahrungen im eigenen Land.

Hinzu kommen die Bildungs- und Kommunikationskompetenz und das Netzwerk der christlichen Gemeinden,. Und nicht zuletzt sind da die engagierten Christinnen und Christen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch gerade da, wo sie nicht unmittelbar im kirchlichen Auftrag handeln.

Bei alledem geht es nicht nur um die »weltlichen Dinge«, um Umweltschutz und Entwicklungszusammenarbeit. Es geht oft schlicht um die Glaubwürdigkeit der kirchlichen Arbeit und um ihren ureigensten Auftrag.

### **Glaubwürdig und tragfähig sein**

Martin Luther hat den christlichen Glauben unter anderem beschrieben als das, was dich trägt und hält. Und Gott als den, dem man dafür danken kann und soll.

Ich sehe in einer Zuversicht und in einem recht begründeten Glauben, ohne die keine Zukunftsfähigkeit auskommt, eine mittelbare und durchaus auch unmittelbare Korrespondenz zu unseren

Themen. Nachhaltigkeit als ein Konzept angestrebter stabiler Tragfähigkeit in einer instabilen Welt hat einen immanenten und transzendenten Bezug zu dem, was einen trägt und hält beziehungsweise was mich in Motivation, also in Bewegung setzt. Im Momentanen dem Zukünftigen, im Eigenen dem Gemeinsamen und im Nationalen dem Internationalen den angemessenen Platz und die notwendige Priorität einzuräumen, bedarf nicht nur eines aufgeklärten Eigeninteresses, sondern gerade einer geprüften und »gewissen« Zuversicht.

Wir dürfen weiter sehen als unser Wissen reicht. Und das, obwohl in unseren Fachbereichen kein Mangel an Wissen ist. Abgesichertes Wissen und verbindliche Expertisen über die wechsellvollen Beziehungen von Umwelt und Entwicklung beziehungsweise Bio- und Anthroposphäre sind in den letzten Jahrzehnten um den Faktor 10 gewachsen. Hätte wir nur ein Zehntel davon angewandt, wir wären einige Schritte weiter.

Wir müssen uns in den Kirchen immer wieder fragen und fragen lassen, ob wir in unser speziellen Arbeit ausreichend diese geistige Dimension berücksichtigen. Ich sehe es als eine theologische und spirituelle Herausforderung an, gerade in einer pluralistischen Gesellschaft und auf einem scheinbar technischen Feld immer wieder die Verbindung zwischen »innerer« und »äußerer« Tragfähigkeit beziehungsweise »innerem« und »äußerem« Getragenwerden zu halten, nicht aus den Augen zu lassen und gezielt ins Spiel zu bringen.

Nehmen wir diese Herausforderung an, wird unser Beitrag in der Debatte dieses Landes über das Einschwenken hin zu nachhaltigen Entwicklungen oder das Wegdriften erkennbar und möglicherweise gewichtig sein können. Dass dies keine leichte Aufgabe ist, ist wohl allen hier im Saal sehr bewusst. Aber: Die Gestalt unserer Kirche predigt. Und die Predigt sollte die Gestalt prägen. Besser oder schlechter.

Darum müssen wir in den Kirchen aus den Projekt- und Pilotphasen bei einzelnen Objekten herauskommen und einbiegen in die Bahn guter allgemeiner Praxis für nachhaltige Entwicklungen. Dabei sollten wir keine Scheu haben vor Konflikten, die sich aus unterschiedlichen Zielen und Zeithorizonten ergeben. Nur ihre klare Kennzeichnung führt weiter. Wir sollten die Verwal-

tungen und die synodalen Instrumente in ihren dienenden und hemmenden Funktionen bewusst ansprechen. Sie zu gewinnen und zum Mitmachen anzustiften ist unser Beruf.

An dieser Stelle ist die Arbeit am gemeinsamen Memorandum in den Arbeitsgruppen am Mittwoch wichtig. Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten den Entwurf zur Vorbereitung auf diese Tagung. Indem wir miteinander reden, aber keine Selbstgespräche im engen Zirkel führen, leisten wir einen wichtigen Beitrag. Notwendig ist eine geständige Sehnsucht nach gerechteren und heilenden Verhältnissen in den Beziehungen zwischen den Menschen im Norden und im Süden, zwischen den Menschen bei uns hier und zwischen Mensch und Natur. »Dabei sollten wir uns angesichts der verdeckt und offen herrschenden Motivationen und Strukturen nicht scheuen, Roß und Reiter zu nennen.«

Nun will ich diese Zusammenkunft nicht mit Erwartungen überladen. Was sind zwei Tage? Aber vielleicht gelingt es dieser Tagung ein Trittstein im Sinne der Biotopverbundsysteme sein zu können. Trittsteine, also Areale besonderer Lebendigkeit, haben ja die Aufgabe, diese lebensfähigeren Regionen inmitten lebensgefährdender Regionen zu verbinden, um den Zustand insgesamt zu bessern.

Bedanken möchte ich mich auch im Namen des Vorbereitungskreises bei allen, die sich auf das Vorhaben dieser Bilanztagung frühzeitig einließen und mit Rat, Tat und Finanzen zur Seite standen. Die Breite der hier einladenden Organisationen ist nicht selbstverständlich im Arbeitsbereich Umwelt und Entwicklung. Dankbar bin ich, dass auch katholische Kollegen mit an die Elbe gekommen sind und wir eine ökumenische Tagung durchführen können. Ausdrücklich bedanken möchte ich mich bei der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt und ihren Mitarbeitern. Es war immer eine konstruktive und harmonische Zusammenarbeit, und die Akademie hat ihr schönes Haus zur Verfügung gestellt. Zu danken gilt es den verschiedenen Zuschussgebern. So konnten wir bei dieser umfangreichen Tagung einen fairen Teilnehmerpreis anbieten. Und ich möchte mich nicht zuletzt bei den zahlreichen Referenten bedanken, die fast alle von weit her in die Lutherstadt gefunden haben und uns mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen, ihren Fragen und ihrer Skepsis zur Seite stehen werden. 

# Zukunftsfähiges Deutschland. Bilanz und Barrieren

Dr. Reinhard Hermle

**Tagung »Von Rio über Johannesburg nach...«, Wittenberg, 14. – 16. 5. 2002. Der Autor ist Abteilungsleiter bei Misereor in Aachen.**

## 1. Ausgangslage

Die entscheidende Herausforderung, vor der wir stehen, heißt: Wie kann Massenarmut, wie kann die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich überwunden werden und wie kann dies in einer Weise geschehen, ohne dass die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört werden.

Dies war auch das Thema der Rio-Konferenz 1992. Sie bekräftigte als neues Entwicklungsparadigma das Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Durchgesetzt werden sollte diese in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft auf lokaler, nationaler und globaler Ebene. Mit nachhaltiger Entwicklung war nicht wirtschaftliche Stagnation gemeint. Die Bedeutung wirtschaftlichen Wachstums als notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung der Armutsbekämpfung stand vor allem im Hinblick auf die Entwicklungsländer nicht in Frage. Aber sollte nicht als Reproduktion des Entwicklungspfades der Industrieländer stattfinden, der übereinstimmend als nicht globalisierbar und zukunftsfähig galt.

Mit der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung«, die von BUND und Misereor gemeinsam beim Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie in Auftrag gegeben worden war und im Frühjahr 1996 veröffentlicht wurde, wollten beide Organisationen der Frage nachgehen, was denn die Vereinbarungen von Rio konkret für ein Land wie Deutschland bedeuten würden und müssten. Die Studie folgte dem Verständnis von »Zukunftsfähigkeit« (Sustainability) wie es 1987 die UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung, die so genannte Brundtland-Kommission, definierte: Zukunftsfähig sei eine Entwicklung, in der die Bedürfnisse heutiger Generationen so befriedigt werden, dass auch kommende Generationen noch die gleichen Chancen haben, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Es galt also zu prüfen, was die Bundesrepublik tun müsse, um

diesem Anspruch gerecht zu werden bzw. sich ihm zumindest deutlich anzunähern.

Was hatte uns zu dieser gemeinsamen Initiative bewogen?

Uns schien die Debatte über zukunftsfähige Entwicklung in Deutschland fast ausschließlich von der Frage beherrscht, wie die Position der deutschen Wirtschaft angesichts der Globalisierung von Märkten und Finanzströmen und der schärfer werdenden Konkurrenz neuer Mitspieler behauptet oder verbessert werden könne. Sie wies eine stark ökonomistische Schlagseite auf. Ökologische Interessen oder Gesichtspunkte der globalen Gerechtigkeit wurden dabei mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt.

Aber auch Gegenströmungen waren zu beobachten. Bei nicht wenigen Menschen im Lande gewann die Überzeugung an Boden, dass mit einer Fortsetzung der verbrauchsintensiven Produktions- und Lebensstile und dem vorherrschenden Verständnis von Wohlstand Zukunftsfähigkeit weder global noch im eigenen Land zu erreichen sei. Es wurde unübersehbar, dass die Verheißungen der Industriemoderne vom grenzenlosen Wachstum und materiellen Überfluss nicht für alle auf dem hohen Niveau der Industrieländer realisierbar sein würde. Und wenn sie realisiert würden, wäre die Tragfähigkeit der Ökosysteme bald erschöpft. Wenn sie aber auch weiterhin auf eine kleine Zahl von Menschen beschränkt blieben, wären die sozialen und vielleicht politischen Katastrophen absehbar.

Die ökologische Krise wurde eben auch als Krise des herrschenden Entwicklungsmodells begriffen, das auf der Annahme beruhte, dass Wachstum grenzenlos sei und die Nutzung der Natur beliebig ausgeweitet werden könne.

Gerade als Entwicklungsorganisation fühlte sich Misereor in mehrfacher Weise herausgefordert:

Bereits in den 60er Jahren hatten wir mit dem Slogan geworben: »Anders leben, damit andere überleben«. Es galt, das »Anders leben« inhaltlich im Lichte von Rio näher zu bestimmen.

Durch die Förderung von Projekten und Programmen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern des Südens zielen wir

explizit auf die Überwindung von Armut. Die Ausweitung von Lebenschancen und die Verbesserung von Lebensbedingungen ist unweigerlich mit wachsenden Materialverbräuchen und Umweltbelastungen verbunden. Daraus ergeben sich mehrere Fragen:

Haben die Länder des Südens eigentlich noch den Raum zur Realisierung ihrer Entwicklungsbedürfnisse und -erfordernisse? Denn Tatsache ist, dass 20 % der Weltbevölkerung in den reichen Ländern und die reichen Oberschichten in den armen Ländern bereits 80 % der Weltressourcen verbraucht, verschmutzt bzw. in Beschlag genommen haben. Wie lassen sich eine Umverteilung des Umweltraums und damit mehr Gerechtigkeit in der Verteilung der Güter und Lebenschancen erreichen? Wie kann die Projektarbeit stärker auf Grundsätzen der Nachhaltigkeit aufbauen, z.B. durch Förderung der ökologischen Landwirtschaft und regenerativer Energien?

Darüber hinaus sahen wir uns verstärkt vor die Frage gestellt, welchen Sinn armutsorientierte Entwicklungszusammenarbeit macht, die nicht die Folgewirkungen nicht-nachhaltiger Verhaltensweisen und Politiken mit in den Blick nimmt? Ins Wirtschaftliche-Politische gewendet: Was kann beispielsweise ein westafrikanischer Viehzüchter gegen die Konkurrenz billiger, weil subventionierter Rindfleischimporte aus der Europäischen Union ausrichten, die die örtlichen Märkte stören und möglicherweise mühselig aufgepöppelte Entwicklungsprojekte ruinieren? Ist es hinnehmbar, dass durch unangemessene interne Politiken und durch äußere spekulative Angriffe auf die Währungen ganze Volkswirtschaften in die Knie gezwungen und die Erfolge jahrelanger Entwicklungs- und Aufbauarbeit innerhalb weniger Tage zunichte gemacht werden, wie wir es beispielweise in der Asien Krise in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts erlebt haben.

Oder ins Ökologische gewendet: Wie beeinträchtigen die vom Klimawandel hervorgerufenen Effekte, wie z.B. die Zunahme der Wüstenbildung, Überschwemmungen oder Stürme, die von uns geförderten Projekte und Programme?

Es wurde immer deutlicher, dass wir von solchen Zusammenhängen nicht absehen können, wir sie vielmehr zum integralen Bestandteil unserer Arbeit machen müssen, wenn sie dauerhaft wirksam und glaubwürdig sein bzw. bleiben sollen. Was aber sollte daraus geschlussfolgert werden? Dass zum Beispiel Entwicklungspolitik nichts ist, was sich alleine nach draußen auf die

Länder des Südens richtet, sondern etwas ist, das mit uns selbst zu tun hat. Entwicklungspolitik hat - so gesehen - auch eine innenpolitische Dimension, weil sie sich mit Fragen und Zusammenhängen auseinandersetzt, bei denen auch wir als Industrieland bzw. Bürgerinnen und Bürger eines Industrielandes nicht nur Teil der Lösung, sondern auch Teil des Problems sind. Auch Deutschland ist Entwicklungsland, das seine Produktions- und Lebensweise auf den Prüfstand stellen und nach Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit verändern muss. Hierin sehen wir eine ebenso notwendige Bedingung der Armutsbekämpfung wie in der direkten Hilfe zur Selbsthilfe und in der entwicklungsfreundlichen Gestaltung der globalen Rahmenbedingungen.

Wenn wir den Menschen in den armen Ländern die prinzipiell gleichen Entwicklungs- und Lebenschancen zubilligen, die wir für uns in Anspruch nehmen, zugleich aber feststeht, dass unsere Lebensweise nur zum Preis des ökologischen Ruins des Planeten Erde globalisierbar sind, dann ist es insbesondere die Verantwortung der Industrieländer, ihre ressourcenintensive und umweltbelastende Lebens- und Wirtschaftsweise so zu verändern, dass sie den nachwachsenden Ressourcenbedarf der Entwicklungsländer ebenso berücksichtigt, wie die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Das heißt, Materialien und Energie intelligenter und effizienter nutzen, mehr Wohlstand aus den gleichen Mengen herausholen, aber auch weniger verbrauchen. Hier spielen technologische wie soziale Innovationen gleichermaßen eine bedeutende Rolle. Der Gedanke des Teilens gewinnt hier nochmals besonderes Gewicht.

## 2. Die Studie

Auf der Basis einer umfassenden empirischen Bilanz der Umweltverbräuche Deutschlands und ihrer Auswirkungen sowohl hier wie in anderen Ländern, belegt und unterstreicht die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« nachdrücklich die Dramatik der bestehenden Asymmetrien. Auf der Grundlage von 8 Leitbildern für nachhaltige Entwicklung in verschiedenen Lebensbereichen, denen eine Schlüsselbedeutung zukommt, entwickelt die Studie eine Reihe von konkreten Handlungsoptionen. Sie stellt Reduktionsziele hinsichtlich Ressourcenverbrauch, Materialeinsatz, Flächenverbrauch und Schadstoffabgaben auf, formuliert Steigerungsziele, z. B. hinsichtlich der Ökologisierung der Landwirtschaft und der Nutzung regenerativer Energie-

quellen, und schlägt eine Reihe von entwicklungs politischen Maßnahmen vor, von der Entschuldung der hochverschuldeten armen Länder bis fairen Ausgestaltung des Welthandelssystems. Da dies alles nachzulesen ist, kann ich auf Darstellung von Einzelheiten hier verzichten.

### 3. Wirkungen und Folgen

Für ein Sachbuch hatte die Studie einen überdurchschnittlichen Erfolg. Sie ist inzwischen in der 4. Auflage erschienen, wurde rund 10.000 mal verkauft und in mehrere Sprachen übersetzt. Ein japanischer Verlag bemüht sich aktuell um die Rechte. Die Kurzfassung fand über 100.000 Abnehmer. Im ersten Jahr nach dem Erscheinen fanden über 700 Seminare, Workshops, Diskussionsveranstaltung etc. statt, die sich explizit mit der Studie beschäftigten. Zahlreiche Einzelpersonlichkeiten und Gruppen haben mit ihr gearbeitet und Ermutigung und Unterstützung daraus gezogen. Im Raum der katholischen Kirche fiel der Studie eine gewisse Schrittmacherfunktion insofern zu, dass sich durch die Tatsache, dass Misereor zu den Herausgebern zählte, sich zahlreiche Kirchengemeinden ermutigt fühlten, sich ebenfalls dieser Thematik eingehender an zu nehmen. Viele lokale Agenda 21-Prozesse haben sich von ihr befruchten lassen. Es entstanden weiterführende Bildungsmaterialien, welche die Studie didaktisch fort führten. Bis heute wird das Werk sowohl in politischen wie wissenschaftlichen Debatten immer wieder zitiert.

Dass die Studie einen Nerv und viele wunde Punkte getroffen hat, wurde daran deutlich, dass sie zu heftigen Kontroversen und Konflikten Anlass gegeben hat. Besonders hervor zu heben ist die scharfe Auseinandersetzung mit dem deutschen Bauernverband, der die Forderung nach einer 100%igen Ökologisierung der Landwirtschaft als Kampfansage gegen seine Politik und sein Selbstverständnis empfunden hatte. Für uns als Spendenorganisation war es eine schmerzliche Erfahrung, dass sich einige Spender von Misereor abwandten. Sie konnten sich offensichtlich mit unserem Verständnis von Entwicklungsarbeit nicht identifizieren. Da sich andererseits neue Spendergruppen durch die von der Studie ausgelösten Debatte angesprochen fühlten, war der Saldo für Misereor erfreulicher Weise positiv.

Treffsichere Aussagen über die politische Wirkung der Studie zu machen, ist schwierig. Auf politische Prozesse nehmen vielfältige Kräfte und Interessen Ein-

fluss, und welcher Faktor in einem bestimmten Kräfteparallelogramm welchen Trend in welche Richtung letztendlich bewegt oder schiebt, ist entweder nicht oder nur durch sehr umfangreiche Untersuchungen fest zu stellen. Aber ich halte es nicht für vermessen zu behaupten, dass die Studie die Umwelt- und Entwicklungsdebatte in Deutschland wesentlich beeinflusst und mit geprägt hat. Übrigens hat sie den Anstoß zu vergleichbaren Untersuchungen in Ghana und Chile geführt, wie wir durch ähnliche Initiativen in den Niederlanden angeregt worden waren.

Dennoch finde ich, dass wir heute, 10 Jahre nach Rio im Sinne der Konkretisierung und Realisierung von nachhaltiger Entwicklung trotz vielfältiger Fortschritte im einzelnen nicht sehr viel weiter gekommen sind. Zwar haben die Verhandlungen in der Klimapolitik Ergebnisse erbracht, das Kioto-Protokoll konnte trotz des Ausstiegs der USA gerettet werden. Der Nutzen für das Klima jedoch bleibt zweifelhaft. Der Verlust an biologischer Vielfalt geht ungebremst weiter. Trinkwasser und andere lebensnotwendige Güter werden knapp. Die Globalisierung hat nicht zu mehr Wohlstand für alle, sondern zu größerer Verteilungsgerechtigkeit geführt. Die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen liegt immer noch über einer Milliarde. Trotz insgesamt gestiegener Weltbevölkerung ist diese Zahl jedoch nicht größer geworden. Die Verteilungsgerechtigkeit hat sich verschärft. Das Einkommen der drei reichsten Personen dieser Welt entspricht dem der 48 ärmsten Länder. Der Anteil dieser 48 ärmsten Länder am Welthandel ist weiter abgesunken und liegt inzwischen bei nur noch 1,4 %. Ein Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen geht in die ärmsten Länder. Trotz beträchtlicher Steigerungsraten liegt dort die Lebenserwartung immer noch drastisch unter denjenigen in den reichen Ländern. Aids bedroht insbesondere die Länder des Südens. Zur sozialen und wirtschaftlichen Marginalisierung kommt heute noch verschärft die so genannte digitale Kluft.

Weil die soziale Zerrissenheit zunimmt und auch Umweltzerstörung inzwischen zu den wichtigsten Konflikt- und Fluchtursachen zählt - die Rede ist von allein 25 Mio. Umweltflüchtlingen -, erscheinen auch friedliche Lebensbedingungen - trotz Ende des Ost/West-Konfliktes - schwerer erreichbar denn je. Zahl und Heftigkeit innerstaatlicher oder regionaler Konflikte - 46 im Jahr 2001 - legen davon Zeugnis ab. Wenn es eines weiteren Beweises bedurft hätte, dann haben ihn die Terroranschläge am 11. September 2001 auf dramatischste Weise geliefert. Auch wenn es

unzulässig ist, Armut und Terrorismus in einen unmittelbaren Kausalzusammenhang zu bringen, so kann doch angenommen werden, dass soziale Ungerechtigkeit und kulturelle Marginalisierung die Wahrscheinlichkeit solcher Gewalttaten erhöhen.

In Rio und immer wieder danach haben die Industrieländer zusätzliche Mittel für nachhaltige Entwicklung versprochen und diese Versprechen immer wieder gebrochen. Auch in Deutschland stehen heute rund 500 Mio. € weniger Geld im BMZ Haushalt als noch vor 10 Jahren. Zwar gibt es seit dem EU-Rat in Barcelona im März dieses Jahres mit der Zusage, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit bis 2006 auf 0,39 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) im Durchschnitt der EU-Mitgliedsstaaten anzuheben, eine neue Perspektive. Für Deutschland würde dies eine Steigerung von heute 0,27 % auf 0,33 % BNE bedeuten. Es wird aber großen Anstrengungen bedürfen zu verhindern, dass dieses Ziel der Haushaltskonsolidierung zum Opfer fällt.

#### 4. Barrieren

Generell scheint sich zu bestätigen, dass die Beharrungskräfte der alten, nicht nachhaltigen Entwicklungsmodelle und der von ihnen profitierenden Interessengruppen sich als stärker erweisen als die Kräfte der Veränderung. Zwar mangelt es nicht an Informationen über den Zustand des Planeten Erde und seiner Bevölkerung. Auch gibt es die grundsätzliche Einsicht, dass vor allem wir in den reichen Ländern über unsere Verhältnisse leben. Doch fällt es offenbar schwer, daraus die notwendigen konkreten Schlussfolgerungen zu ziehen und diese in die Tat umzusetzen. Dies gilt für die große Mehrheit der wirtschaftlichen und politischen Eliten in Nord, Süd und Ost, aber auch für die großen Mehrheiten der Bevölkerung der Verschwendeländer gleichermaßen. Bei Zielkonflikten zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen setzen sich die ökonomischen in der Regel durch. Das Hemd ist dann stets näher als der Rock, und die Sicherung von Arbeitsplätzen oder des wirtschaftlichen Standortes hat Vorrang vor der Rücksichtnahme auf die Natur und der Solidarität mit den Armen in den Ländern des Südens.

Begünstigt wird diese Haltung von der Neigung der Menschen, sich nur ungern auf Veränderungen mit ungewissem Ausgang einzulassen. Das Vertraute bietet Sicherheit, das Neue verunsichert und macht

vielleicht sogar Angst. Viele erleben Umwelt- oder entwicklungspolitische Diskussionen als bedrohlich, als freudlose Verzichtsdiskurse und befürchten materielle Einbußen. Die Erfahrung zeigt, dass in der Regel vor allem solches Politikerverhalten belohnt wird, das sich in vertrauten Horizonten bewegt. Diese Erfahrung haben auch Bündnis 90/Die Grünen machen müssen und sich entsprechend an den herrschenden Politikbetrieb angepasst.

Erschwerend kommt die Langfristigkeit der Ziele hinzu. Vieles von dem, was heute ökologisch oder entwicklungspolitisch getan werden müsste, würde sich möglicherweise erst später auswirken und vielleicht erst den nächsten Generationen nützen. Die Bereitschaft, sich für ferne und ungewisse Ziele einzusetzen und heute für etwas einen Preis zu zahlen, dessen Gegenwert sich einer genauen Kalkulation entzieht, ist nicht besonders ausgeprägt. Politiker denken in Wahlperioden und zögern, Dinge aufzugreifen, von denen sie befürchten müssen, dass sie am Wahltag nicht honoriert werden. Damit will ich keine billige Politikschelte betreiben, die auch deshalb nicht angebracht wäre, weil sich auch die Gesellschaft mehrheitlich eher am kurzfristigen Vorteil orientiert. Vielleicht hat sich daran durch die September-Attentate in den USA etwas verändert, weil viele Menschen spüren, dass die extreme Ungerechtigkeit in der Verteilung von Gütern und Lebenschancen in der Welt die Weltgesellschaft insgesamt und selbst dort bedroht, wo man sich auf einer vergleichsweise sicheren Insel des Wohlstands zu befinden glaubte.

Eine zentrale Barriere gegen eine entschlossene und konsequente Nachhaltigkeitspolitik sehe ich in der neoliberalen Überschätzung des Marktes als eines immer und überall produktiven Regelwerks. Doch bekanntlich ist der Markt blind für ökologische und soziale Erfordernisse. Er sichert nicht die Versorgung der Menschen mit Gütern, die keinen Gewinn abwerfen. Auch löst er nicht die Probleme des ungerechten Zugangs zu Ressourcen und der politischen und demografischen Ungleichgewichte. Er bedarf eines entsprechenden Ordnungsrahmens, wie er in Deutschland als soziale und - in Ansätzen - ökologische Marktwirtschaft im Prinzip besteht, im System der internationalen Beziehungen jedoch noch nicht.

Mit der vor wenigen Wochen vorgelegten Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland zielt die Bundesregierung zwar auf Verstärkung des Ordnungsrahmens, bleibt jedoch dem Grundparadigma einer Wachstums orientierten wirtschaftlichen Entwicklung verhaftet. Damit wird das

System wahrscheinlich besser und moderner, jedoch noch nicht nachhaltig. Auch bleibt der Ansatz der Nachhaltigkeitsstrategie zu sehr Inlands bezogen. Es ist natürlich notwendig, dass ein Staat innerhalb seiner Grenzen eine ökologisch verträgliche Entwicklung anstrebt. Dies greift jedoch zu kurz, wenn nicht gleichzeitig das Problem der Ressourcennutzung in anderen Ländern nicht systematisch in das eigene Handeln und die eigene Politikgestaltung mit einbezogen wird. Es genügt nicht, eine internationale Verantwortung in dem Sinn zu postulieren, dass man von außen kommende Gefahren abzuwenden sich bemüht, ohne gleichzeitig die Risiken und Nebenwirkungen des eigenen Handelns für Dritte, also auch für Dritte-Welt-Staaten mit zu berücksichtigen. Gerade weil wir als überproportionaler Natur-, Ressourcen- und Energieverbraucher und Umweltbelasteter auch in anderen Ländern beträchtliche »ökologische und soziale Fußabdrücke« hinterlassen, müssen wir uns im Sinne eines fairen burden sharing auch darum kümmern. Dies bleibt die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie jedoch schuldig.

## 5. Fortschritte

Auch wenn die Bilanz ernüchternd ausfällt, wäre es falsch, alles, was sich seit 1992 getan hat, für irrelevant oder einen glatten Fehlschlag zu halten. Auch wenn die Möglichkeiten der Entwicklungspolitik als Korrektiv gravierender Fehlentwicklungen nicht überschätzt werden dürfen, so hat sie doch über die weiterhin notwendige Förderung von Projekten und Programmen in den Ländern des Südens hinaus wichtige strukturpolitische Initiativen gegen die Armut auf den Weg oder voran gebracht.

Erinnert sei an die erweiterte **Entschuldungsinitiative** für hoch verschuldete arme Länder (HIPC II) von 1999. Die Umsetzung der Initiative erfolgt jedoch nicht schnell und tief genug. Neu hinzukommende externe wirtschaftliche Schocks (z.B. Ölpreiserhöhung) werden unzureichend berücksichtigt. Nach wie vor steht bei der Definition der Tragbarkeit von Schulden die Fähigkeit zum Schuldendienst und nicht die Sicherung der Versorgung mit sozialen Grunddiensten und die Finanzierung nationaler Armutsminderungsstrategien im Vordergrund. In die Debatte über die Einführung von fairen und transparenten Schiedsverfahren bei Zahlungsschwierigkeiten von Schuldnerländern ist zwar Bewegung gekommen. Noch ist aber nicht absehbar, wann es zu entsprechenden verbindlichen Regelungen kommen wird.

Im **Handelsbereich** bleibt die Forderung nach einer weiteren Öffnung der Märkte der Industriestaaten für Exporte aus Ländern mit niedrigem Einkommen eines der wichtigsten Desiderata, auch wenn die Tür des Marktzugangs in der EU im März 2001 durch den Beschluss völliger Zoll- und Quotenfreiheit für die 49 ärmsten Länder ein wenig weiter geöffnet wurde. Zahlreiche tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse bestehen fort und verbauen den wirtschaftlich schwächeren Ländern die Möglichkeit, ihre Marktfähigkeit zu verbessern und damit die finanziellen Mittel, die sie für ihre Entwicklung brauchen, selbst zu verdienen. Im Rahmen der kommenden WTO-Verhandlungen müssen Schutzrechte für schwächere Volkswirtschaften (Special and Differential Treatment) stärker im Regelwerk der WTO verankert werden. Dass es nicht zu einer Enteignung der genetischen Ressourcen der Entwicklungsländer mit Hilfe von Patenten beiträgt und damit auch zu einem weiteren Kapitalabfluss aus Entwicklungsländern (in Form von Lizenzgebühren) führt. Das Patentrecht ermöglicht auch die Einschränkung des Zugangs der Armen zu Ressourcen wie Saatgut oder Medikamenten, was wir unter keinen Umständen in Kauf nehmen möchten.

Um den **fairen Handel** weiter aus zu bauen und zu fördern ist anzustreben, den so gehandelten Waren generell zoll- und quotenfreien Zugang zu allen Märkten zu gewähren.

Im Februar 2002 legte das BMZ eine Studie vor, die grundsätzliche Realisierbarkeit einer **Devisentransaktionssteuer** nachwies. Mit ihr könnte ein Regulativ für die internationalen Finanzmärkte geschaffen sowie neue Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit generiert werden. Hinsichtlich des **0,7 % Ziels** erwarten die Nichtregierungsorganisationen von der Regierung die eines entsprechenden Zeitplanes, bis wann das Ziel über welche Schritte erreicht werden soll.

Große Bedeutung kommt dem im April 2001 vom Bundeskabinett verabschiedeten **Aktionsprogramm zur Halbierung der extremen Armut in der Welt bis zum Jahr 2015** zu. Dieser Beschluss konkretisiert für Deutschland die international verabredeten Millenniums-Ziele und verpflichtet nicht nur das Entwicklungsressort, sondern die gesamte Bundesregierung dazu, Armutsbekämpfung zu einer zentralen Aufgabe zu machen.

Trotz aller Erfolge im einzelnen gilt: Nach wie vor spielt nachhaltige Entwicklung in der politischen Rhetorik eine größer Rolle als in der politischen Praxis. Es bleibt noch vieles zu tun, bis sich daran etwas ändert.

# Wer berät wen und wer hört nicht zu? Eine kleine Systemkritik zum Nachhaltigkeitsdialog in Deutschland

Von PD Dr. Hans Diefenbacher<sup>1</sup>

**Tagung »Von Rio über Johannesburg nach...«, Wittenberg, 14. – 16. 5. 2002. Der Autor ist Beauftragter des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland für Umweltfragen.**

## (1) Aufriss

Der folgende Beitrag konzentriert sich auf die Frage, welche Dynamik der politischen und gesellschaftlichen Willensbildung in Deutschland in Sachen nachhaltiger Entwicklung innewohnt. An diesem Beispiel sollen einige Thesen über Möglichkeiten und Grenzen der Politikberatung entwickelt werden. Dabei will ich in vier Schritten vorgehen. Ich will zunächst einige allgemei-

ne Überlegungen hinsichtlich der Erwartungen der Politik an die Wissenschaft einerseits und der Aufgabenzuweisung der Wissenschaft an sich selbst andererseits anstellen. In einem zweiten Schritt soll ein Fallbeispiel näher betrachtet werden: die Entwicklung der Energieprognosen in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten fünfzig Jahren. Auf diesem Hintergrund will ich im dritten Teil den Nachhaltigkeitsdialog in der Bundesrepublik, wie er uns derzeit umgibt, näher betrachten. Im vierten Schritt will ich dann einige vorsichtige Empfehlungen oder Wünsche an eine Organisation der Politikberatung formulieren, die dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung vielleicht etwas besser entsprechen könnte.

## (2) Zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft ... in der Theorie

### (2.1) ... aus Sicht der Politik

Die politischen Wissenschaften, die Sozialpsychologie, nicht zuletzt die Politische Ökonomie haben ganze Bibliotheken mit Veröffentlichungen gefüllt, wie eine politische Meinung entsteht und wie sich politische Mehrheiten in einem Land bilden. Dass »der Zeitgeist weht, wohin er will«, mag zwar immer noch gelten, aber wir wissen etwas mehr darüber, wie er das tut. Die Rolle der Parteien ist untersucht worden, der Medien, der Verbände, der Lobbies und der Interessengruppen. Die bereits erwähnte Politische Ökonomie hat die Kunstfigur des »Medianwählers« beige-steuert, den es zu gewinnen gilt: Wer den für sich begeistern kann, der genau in der Mitte des Meinungsspektrums angesiedelt ist, oder besser gesagt: sich angesiedelt hat, der besitzt auch die Gunst der jeweils 50 Prozent »links« oder »rechts« des Medianwählers - und somit schon einmal eine Mehrheit. Aber: wer ist der Medienwähler, was denkt er, was will er wirklich?

Also ist die Wissenschaft gefragt. Wenn man einmal eine etwas machiavellistische Position einnimmt, dann könnte die Wissenschaft, aus Sicht der Politik, folgende Aufgaben erfüllen:

- Sie kann zur Komplexitätsreduktion beitragen. In den letzten zwanzig Jahren wurde immer wie-

der die These vorgebracht, die globale Problemlage sei unübersichtlicher, komplexer geworden, Lösungen vielschichtiger und schwerer zu finden. Allerdings kann man mindestens in den letzten fünf Jahrhunderten Meinungsäußerungen dieser Art in der Literatur finden. Also soll der Wissenschaftler oder die Wissenschaftlerin der Politik Erklärungen für Sachverhalte liefern, und zwar genau auf dem Königsweg zwischen zu starker Simplifizierung und zu unverständlicher oder zu mühevoller Differenziertheit, die ihrerseits interpretatorische Anstrengungen - und damit eine weitere Komplexitätsreduktion - erfordern würde.

- Wissenschaft soll die Zukunft wenigstens etwas vorhersehbarer machen. Wer als Wissenschaftler hier jedoch gehört werden will, muss offenkundig einen weiteren Königsweg finden: den zwischen einer furiosen Technikutopie, deren Allmachtsphantasie eine harmonische Welt voraussetzt, und der Rolle des Propheten, dessen Uhr eigentlich schon »5 nach 12« anzeigt. Beide dieser Grundhaltungen erscheinen heute eigentlich nicht mehr politikfähig.

- Die Versuchung für die Politik, dass eine dritte Erwartung sehr dominant wird, ist besonders groß: Man kann von wissenschaftlichen Beiträgen auch erhoffen, dass diese die jeweils eigene, politisch oder ethisch begründete Position etwas

plausibler machen und mit »Sachargumenten« unterfüttern. Wissenschaft gerät hier zur reinen Legitimationsinstanz, die natürlich umso wirksamer ist, je unabhängiger die Wissenschaft erscheint.

## (2.2) ... aus Sicht der Wissenschaft

Die Frage nach dem angemessenen Selbstverständnis der Wissenschaft oder einzelner ihrer Disziplinen kann von der Einschätzung der Dignität dieser Wissenschaft daher nicht getrennt werden. Vielleicht betonen viele Wissenschaftler deshalb die Wissenschaftlichkeit ihrer Methoden so besonders stark, weil sie sonst keine Abnehmer mehr für ihre Studien sehen. Dieses Dilemma hat Walter Eucken schon vor über fünfzig Jahren beschrieben:<sup>2</sup>

»Äußerlich steht die Nationalökonomie auf einem schwierigeren Posten, als irgendeine andere Wissenschaft. Zu Anschauungen vieler Praktiker, auch mächtiger Wirtschaftsgruppen, muss sie oft in Widerspruch treten. Schon hierdurch schafft sie sich Feinde. Mit ihren nüchternen Methoden und exakten Ergebnissen gerät sie ferner häufig in Gegensatz zu den vielen Literaten und Propheten, die mit Affekt, aber wenig Sachkenntnis über die Wirtschaft urteilen und die erheblich lauter auf der Bühne der Öffentlichkeit auftreten als die Vertreter der Wissenschaft. ... Gegner muss die Nationalökonomie immer haben.«

Auf diesem Hintergrund muss die Debatte um eine angemessene Form der wissenschaftlichen Politikberatung gesehen werden. Es zeigt sich, dass diese Debatte seit weit über 100 Jahren geführt wird und höchst kontroverse Thesen formuliert wurden.

- Zum einen kann man die Position finden, dass die Wissenschaft in der Politik eine eindeutige Führungsrolle übernehmen soll. Ob Kameralisten, Merkantilisten oder Physiokraten - es gibt eine lange Tradition, in der die Nationalökonomie vor allem als praktische Wissenschaft verstanden wurde, deren Vertreter sich als Führer, ja als Ausbilder der Staatsmänner und der Verwaltungsbeamten sahen.

- Mit dieser tradierten Rolle als Berater oder gar Führer des Staatsmannes bricht im Grunde erst Jean Baptiste Say. Adam Smith wollte die Wirtschaft zwar bereits, wie ein Naturforscher betrachten, aber die Kenntnis der »selbsttätigen Verfassung« der Nationalökonomie hat bei ihm noch den Zweck, die Staatsmänner zu beraten,

ihnen zu helfen, »künstliche Hindernisse«, die sie selbst dieser Verfassung entgegenstellen, zu überwinden.<sup>3</sup> Für Say ist dies ein zu großes Entgegenkommen gegenüber den Bedürfnissen der Praxis. Er sieht die Nationalökonomie als eine rein theoretische und beschreibende Wissenschaft. Der Ökonom ist kein Ratgeber mehr, sondern einfach Beobachter und Analytiker. Er muss »ungerührter Zuschauer bleiben«, schreibt er im Jahr 1820 an Malthus, und weiter:<sup>4</sup>

»Unsere Aufgabe der Öffentlichkeit gegenüber besteht darin, ihr zu sagen, wie und warum eine bestimmte Tatsache die Folge einer bestimmten anderen ist. Ob ihr diese Folgen zusagen, ob sie ihr Schrecken erregen, ist für den Nationalökonom ohne Bedeutung. Sie weiß nun, was sie zu tun hat. Niemals aber sind Ermahnungen am Platze.«

Das ist im Grunde die Definition der Beratungsfunktion, mit der sich die meisten Nationalökonom bis heute am liebsten schmücken.<sup>5</sup>

- In der historischen Schule des 19. Jahrhunderts erfährt diese Rollenbeschreibung eine weitere Zuspitzung. Gustav von Schmoller plädiert im Jahre 1876 für eine völlige Trennung der Wissenschaft von der Politik:<sup>6</sup>

»Wie der Chor der Antike soll sie [die Nationalökonomie] nicht selbst handeln, sondern ganz getrennt von der Bühne der Handelnden deren Tun mit ihren Betrachtungen begleiten, es messen an dem Maßstab der höchsten Ideale der Zeit.«

Auch Wilhelm Roscher hatte 1857 in seiner »Geschichte der englischen Volkswirtschaftslehre« das Kriterium sehr hoch angesetzt, wann erst die Ökonomie politisch wirksame Ansichten äußern dürfe: Die Wissenschaft müsse erst zur Weisheit geworden sein, sich mit dem menschlichen, von all unserer christlichen und philosophischen Kultur gebildeten Empfinden verbunden haben.<sup>7</sup>

Die Analyse der Wirkungsgeschichte der wissenschaftlichen Ökonomie führte in den zwanziger und dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts dann wieder zu einer Gegenbewegung. Eine solche Nationalökonomie, so noch einmal Walter Eucken,<sup>8</sup> sei praktisch wertlos, weil sie »den Ereignissen folge und sie nicht führe«. Eucken zitiert Hegel - »In verruchten Zeiten ist es den besseren Naturen gestattet, aus der äußeren Wirklichkeit in die innere Lebendigkeit sich zurückzuziehen« - und widerspricht entschieden: Die »verruhten Zeiten« könnten nicht überwunden werden, wenn sich die »besseren Naturen« zurück-

ziehen. Die Mitwirkung, ja die führende Hand der Nationalökonomie sei vonnöten, um der Welt eine Wirtschaftsordnung zu geben, die der Hun-

gersnot und der Vermachtung Einhalt gebiete und den Menschen ein menschenwürdiges Leben ermögliche.

### **(3) Zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft ... in der Praxis: Das Beispiel der Entwicklung von Energieprognosen, 1952 - 2002**

Die Energieprognosen in der Bundesrepublik und ihre Rezeption in Politik und Öffentlichkeit haben sich in den letzten 50 Jahren sehr stark gewandelt.<sup>9</sup> Die Auseinandersetzungen zu dieser Frage können daher fast als eine Art Lehrstück zur Entwicklung der wissenschaftlichen Politikberatung zwischen den Polen betrachtet werden, die im letzten Abschnitt dargestellt wurden.

Die öffentliche Diskussion zu Fragen der Energieproduktion und der damit verbundenen Umweltbelastung sowie zur Nachfrage nach Energie und den wiederum damit verknüpften Fragen des Lebensstils hat sich im Laufe der letzten fünfzig Jahre immer mehr der detailliertesten Fragen bemächtigt - aus Themen für Spezialisten sind Themen geworden, für die sich eine breitere Öffentlichkeit, und damit nicht nur Fachwissenschaftler und Politiker, immer wieder interessiert. Dieses Interesse ist zwar nicht durchgängig auf hohem Niveau, lebt aufgrund einzelner Vorkommnisse jedoch sehr schnell auf. Zur Struktur der Energieversorgung, zu Preisen, zu Fragen der Sicherheiten oder Unsicherheiten für die Zukunft, zu Risiken der Technologien hat sich mittlerweile eine Art »Diskussionsgeschichte« etabliert, an die in den jeweiligen Debatten angeknüpft wird auf die Bezug genommen werden kann. Die Rolle der Wissenschaft und ihre institutionelle Einbindung in den politischen Entscheidungsprozess hat sich dadurch ebenso verändert wie die Werkzeuge, mit Hilfe derer sich die Wissenschaftler in prognostischer und/oder politikberatender Absicht dem Thema Energie nähern.

Betrachtet man diese Diskussionsgeschichte nun eingegrenzt auf die Energieprognosen in der Bundesrepublik Deutschland, so kann man eine bestimmte »logische« Abfolge der politischen und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung um die Zukunft der Energieversorgung erkennen. Diese Abfolge findet ihre Entsprechung in der Entwicklung der Methoden der Energieprognostik selbst. In einer groben Annäherung können wir die Entwicklung der Rolle von wissenschaftlich gestützten Prognosen in der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte um die Energieversorgung in fünf Phasen beschreiben:

- In einer ersten Phase bis zum Anfang der siebziger Jahre wurden Energieprognosen in traditioneller Weise als Aufgabe von Spezialisten definiert und mit relativ einfachen Methoden erstellt. Entwicklungen wurden in der Regel als unveränderbare Trends beschreiben, an die man sich anzupassen habe. Interessanterweise lagen die Schätzwerte des zu erwartenden Energieverbrauchs für die Zeit bis Mitte der siebziger Jahre, trotz der Diskussion um die »Energienlücke«, in der Regel zu niedrig; das heißt, obwohl die Prognostiker der fünfziger und sechziger Jahre skeptisch waren, ob in den siebziger Jahren die Energienachfrage befriedigt werden konnte, war der tatsächliche Energieverbrauch in dieser Zeit dann noch deutlich höher, als diese Warnprognosen angenommen hatten.

- In einer zweiten Phase Mitte und Ende der siebziger Jahre wurde die Energiediskussion von der Auseinandersetzung um die friedliche Verwendung der Kernkraft dominiert und aus diesen Gründen von einem starken öffentlichen Interesse begleitet. Der gesellschaftliche Konsens, die Probleme der Energieversorgung den Spezialisten zu überlassen, bestand nun nicht mehr. Gleichzeitig wurde deutlich, dass eine bestimmte Art und Weise, zukünftige Energieverbrauchszahlen zu prognostizieren, immer auch mit normativen Entscheidungen über die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft im Ganzen verbunden und davon abhängig ist. Da die neuen Akteure auch andere Sichtweisen und andere Wertvorstellungen einbrachten, da sie andere Visionen der zukünftigen Gesellschaft hatten, kam es über den Katalysator der politischen und gesellschaftlichen Debatte zu einer wissenschaftlichen Diskussion über Methoden und Annahmen und damit über Modelle und Ergebnisse von Energieprognosen. Die Politisierung der wissenschaftlichen Arbeit an Prognosen führte aber aus den verschiedensten Gründen zu einer Diskreditierung dieser Arbeiten insgesamt. Diese Diskreditierung wurde später noch dadurch gesteigert, dass die in dieser Phase für das Jahr 1985 vorgelegten Prognosen sich in der Regel als falsch erwiesen hatten und jene für das Jahr 2000 Mitte der achtziger Jahre durch die bisherige Entwicklung unglaubwürdig erschienen. Die Methoden der Prognosen wurden in dieser zwei-

ten Phase vielfältiger und komplexer. Sie wurden komplexer, weil die Modelle, mit deren Hilfe man das Abbild der Realität präziser nachvollziehen und die Prognosegenauigkeit erhöhen wollte, umfangreicher und komplizierter wurden. Sie wurden vielfältiger, weil sich im Laufe dieser Phase eine Konkurrenz der Methoden ergab zwischen einfacheren Extrapolationsrechnungen und ökonomischen Modellen auf der einen Seite und Szenario-Analysen auf der anderen Seite. Insbesondere die letzteren versuchten, den Gedanken, dass die Struktur der zukünftigen Energieversorgung von normativen Wertvorstellungen und heutigen politischen Entscheidungen abhängt, explizit in ihre Methodenüberlegungen aufzunehmen.

- Eine dritte Phase Anfang der achtziger Jahre, wurde durch die Szenarien der Enquête-Kommission »Zukünftige Kernenergiepolitik« des Deutschen Bundestages (1980) begonnen und war durch eine Art von »verhaltenem Kompromiss« für eine Übergangszeit gekennzeichnet. So hatte sich in der Regel die Erkenntnis durchgesetzt, dass sich ganz unterschiedliche Strukturen der Energieversorgung realisieren lassen, je nachdem zu welcher Zeit welche politischen Weichenstellungen vorgenommen werden. Damit waren Prognosen in der Form alternativer Szenario-Rechnungen endgültig hoffähig geworden. Das gleiche galt in der Regel auch für wissenschaftlich fundierte Argumente, die aus dem Bereich der ökologisch orientierten Gruppierungen vorgetragen wurden. Der Kompromiss der Enquête-Kommission war jedoch nur für eine Übergangszeit gedacht. Auf lange Sicht war es in der Sicht der Kommission nicht möglich, um eine Entscheidung für eine der beiden Hauptalternativen herumzukommen. Bis dahin sah man die Bundesrepublik in einer »Testphase«, in der sich die Entwicklungen irgendwo zwischen Pfad 2 und Pfad 3 abspielen würden. Aber in den neunziger Jahren, wenn die Politikempfehlungen der Enquête-Kommission hinsichtlich Einsparmaßnahmen und des Einsatzes erneuerbarer Energiequellen in die Tat umgesetzt sein würden, müsse die Entscheidung getroffen werden, ob die gegenwärtige Nutzung der Kernenergie eine kurze Episode bleiben würde oder ob sie als Eingangsstufe zur langfristigen Ausweitung der Verwendung dieser Technik anzusehen sei.

- In einer vierten Phase nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl wurden Energieprognosen wieder neu unter der Fragestellung nach der Vertretbarkeit des Einsatzes der Kernenergie betrachtet. Eine Monate lang schien es, als habe

dieser Vorfall zu einer neuen Qualität in der Energiediskussion geführt. In einigen Ländern war Energie wieder zu einem Thema geworden, an dem keine politische Grundsatzklärung vorbeigehen zu können glaubte. Die friedliche Nutzung der Kernenergie wurde erneut prinzipiell in Frage gestellt. Dementsprechend hatten sich auch die Anfragen der Politik an die Prognostiker verändert. Überlegungen standen im Vordergrund, ob und mit welchen Kosten ein Verzicht auf den Einsatz von Kernenergie zu welchem Zeitpunkt möglich sei. Diese erste Generation der Studien »nach Tschernobyl« bot - für viele Politiker überraschend - ein Bild der Übereinstimmung in vielen Punkten. Die Stromversorgung erschien beim Ausstieg aus der Kernenergie technisch gesichert. Die zusätzlich benötigten fossilen Energieträger hätten sich, allerdings teilweise zu höheren Preisen, auf dem Weltmarkt auch bei einem »Sofortausstieg« beschaffen lassen. Der Strompreis wurde für den Fall eines Ausstiegs aus der Kernenergie zwar höher berechnet, die Steigerung schien jedoch zu verkraften. Ein sofortiger Verzicht auf die Kernenergie hätte kurzfristig einen Verlust von zwischen 50.000 und 100.000 Arbeitsplätzen eingebracht, mittel- und langfristig aber überwogen die positiven arbeitsschaffenden Effekte durch die verstärkte Nutzung von Energiespartechniken. Dieser Konsens hatte im Spätjahr 1986 einiges Aufsehen erregt. Es konnte der Eindruck entstehen, als sei diese Art von Übereinstimmung bei einigen Auftraggebern so nicht erwünscht gewesen; des öfteren wurden die zugrunde liegenden Prognosen als »schnell erarbeitet«, »unter Zeitdruck entstanden« oder ähnlich apostrophiert. Ein Jahr später begann sich dieser Konsens dann auch wieder aufzulösen.

- Ende der achtziger Jahre, kann schließlich eine neuerliche, grundlegende Veränderung der Energiediskussion unter dem Aspekt der drohenden Veränderung des Weltklimas festgestellt werden. Insbesondere durch die Arbeiten der neuen Enquête-Kommission »Schutz der Erdatmosphäre« hat sich die Fragestellung an die Energieprognostik erneut grundlegend gewandelt. In der Bundesrepublik gibt es in Wissenschaft und Politik mittlerweile einen sehr breiten Konsens, dass in den nächsten 15 Jahren der Ausstoß klimagefährdender Schadstoffe, vor allem CO<sub>2</sub>, drastisch gesenkt werden muss, um das Ausmaß einer globalen Veränderung des Klimas in Grenzen zu halten. Die leitende Frage an die Prognostik ist daher nicht mehr ausschließlich, wie die Energieversorgung bei knappen Ressourcen und dem Wunsch nach stetigem Wirtschaftswachstum möglichst kostengünstig gesichert werden kann. Eine zwei-

te, ebenso wichtige Frage lautet jetzt vielmehr, wie eine Energieversorgung strukturiert sein muss, die die geforderte Reduktion des Ausstoßes klimagefährdender Schadstoffe ermöglicht. Dabei werden diese veränderten Zielvorgaben aber mit einem unveränderten wissenschaftlichen Instrumentarium verfolgt: Schadstoffreduktionspfade, unterschiedliche Szenario-Rechnungen und komplexe, eher ökonometrisch orientierte Modell-

rechnungen bilden das Gerüst für wissenschaftlich abgestützte Aussagen. Dabei kann eines festgehalten werden: Noch nie war der Weg von der wissenschaftlich orientierten Politikberatung zu Kabinetts- und Parlamentsbeschlüssen so kurz und so direkt wie bei der Frage der Klimagefährdung - dem Kernstück der politischen Debatte nach der Rio-Konferenz.

#### **(4) Der Nachhaltigkeitsdialog in Deutschland: eine neue Qualität der Partizipation?**

##### **(4.1) Die deutsche Beratungslandschaft zur nachhaltigen Entwicklung**

Eben weil der Weg von einer wissenschaftlich angeleiteten Politikberatung zur Entwicklung politischer Strategien bei vielen Teilbereichen nachhaltiger Entwicklung unmittelbar gegeben ist, hat auf diesem Gebiet auch eine neue Konkurrenz der vielfältigsten Initiativen eingesetzt, die in politikberatender Absicht vorangetrieben werden. Im Kapitel C der von der Bundesregierung vorgelegten Nachhaltigkeitsstrategie wird auf 20 Seiten eine Übersicht über Projekte und Programme der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure in Sachen Nachhaltigkeit vorgestellt;<sup>10</sup> Viele dieser Akteure haben gleichzeitig oder ausschließlich Dokumente vorgelegt, die auch die offizielle Politik auf diesem Feld beeinflussen sollen. Dabei lassen sich mindestens vier unterschiedliche Gruppen beratender Institutionen unterscheiden:

- Zuerst sind hier die von der Bundesregierung oder dem Parlament offiziell eingesetzten Gremien, Beiräte oder Räte zu nennen. In diese Gruppe gehört der Sachverständigenrat für Umweltfragen, der sich in verschiedenen seiner Gutachten mit dem Thema nachhaltige Entwicklung auseinandergesetzt und insbesondere versucht hat, mit dem Terminus »dauerhaft umweltgerechte Entwicklung« eine neue Begrifflichkeit zu etablieren. Genannt werden muss hier der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, der sowohl ein Sondergutachten zu Entgelten für die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter vorgelegt als auch ein Papier zur Konferenz in Johannesburg mit »Eckpunkten für eine Verhandlungsstrategie« vorgelegt hat. In diese Gruppe der Beratungsgremien gehört natürlich insbesondere der Rat für Nachhaltige Entwicklung, dessen Einfluss auf die Nachhaltigkeitsstrategie an einigen Stellen von beiden Seiten betont wurde, wohingegen andere Anregungen des Rates nicht aufgenommen wurden.

- Eine zweite Gruppe von Beratungsgremien sind Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestages, Bundesministerien und nachgeordnete Behörden. Zu nennen sind hier vor allem die Enquête-Kommission »Schutz des Menschen und seiner Umwelt« sowie die Kommission zu ragen der Globalisierung. Das Bildungsministerium hat einen Bericht zum Thema »Bildung für eine nachhaltige Entwicklung« vorgelegt. Schließlich hat das Umweltbundesamt ebenfalls eine Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet, deren Kurzfassung seit Februar 2002 und deren ausführliche Version seit Mai diesen Jahres vorliegt.

- Die größte Gruppe bilden Parteien, diverse Lobbies und Nichtregierungsorganisationen. Zum Beispiel hat die SPD ein Grundsatzpapier unter dem Titel »Zukunft sichern - Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland« veröffentlicht. Auch das Institut der Deutschen Wirtschaft hat sich zu dem Thema immer wieder geäußert; viele großen Konzerne haben mittlerweile einen »Nachhaltigkeitsbericht« publiziert. Den Nichtregierungsorganisationen ist es in diesem Fall gelungen, ihre Kräfte im »Forum Umwelt und Entwicklung« zu bündeln und ein Papier mit dem Titel »10 Forderungen für nachhaltige Entwicklung« zum Prozess der Vorbereitung der Konferenz von Johannesburg beizutragen.

- Eine vierte Gruppe von Stellungnahmen passt nicht direkt in die voranstehende Systematik; ich fasse hierunter jedoch solche Texte, die sich ausschließlich auf eine bestimmte politische Ebene der Einflussnahme beziehen: dazu gehört auf der globalen Ebene die »Erdcharta« oder das »Johannesburg Memorandum« der Heinrich-Böll-Stiftung, auf der Ebene von Bundesländern unter anderem die Umweltpläne zum Beispiel von Bayern oder Baden-Württemberg und auf der lokalen Ebene Nachhaltigkeitsberichte und Aktionsprogramme einzelner Kommunen - die Studie »Zukunftsfähiges Berlin« ließe sich dabei unter beide der letztgenannten Kategorien einordnen.

#### (4.2) Wie viel Partizipation?<sup>11</sup>

In der Agenda 21 von Rio wurde vorgesehen, die jeweiligen nationalen Nachhaltigkeitsstrategien unter Einbeziehung einer intensiven Partizipation mit den gesellschaftlichen Gruppen zu erarbeiten. Doch trotz des geschilderten extrem vielfältigen Spektrums an Stellungnahmen und Strategie-Entwürfen fand Partizipation bei der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie nur in unzureichendem Maße statt. Die Einladung an alle Bürgerinnen und Bürger, sich an der Debatte über den im letzten Jahr vorgelegten Entwurf der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu beteiligen, war ins Leere gesprochen: Selbst der Großteil der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands, die sich an einem solchen Dialog über Fragen der Nachhaltigkeit überhaupt beteiligt hätten, weil sie an Nachhaltigkeit interessiert sind, kannten diese Einladung nicht.

Der von der Bundesregierung gewählte Weg, durch Internetauftritte und kurzfristig angesetzte Gespräche mit Funktionären gesellschaftlicher Gruppen Partizipation zu erzielen, erschien unzureichend. Auch das im Vorwort des Entwurfs erwähnte Internetforum »Dialog Nachhaltigkeit«<sup>12</sup> war den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland bis zum Ende der gesetzten Frist nahezu völlig unbekannt. Selbst lokale Agenda 21-Gruppen und Experten aus dem Bereich Entwicklung und Umwelt, die sich mit Fragen der Nachhaltigkeit befassen, haben nur höchst selten von diesem Internetforum und dem vorliegenden Entwurf einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie gehört. Auch die direkten Kurzgespräche mit den gesellschaftlichen Gruppierungen zum ersten Papier der Bundesregierung waren so gehalten, dass nur einige wenige Spitzen dieser Verbände überhaupt von dem Vorhaben wussten.

Mit anderen Worten: Die Zeit, die man für die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie unter angemessener Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, gesellschaftlicher Gruppen und der Fachöffentlichkeit hätte verwenden können, ist in den Jahren seit der Rio-Konferenz im Grunde vertan worden. Partizipation braucht aber Zeit, die es in den wenigen Monaten, in der die Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet wurde, nicht ausreichend gab.

#### (4.3) Der Dialog zu Nachhaltiger Entwicklung und Zielsetzungen in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung

Zu fast allen Themenbereichen, die in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung eine Rolle spielen, gibt es in Deutschland eine intensive Diskussion, an der sowohl Fachwissenschaftler und die jeweils zuständigen politischen Institutionen wie Ministerien oder Bundesämter als auch Nichtregierungsorganisationen und verschiedenste Interessengruppen beteiligt sind. An manchen Punkten entsteht der Eindruck, als seien Ergebnisse dieser Diskussionen nicht in ausreichendem Maße in die Formulierung der Nachhaltigkeitsstrategie eingeflossen - wobei in wenigen Fällen vielleicht eher fachliche Argumente nicht ausreichend gewürdigt wurden, in zahlreichen anderen Fällen dagegen eine politische Entscheidung hinter der Wahl einer bestimmten Perspektive vermutet werden kann. Einige Beispiele sollen hier angeführt werden, eine umfassendere Kritik mit dem vorgelegten Indikatorensystem muss zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

- Zum Ziel »Arten erhalten - Lebensraum schützen« wird in der Nachhaltigkeitsstrategie ein Index zur Entwicklung der Bestände ausgewählter Tierarten gegeben. Dabei gehen in den Index die Bestände von 10 Vogelarten und die Bestände von Seehunden ein. Bereits zur Entwurfsfassung wurde von fachlicher Seite kritisiert, dass die Auswahl dieser Tierarten für die Entwicklung der Artenvielfalt in der Bundesrepublik nicht als charakteristisch angesehen werden kann. Dennoch wurde der Index nur unwesentlich verändert. Die Graphik der Indexentwicklung (S. 72) zwischen 1990 und 2000 erweckt den Eindruck einer leichten Verbesserung und insgesamt einer raschen Veränderung - innerhalb von nur zwei Jahren schwankt der Indexwert über 10 Prozentpunkte. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass dieser Index einen repräsentativen Eindruck über die Entwicklung der Artenvielfalt in Flora und Fauna der Bundesrepublik vermittelt. Bei fachlich nicht kundigen Menschen besteht die Gefahr, dass die damit verbundenen Probleme durch die Rezeption des Index verharmlost werden.

- In der Nachhaltigkeitsstrategie wird treffend dargestellt, wie sich Deutschland schon rein finanziell aus der globalen Verantwortung verabschiedet (S. 93). Die staatlichen Entwicklungshilfeleistungen sind in den letzten 10 Jahren von 0,42 Prozent auf 0,27 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesunken. Der Anteil am Bundeshaushalt ist weiterhin rückläufig. Das Aufzeigen dieses für die Bundesregierung beschämenden Trends ist allerdings noch keine Politikstrategie. Im Abschnitt »Indikatoren« wird zwar im Text die Zielvorgabe von 0,7 Prozent als »international fest-

gelegtes Ziel« erwähnt, jedoch gibt es weder eine Absichtserklärung noch eine Strategie der Bundesregierung, ob und wie sie dieses Ziel, das von entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen und den Kirchen immer wieder ange-mahnt wird, erreichen will. Stattdessen wird für das Jahr 2006 ein Zielwert von 0,33 % ausgewiesen. Dass dieser Abschnitt im Kapitel »Indikatoren und Ziele«, der mit »Entwicklungszusammenarbeit - nachhaltige Entwicklung weltweit unterstützen« überschrieben wird, außer der Problemanzeige rückgängiger öffentlicher und privater Mittel für Entwicklungszusammenarbeit nichts enthält, ist das denkbar schlechteste Signal, das die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer Vorbereitung auf die geplante Konferenz in Johannesburg abgeben kann.

- Das Basisjahr 1990 für die Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Deutschland steht zwar in Übereinstimmung mit internationalen Statistiken und dem Kyoto Protokoll, verschleiert aber die massiven Auswirkungen des Zusammenbruchs der DDR-Wirtschaft auf diesen Komplex. Die bisher erreichte Reduktion, vor allem im industriellen Bereich, resultiert ganz überwiegend aus dem Ende der emissionintensiven Industrieproduktion in der DDR und kann somit nicht als Ausweis des Erfolges einer nachhaltigen Klimaschutzstrategie für Deutschland vereinnahmt werden.

- Die Aufnahme der Erwerbstätigenquote anstelle der Arbeitslosenquote ist eine politische Entscheidung. Das gesellschaftliche Problem ist aber die Arbeitslosigkeit, vor allem der gesellschaftliche Umgang mit besonderen Problemgruppen wie Langzeitarbeitslose und arbeitslose Jugendliche und Berufsanfänger, nicht die Steigerung der Erwerbstätigenquote.

Die Bezugnahme der Ökonomie-Indikatoren auf das Bruttoinlandsprodukt erscheint unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Entwicklung verfehlt. So ist das BIP alleine kein Indikator für die sozial- oder umweltverträgliche Steigerung der Wirtschaftsleistung. Ebenso unsinnig ist es, den Personenverkehr auf das BIP zu beziehen.

Ein Teil der hier dargestellten Unstimmigkeiten rührt daher, dass die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung die Gliederung des Begriffs der Nachhaltigkeit völlig unverändert aufnimmt, die Hans Martin Bury bereits in seinem Beitrag zu einer öffentlichen Veranstaltung des Nachhaltigkeitsrates im September 2001 präsentiert hat und die in der Diskussion seitdem auf vielfache Kritik gestoßen war: »Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, Sozialer Zusammenhalt, Internationale Verantwortung«. Die mittlerweile weitgehend übereinstimmende Gliederung des Begriffs in »Dimensionen« der Nachhaltigkeit ist »Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft/Sozialer Bereich, Institutionen/Partizipation«. Die Definition des Begriffs der Nachhaltigkeit im Strategiepapier der deutschen Bundesregierung entfernt sich von der etablierten Definition der Brundtland-Kommission und von UNCED so weit, dass Ökologie nicht mehr als eigene Dimension, sondern nur als Teilbereiche unter »Generationengerechtigkeit« und »Lebensqualität« vorkommt. Dadurch wird die Strategie dem Begriff der nachhaltigen Entwicklung vom Ansatz her nicht gerecht, obwohl viele der Teil-Ziele dann unter der veränderten Systematik wieder aufgenommen werden. Auch der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen kam in seiner Stellungnahme zum Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie zum Ergebnis, dass sich die »einleitende Definition von Nachhaltigkeit ... mit der in Rio beschlossenen ‚Agenda 21‘ ... kaum begründen [lässt].«<sup>13</sup>

## (5.) Von Rio über Johannesburg nach ... ?

Für die Zeit »nach Johannesburg« möchte ich auf dem Hintergrund der Ausführungen in diesem Beitrag abschließend einige Vorschläge zur Diskussion stellen, die dazu beitragen könnten, die Qualität der Partizipation bei der Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie zu verbessern.

- (1) Wissenschaftlich gestützte Politikberatung sollte sich sehr intensiv nicht nur mit der Entwicklung neuer Konzepte, sondern auch mit der *Historie der jeweils eigenen Beratungstätigkeit* befassen. Es ist außerdem

wichtig, alle die vorgelegten Konzepte in einen Dialog *untereinander* zu bringen. Und schließlich wäre es wichtig, die wissenschaftliche Politikberatung »in Sachen Nachhaltigkeit« zumindest einmal in den Industrieländern miteinander zu vergleichen. All dies geschieht viel zu wenig, sodass die meisten Arbeiten völlig unverbunden nebeneinander stehen. Gerade dadurch entsteht aber die Gefahr, dass sie als »Selbstbedienungsläden« missbraucht werden können.

- (2) Die Versuche, Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe der neuen Medien zu einer stärkeren Partizipation zu gewinnen, können bislang noch nicht als erfolgreich angesehen werden. Hier sollten in der nächsten Zeit durchaus Versuche mit unterschiedlichen Methoden durchgeführt werden, um die Qualität der Partizipation nach Möglichkeit zu verbessern. Erfahrungen aus dem lokalen Bereich, etwa bei der Aufstellung von Lokalen Agenten 21, sollten dazu systematisch ausgewertet werden.
- (3) Bei aller Notwendigkeit, kurzfristig erreichbare Ziele zu formulieren und vorzugeben, sollte eine langfristige Perspektive nicht aus dem Blick verloren gehen. Die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls ist kein »Erfolg«, auf dem man sich sehr lange ausruhen könnte, sondern ein erster Schritt. Nur ein langfristiger Zielhorizont verdeutlicht die Dimensionen der zu lösenden Probleme - wie auch ein langfristiger »Blick zurück« die teilweise bedrückende Dynamik der für das Ziel der Nachhaltigkeit relevanten Probleme aufzeigt - etwa, wie im Eingangsreferat zur Tagung geschildert, die rasante Zunahme der Stoff- und Materialströme in der Bundesrepublik.
- (4) Auch eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie müsste sehr viel deutlicher, als dies bislang geschehen ist, die Handlungsspielräume und Potenziale auf der lokalen Ebene beschreiben und konkrete Schritte zu deren Nutzung formulieren. Die lokale Ebene hat sich in den letzten zehn Jahre als diejenige Ebene erwiesen, auf der mit Abstand am meisten geschehen ist, und auf der sich die meisten der beteiligten Bürgerinnen und Bürger engagiert haben. Eine Rückgewinnung der lokalen Dimension ist gerade im »Zeitalter der Globalisierung« unverzichtbar - nicht gegen, sondern als notwendiges Pendant zu globalen Beziehungen.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> PD Dr. Hans Diefenbacher, Beauftragter des Rates der EKD für Umweltfragen, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) - Institut für interdisziplinäre Forschung, Heidelberg

<sup>2</sup> Eucken, Walter (1949): *Die Grundlagen der Nationalökonomie*. 6. Aufl. Berlin u.a.: Springer, 16. Zum folgenden vgl. ausführlicher: Diefenbacher, Hans (2001): *Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit - zum Verhältnis von Ethik und Ökonomie*. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft, 318ff.

<sup>3</sup> Smith, Adam (1776), op.cit..

<sup>4</sup> Say, Jean Baptiste (1820), 466.

<sup>5</sup> Ricardo bezieht sich zustimmend auf Say und schreibt, ebenfalls an Malthus gerichtet, aber in einer publizierten Auseinandersetzung mit dessen »Principles on Political Economy« »It is not the province of the Political Economist to advise: - he is, to tell you how you may become rich, but he is not to advise you to prefer riches to indolence, or indolence to riches.«

<sup>6</sup> Schmoller, Gustav von (1877): *Diskussionsbeitrag in: Verein für Sozialpolitik (Hrsg.): Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik 1876*, 88.

<sup>7</sup> Roscher, Wilhelm (1851): *Zur Geschichte der englischchen Volkswirtschaftslehre im 16. und 17. Jahrhundert*. Leipzig: Weidbrunn, 42.

<sup>8</sup> Eucken, Walter: *Die Grundlagen der Nationalökonomie*. 6. Aufl. Berlin/Heidelberg; Springer, 111.

<sup>9</sup> Die Entwicklung der Energieprognostik habe ich zum ersten Mal Mitte der Achtziger Jahre näher betrachtet; vgl. Diefenbacher, Hans/Johnson, Jeffrey (1986): »Energy Forecasting in West Germany: Confrontation and Convergence«, in: Thomas Baumgartner/Atle Midttun (Hrsg.): *The Politics of Energy Forecasting*. Oxford: Oxford University Press, 1987, 61 - 84; zum Folgenden vgl. auch Diefenbacher, Hans/Ratsch, Ulrich (1992): *Verelendung durch Naturzerstörung - die politischen Grenzen der Wissenschaft*. Frankfurt: S. Fischer, Kap. 3.

<sup>10</sup> vgl. Bundesregierung (Hrsg.) (2002): *Perspektiven für Deutschland - unsere Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung*. Berlin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 42 - 62.

<sup>11</sup> Zu den folgenden Abschnitten stützen sich zum Teil auf Diefenbacher, Hans/Hitzler, Eberhard (2002): »Nationale Nachhaltigkeitsstrategie: Perspektiven für Deutschland?«, in: *epd-entwicklungspolitik*, Heft 7/2002, April 2002, 30 - 37.

<sup>12</sup> [www.dialog-nachhaltigkeit.de](http://www.dialog-nachhaltigkeit.de)

<sup>13</sup> Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (Hrsg.) (2002): *Stellungnahme zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie*. Wiesbaden: SRU ([www.umweltrat.de](http://www.umweltrat.de)) . 

## »Lass sie nur bauen; wenn ein Fuchs auf ihre steinerne Mauer hinaufspringt, reißt er sie ein.« (Neh 3,35)

Von Bischof Axel Noack, Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

**Tagung »Von Rio über Johannesburg nach...«, Wittenberg, 14. – 16. 5. 2002.**

Ich freue mich, Sie hier in unserer Landeskirche begrüßen zu können.

Die Kirchenprovinz Sachsen zu erklären, ist ein mühseliges Unterfangen. Auf jeden Fall sind sie nicht in Sachsen sondern in der Kirchenprovinz Sachsen. Und da Sie in Wittenberg sind und Sie sich vielleicht merken, dass Wittenberg und die meisten anderen Lutherstädte zur Kirchenprovinz Sachsen gehören, dann wissen Sie Wesentliches über uns.

Ich freue mich ebenso, dass Sie mich eingeladen haben zu einer biblischen Betrachtung zum Thema Nachhaltigkeit, bzw. dass ich mich auch zu Ihrem Memorandum äußern soll, das Sie für Ihre Tagung vorbereitet haben. Ich will das beides gerne tun.

Natürlich will ich schon einmal kritisch danach fragen, wie Nachhaltigkeit und Bibeltext zusammengehören. So ganz gradlinig ist das nämlich nicht. Aber es ist ja auch nicht so, dass ein Bibeltext die Anwesenden nur streicheln und bestätigen soll. Die Bibel wird uns alle herausfordern. In Ihrem Memorandum haben Sie geschrieben: »Die Kirchen haben in ihrer Verkündigung den Auftrag, zu mahnen, zu stärken, zu trösten, zu ermutigen, auf der Grundlage des christlichen Glaubens ethische Werte zu vermitteln. Dies gilt gerade auch im Blick auf das Ziel der nachhaltigen Entwicklung.«

Das ist freilich sehr schlicht. Weil wir Nachhaltigkeit alle wollen, müssen wir natürlich auch davon ausgehen, dass es Aufgabe der Kirche und auch immer schon Aufgabe der Bibel und des christlichen Glaubens gewesen ist, uns darin zu bestärken?

So einfach geht es leider nicht, liebe Schwestern und Brüder. Ich will Ihnen heute eine biblische Geschichte erzählen, dann will ich ein paar Folgerungen daraus ziehen für unser Agieren als Kirche im Blick auf Ihren großen Themenhorizont. Und dann sage ich noch ein paar unflätige Bemerkungen zu Ihrem Memorandum.

Die biblische Geschichte, die ich Ihnen erzähle, stammt aus Bibeltexten, die Sie wahrscheinlich so nicht kennen, weil die im Kanon unserer Kirche im Sonntagsgottesdienst nicht vorkommen. Sie gehören zu den Büchern Esra und Nehemia im Alten Testament. Sie sind der Versuch eines Berichtes über eine Entwicklung nach einer großen Katastrophe. Ich habe Ihnen zum besseren Verständnis einige Textstellen auf einem Blatt ausgedruckt. Die Bücher selbst lesen sich viel schwerer, als es auf dem Blatt jetzt den Anschein hat. Ich habe den Bibeltext sehr stark gekürzt, es ist aber reiner Bibeltext geblieben. Manches im Original würde sich sehr langweilig lesen.

Man stelle sich also vor - soviel will ich wenigstens zur Einleitung zu den beiden Büchern sagen - die beiden Bücher Esra und Nehemia kann man zu weiten Teilen lesen als ein Tagebuch eines Theologen und eines Kommissars, z.B. der EU für Palästina. Sie schreiben darüber, wie sie nach einer schlimmen Zeit den Wiederaufbau versucht haben zu gestalten und wie es ihnen dabei ergangen ist und was sie erlebt haben, welche Probleme auftauchten und wie sie diese Probleme angegangen sind. So eine Art Tagebuch von Leuten, die sich mit nachhaltiger Entwicklung im Aufbau beschäftigen.

Ich habe die Texte natürlich auch deshalb ausgesucht, weil das gerade für uns hier im Osten spannend ist, einen Text zu nehmen, der nach einer Wendezeit geschrieben ist. Die erste Freude über die Wende ist vorbei, es kommen die Mühen der Ebene. Es geht dann ums Kleingedruckte und um die konkreten Dinge des Alltags.

Am Anfang herrscht wahnsinnige Freude, als die große babylonische Gefangenschaft im Jahre 531 vor Christus mit dem Edikt des großen persischen Königs Cyros endete und alle wieder nach Hause durften.

Das war so eine Art 9. November mit Sektkorkenknall und Trabbige knatter: »Wenn der HERR die Gefangenen Zions erlösen wird, so werden wir sein wie die Träumenden.«, sang man im Psalm.

Danach wird es dann wieder mühseliger. Da kommen die Fragen auf. Themen - für mich sehr

erstaunlich - , die uns gut vertraut sind, die auch wir in ähnlicher Weise erleben konnten. Das reicht bis zu den Fragen, wie ist das mit denen, die sich angepasst haben und denen, die durchgehalten haben? Wie stehen die zueinander? Nach der großen Gefangenschaft, nach der Rückkehr nach Jerusalem, ins gelobte Land, treffen sie aufeinander, die Oberschicht, die für ungefähr 50 bis 60 Jahre nach Babylon deportiert war, und die anderen, die im Lande geblieben waren. Die einen sagen: »Ihr roten Socken, ihr seid hier geblieben und habt euch angepasst«, und die anderen sagen: »Ja ihr dort im Westen - damals lag der im Osten - , in Babylon, euch ist es gut gegangen«.

Ich hab das aufgeschrieben in dieser kleinen Episode von Esra, die ich mal »Rückgabe und Entschädigung« genannt habe.

Von denen, die heraufzogen, da konnten etliche nicht mehr angeben, ob ihre Sippe aus Israel stammte. Und sie suchten nach ihrem Geschlechtsregistern und fanden sie nicht und wurden deshalb ausgeschlossen, sie konnten keinen Nachweis mehr bringen von ihrem alten Eigentum, von ihren alten Ansprüchen. Dumm gelaufen, wenn es keine Akten mehr gibt. (Wenn es zu viele gibt, kann es allerdings auch problematisch werden!)

Und dann ging es los mit dem Wiederaufbau. Interessanterweise weiß man nicht genau, womit man begonnen hat, mit Tempelaufbau oder mit der Stadtmauer. In der Reihenfolge der biblischen Berichte ist es der Tempel, mit dem man beginnt, aber auch da sofort mit großer Unterbrechung im Bau, weil man auf einmal merkte, es gibt Streit. Alle wollen sie am Tempel bauen, alle wollen sich beteiligen und schon geht es los »Ihr dürft nicht!«. Die angepassten, die roten Socken, dürfen nicht mitbauen. Wo kommen wir denn da hin. Und dann ruht der ganze Bau und man kann sogar sagen wahrscheinlich über eine Generation. So weit, dass dann der Prophet Haggai, - ich habe auch diesen Text abgedruckt - , sein berühmtes Gotteswort sagen lässt: »Die Leute sagen, die Zeit ist nicht da, dass man Tempel bauen soll, sondern sie sagen, man muss erst die eigenen Häuser bauen.«

Was ist heute eigentlich dran ? Wann ist Zeit zum Kirchenbau, ist sie jetzt gegeben, oder wann ist das dran? Oder haben wir nicht erst was ganz anderes zu betreiben, bevor wir den Tempel bauen? Der Prophet sagt ziemlich heftig: »Achtet darauf, wie es euch geht, ihr sät viel und

bringt wenig ein, ihr esst und werdet nicht satt, ihr trinkt und bleibt durstig, ihr kleidet euch und könnt euch doch nicht erwärmen und wer Geld verdient, der legt es in einen löchrigen Beutel. Warum das, spricht der HERR, weil mein Haus so wüst dasteht und jeder eilt, nur für sein Haus zu sorgen.« Das ist ein kräftiges Prophetenwort zur Frage, was eigentlich dran ist. Was ist wichtiger, was braucht man für die Entwicklung? Das ist so eine Frage, die uns zur Zeit auch ziemlich heftig bewegt.

Wir erleben einen Kirchbauboom ersten Ranges, wir können schlichtweg sagen, in unserer Gegend werden jetzt so viele Kirchen restauriert oder renoviert wie in den letzten hundert Jahren nicht. Wir gießen in fünf Jahren so viel Glocken wie vorher in achtzig Jahren. Das kann man sich kaum vorstellen und das in einer Situation, wo die Gemeinden immer weniger werden, wo die Bevölkerung massiv abnimmt. Was ist da los, wenn wir sagen, es ist jetzt gar nicht Zeit zum Kirchenbau oder ist jetzt gerade Zeit zum Kirchenbau? Warum machen das die Leute? Für mich ist das eine der interessantesten Fragen.

Ich bin ja nun oft als Bischof eingeladen zu feierlichen Einweihungen und da kann man dolle Sachen erleben. Das wünschte ich Ihnen mal, dass sie mal so eine richtige Dorfkirche mit einweihen, wo achtzig Prozent derer, die die Kirche füllen, nicht zur Kirche gehören; wo sie erleben können, dass da Menschen sind, denen merkt man es vom ersten Moment an, dass sie überhaupt keine Erfahrung mit Kirche haben. Dass sie vielleicht vorher noch nie so richtig in einer Kirche gewesen sind. Aber alle sind sie gekommen, und wenn man fragt, warum macht ihr das hier, da sagen die nicht, na, das ist eine denkmalwürdige Kirche, romanischer Rundbogen, da sagen die, »das ist unsere Kirche!«. Da sag ich: »Wieso ist das eure Kirche, ihr gehört doch gar nicht dazu!« - »Ja, aber meine Mutter ist hier getauft!«

Was ist für Aufbau und Entwicklung wirklich nötig? Damals wurde gestritten, Stadtmauer oder Tempel, und sie haben das dann beides betrieben. Es ist auch beides einigermaßen fertig geworden.

Der Bau der Stadtmauer vollzieht sich sehr interessant. Beim Tempelbau wird noch gestritten, wer darf das hier mitmachen. Auch die, die da so angepasst waren, die sich zu sehr assimiliert hatten, die sich zu sehr eingelassen hatten auf die Verhältnisse?

Der Mauerbau vollzieht sich anders, das ist allerdings auch nicht leicht zu lesen. Weil da ganz genau aufgeschrieben ist in ellenlangen und seitenlangen Berichten, welche Familie an welchem Stück der Mauer baute. Ganz wichtig ist aber dabei - für uns schon mal zum Merken für solche Entwicklungsphasen - , die bekommen genau zugeteilt, die Familie baut da und die Familie baut da und die Familie baut dort und meistens heißt es ganz formal, »gegenüber ihrem Hause«. Also sie sollen sich an dem allgemeinen Wohl der Stadt beteiligen, die Stadtmauer bauen, aber sie sollen es so tun, dass sie sehen, es hat etwas mit mir zu tun - gegenüber meinem Hause baue ich die Mauer und ich habe als Familie genau zugeteilt bekommen, das ist euer Stück, das müsst ihr jetzt bauen. Das ist sehr ausführlich beschrieben und man kann dies ja noch mal nachlesen. Das ganze dritte Kapitel in dem Nehemia-Buch ist nur die Aufzählung der Namen und der Bauabschnitte als sei es ein Tagesbuch eines Kommissars - es liest sich nicht unbedingt spannend.

Die beiden Kommissare merken bald, dass es Probleme in der Gesellschaft gibt - erhebliche Probleme. Ich habe das mal genannt »Aufdeckung gesellschaftlicher Missstände«. Eine ganze Reihe davon werden benannt.

Zum einen die Frage nach Anpassung und Assimilation. Das ist ein sehr schönes Thema, das auch wir zehn Jahre nach der Wende immer noch debattieren. Heute wird hier in Sachsen-Anhalt der Landtag eröffnet und schon wird debattiert, ob es eine Überprüfung der neuen Mitglieder des Landtages auf Stasitätigkeit geben wird oder nicht. Das wird schließlich wieder irgendwie im Sande verlaufen, aber immer noch die Frage nach der Anpassung.

Bei Esra und Nehemia geht es nicht um Stasi sondern ums Heiraten. Ihr habt euch nicht abge sondert von den Völkern des Landes mit ihren Gräueln. Ihr habt euch Frauen genommen von den Völkern und eure Söhne und Töchter sich vermischt mit den Völkern des Landes. Das würden wir sicher heute als Problem nicht so beschreiben.

Interessant auch, wie die beiden Kommissare reagieren. »Als ich dies hörte«, schreibt Esra, »zerriss ich mein Kleid und meinen Mantel, raufte mir mein Haupthaar und Bart und setzte mich bestürzt hin.« Also, man muss auch Reaktion zeigen, man kann das nicht nur stillschweigend hinnehmen.

Dann kommt das nächste Problem. Sehr schön und ausführlich beschrieben, der Bruch des Sabbatgebotes. Der Sabbat wird zwar von den Juden gehalten, aber die Händler aus den anderen Ländern, die halten ihn nun gar nicht. Und die stehen dann vor dem Stadttor und bieten am Sabbat ihre Waren feil, bis dann Esra anordnet, abends das Stadttor zu schließen. Das muss er drei Sabbate machen, dann kommen die nicht mehr. Wenn keiner mehr raus kann und nichts mehr einkaufen kann, kommen die Händler auch nicht mehr. Also eine Zwangsmaßnahme. »Da schalt ich die Vornehmen von Juda und sprach zu ihnen: Was ist das für eine böse Sache, die ihr da tut, und entheiligt den Sabbattag?«

Das nächste Problem ist auch durch den Traditionsabbruch entstanden: Die Kinder können nicht mehr jüdisch sprechen. »Und die Hälfte ihrer Kinder sprach asdodisch oder in der Sprache eines der anderen Völker, aber jüdisch konnten sie nicht sprechen. Und erschalt sie und fluchte ihnen und schlug einige Männer und packte sie bei den Haaren und beschwor sie bei Gott.« Also, da ist es wieder heftig zugegangen. Die Frage, liebe Schwestern und Brüder, ist es uns eigentlich egal, was unsere Kinder können? Viele Eltern, das kann ich landauf, landab erleben, sagen, das soll mein Kinder später mal selbst entscheiden. Also, dass da einer losgehen wollte und die Männer packte bei den Haaren und beschwor, wird sicherlich selten auftreten. Dieses Engagement bei der Frage, was lernen die Kinder! Durch Erfurt sind wir jetzt alle aufgeschreckt, aber in der Regel - gerade bei solchen Überzeugungsfragen - bei Fragen nicht nur vom Verfügungswissen sondern vom Orientierungswissen - da sagen die Eltern - auch christliche Eltern, das soll mein Kind später mal selbst entscheiden. Sicherlich würden die nicht sagen, unser Kind muss selbst entscheiden, ob es rechnen und schreiben lernen will. Da würden alle sagen, also das ist ganz wichtig, das braucht mein Kind für's Leben. Aber ob es auch etwas anderes für's Leben braucht, da sind wir sehr zurückhaltend. Also, da kann ich nur sagen, »schlug einige Männer und packte sie bei den Haaren«. Das ist schon eine kulturelle Großtat.

Es folgen die großen sozialen Probleme, die auftreten. Auch sehr ausführlich beschrieben - ich habe es sehr stark verkürzt. Es erhob sich ein großes Geschrei der Leute aus dem Volk und ihrer Frauen gegen ihre jüdischen Brüder. Unsere Söhne und Töchter müssen wir verpfänden und auf einmal sind welche da, die haben das Geld, die haben das Ansehen, die haben sich nicht angepasst, das ist die Oberschicht, die zurückgekehrt ist. Und die sitzen wieder ganz oben und können auch die Wirtschaft bestimmen. Die

anderen kommen in Abhängigkeit, müssen Söhne und Töchter verpfänden, müssen Äcker und Weinberge versetzen, um Getreide in dieser Hungerzeit kaufen zu können und um dem König Steuern zahlen zu können. Wirtschaftlicher Notstand entsteht praktisch ganz automatisch.

Ich sag das mit einem kleinen Seitenschlenker auf Ihr Memorandum: Wenn Sie hier aufschreiben, wie die Kirche mit ihrem Geld umgehen muss, damit nachhaltig was passiert, dann haben Sie die alten Rezepte, dass man nicht bei den Bösewichten investieren darf - soweit in Ordnung - und dass man natürlich keine Telekom-Aktien kauft, wissen wir selber. Aber was würden Sie sagen, wenn es bei uns jetzt eine Reihe Menschen gibt, die sagen, die Kirche muss jetzt hier Land kaufen, sonst kaufen uns die Wessi's alles weg. Das ist in der Tat so! »Wann ist die Einigung Deutschlands erreicht? Wenn der letzte Ossi aus dem Grundbuch ausgetragen ist.«

Das ist so ein Spruch! Jetzt sagen wir, die Kirche muss jetzt hier Land kaufen, um nachhaltig was für die Landwirtschaft zu tun. Unsere Kirche hat verhältnismäßig viel Land. Wir haben hohe, mit viel Mühe und Aufwand, sozial-ethische Kriterien erarbeitet für die Landverpachtung - also nicht nur kein gen-verändertes Saatgut sondern mit allen Fragen nach Arbeitsplätzen, Familienbindung, Ortsnähe ... usw. Aber die Holländer kommen mit Preisen, wo andere keine Chance haben, wo die Gemeindegemeinderäte sagen, wir wollen ja auch etwas verdienen. Was heißt eigentlich nachhaltige Entwicklung? Was heißt das konkret? Die alten Sprüche, nicht zur Deutschen Bank zu gehen, sind auch schön, aber es reicht heute nicht mehr aus. Wir müssen das viel konkreter fassen, was das heißt. Das kann natürlich schon in zwei oder drei Jahren ganz anders sein, das kann sich auch verändern. Wir werden das jetzt prüfen - unsere Kirchenleitung, unsere Synode, ob wir einen Landwirtschaftsfonds einrichten, wo Gemeinden ihr Geld anlegen können in einem Fonds, aus dem wir Land kaufen und das als Geldanlage nehmen, um das Land zu verpachten - natürlich als Kirche mit unseren Kriterien.

Es ist sehr interessant, wie Esra und Nehemia damals versucht haben, die benannten Missstände zu bekämpfen. Bei Nehemia kann man etwas zur Frage der sozialen Ungerechtigkeiten lesen. Er schalt die Vornehmen und die Ratsherren und sprach: »Wollt ihr einer gegen den anderen Wucher treiben?« Und eine große Versammlung trat zusammen und ich sprach zu ihnen, wir haben unsere jüdischen Brüder losgekauft,

die den Heiden verkauft waren - also die in der Gefangenschaft waren - soweit es uns möglich war; wollt ihr nun eure Brüder verkaufen, damit wir sie wieder zurückkaufen müssen? Was wollt ihr eigentlich machen? Da schwiegen sie und fanden nichts zu antworten. Und ich sprach: gebt den Leuten das zurück, die Äcker und die Weinberge. Und da sprachen sie, das machen wir, wir wollen das zurückgeben, wir wollen nichts von Ihnen fordern und wollen tun, wie du gesagt hast.

Das ist natürlich sehr schön, wenn man durch eine Predigt einfach was erreichen kann. Aber selbst der liebe Nehemia weiß, die Predigt alleine hilft nicht, sondern jetzt macht er noch eine schöne Zeichenhandlung: Ich nahm mein Gewand und schüttelte es aus und sprach, so schüttelt Gott einen jeden aus seinem Hause und aus seinem Besitz, der dieses Wort nicht hält.

Wo haben wir so etwas? Wo schütteln wir das Gewand - in so einer kräftigen, deutlichen Aussage? Denn er weiß schon, der liebe Nehemia, die Versprechen sind schnell gesagt, aber auf die Dauer werden sie nicht gehalten.

Esra dagegen hat - auch wunderbar erzählt und schon deshalb muss man die beiden Bücher lieben - das ganze Volk versammelt und ihnen diesen ganzen Schmach und die Missstände vorgehalten. Und da steht so schön geschrieben, das Volk saß zitternd wegen der Sache und des strömenden Regens. Man wusste also gar nicht so genau, warum sie eigentlich zittern, weil es kalt und nass war oder weil sie so ergriffen waren. Und Esra, der Priester, stand auf und sprach zu ihnen, ihr habt dem Herrn die Treue gebrochen, ihr habt fremde Frauen genommen usw., usw.. Da antwortete die ganze Gemeinde und sprach mit lauter Stimme, ja es geschehe, wie du gesagt hast. Aber dann kommt's, liebe Schwestern und Brüder, und ich hoffe, dass sich alle mit heißen Entwicklungsherzen das Maß für die Menschlichkeit des Menschen bewahren. Aber es ist viel Volk hier und es ist Regenzeit und man kann sie nicht draußen stehen lassen, auch ist es nicht in ein oder zwei Tagen getan, denn wir haben in dieser Sache viel gesündigt. Also mach's kurz - es regnet! Wenn man das weglässt, wenn man immer denkt - und ich sag das mal ein bisschen provozierend, gerade bei so engagierten Menschen, die denken oft zu hoch von den Menschen. Die rechnen mit der Heiligkeit der Menschen. Aber so sind sie nun mal nicht - wenn es regnet, ist es kalt! Denn sie zittern wegen der Sache und wegen des Regens. Und wenn man sich jetzt aufbläst und sagt, die müssten doch nun alle ...

Ich sage es mal ganz konkret, wenn ich sage, unsere Gemeindeglieder in Hinterposemuckel, die jeden Pfennig umdrehen, müssen jetzt Öko-Strom kaufen. Dann ist es wichtig, ihnen das zu sagen, aber ich darf sie nicht weniger lieb haben, wenn sie es nicht machen. Und das ist oft das Problem, dass man dann so vergnügt ist, weil die Menschen nicht so heilig sind, wie wir immer denken.

Dann allerdings - eine ganz wichtige Sache - da sind dann beide - Esra und Nehemia - zusammen, versammeln das Volk wie einen Mann auf dem Platz vor dem Wassertor und sie lesen das Gesetz vor. Also sie lesen die Geschichte des Volkes vor, zurückgehend ganz auf die alten Zeiten von der Gefangenschaft in Ägypten an bis auf den heutigen Tag. Und sie lesen es vor vom lichten Morgen bis zum Mittag, vor Männern und Frauen und wer es verstehen konnte. Und Esra steht extra auf einer hölzernen Kanzel, damit es die Leute gut hören und sie legten es verständlich aus, so dass man verstand, was gelesen worden war. Das ist so ganz wichtig, wie kriegt man es rüber zu den Menschen. Und da sind wieder alle ganz ergriffen. Das Volk weinte, als es die Worte des Gesetzes hörte. Vielleicht ist es auch mal nötig, den Leuten klare Regeln zu sagen. Manchmal sind wir als Kirche zu zurückhaltend geworden.

Und ich sage - auch ein bisschen im Blick auf Ihr Papier - die ethischen Werte, na klar, aber die schweben doch nicht irgendwo herum, sondern ethische Werte - oder christliche Werte - müssen in Normen umgesprochen werden, in Normen des Zusammenlebens und diese Normen wiederum muss man umformulieren in ganz banale alltägliche Regeln. Und da müssen wir uns auch trauen! Und das ist uns ein Stückchen weggerutscht. Ich habe - auch im Blick auf Erfurt - das mal so im Streitgespräch mit einer Zeitung gesagt, ich behaupte mal die steile These, wenn wir unseren Kindern beibringen, dass sie in der Straßenbahn vor älteren Leuten aufstehen müssen, einfach üben - gar nicht groß erzählen - einfach üben, dann machen wir viel mehr dafür, dass sie später auch aufstehen, wenn Ausländer angepöbelt werden. Das ist besser, als wenn wir ihnen große theoretische Vorträge halten. Davon bin ich ganz fest überzeugt. Und ich glaube, so ein doofer Satz, wie ich ihn von meinen Eltern gelernt habe »Mit nackigen Fingern zeigt man nicht auf angezogene Menschen«, das ist eine banale Regel, vielleicht sogar ein bisschen blöd, aber die hilft viel mehr als große Theorie. Und das ist für mich eine richtige Umsetzung von Werten in Normen und Regeln des Alltags hinein. Und so habe ich das verstanden, wenn Esra

das Gesetz liest. Und das begreifen die Leute. Hier wird Wert darauf gelegt, dass es alle verstehen - sogar die Frauen und das will damals wirklich etwas heißen! Sie haben es so klar ausgedrückt!

Und dann kommt der schöne Satz - wo wieder alle ergriffen weinen - das ist der einzige, der auch mal in unseren Gottesdiensten vorkommt aus dem Esra-Buch: »Darum sprach er zu ihnen, geht hin und esst fette Speisen und trinkt süße Getränke und sendet auch denen, die nichts haben, denn dieser Tag ist geheiligt, seid nicht bekümmert, denn die Freude am HERRN ist eure Stärke.« Und das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Ja, jetzt kommt aber noch ein Nachgang. Ganz am Ende der Bücher, bei Nehemia im 9. Kapitel, kann man sozusagen die Lehre ziehen. Es wird dort berichtet, dass die beiden Kommissare - jedenfalls Nehemia - wieder zurückgerufen wurden nach Babylon, lange Zeit weg waren und als er wiederkommt - nach einer großen Zeit, ist alles wieder beim Alten. Die alten Missstände sind alle wieder da und er fängt wieder von vorne an mit seiner nachhaltigen Entwicklung. Und sie ziehen dann die Lehre aus der ganzen Geschichte:

Du gabst sie in die Hand ihrer Feinde, die sie ängsteten. Und zur Zeit ihrer Angst schriest sie zu dir, und du erhörtest sie vom Himmel, und durch deine große Barmherzigkeit gabst du ihnen Retter, die ihnen aus der Hand ihrer Feinde halfen. Wenn sie aber zur Ruhe kamen, taten sie wieder übel vor dir. Da gabst du sie dahin in ihrer Feinde Hand, dass die über sie herrschten. So schrien sie dann wieder zu dir, und du erhörtest sie vom Himmel her und errettetest sie nach deiner großen Barmherzigkeit viele Male.

So war es immer, von Anfang an, durch die Wüste hindurch mit Mose - und wenn wir wollen - bis zum heutigen Tag. »Wenn sie wieder zur Ruhe kamen, taten sie wieder Übel vor dir«. So sind sie nun mal die Menschen. Und deshalb ist es mir so wichtig, dass wir bei allen Überlegungen zur Nachhaltigkeit nicht einfach darauf bauen, dass die Menschen es lernen werden, sondern unser Ansatz für nachhaltige Entwicklung ist das Verlassen auf die Nachhaltigkeit der Treue Gottes. Du hast ihnen immer wieder geholfen, sie haben wieder zu dir geschrien und sie sind wieder so geworden, wie sie schon immer waren. So sind sie nun mal! Ich hoffe, Sie merken, eine meiner wichtigen Thesen ist, wenn wir die Menschen nicht lieb haben, werden wir

ihnen vom Evangelium nichts rüberbringen und auch nichts von Nachhaltigkeit.

Ich sage jetzt noch neun kleine Punkte. Ich habe es ja schon angedeutet, Nachhaltigkeit ist wie gesagt kein biblischer Begriff. Wenn man so die Stellen liest, dass alles eitel ist, oder dass alles seine Zeit hat: Zeit zu lieben und Zeit zu hassen, bauen und einzureißen, Steine sammeln und Steine zerstreuen, ja wenn es schließlich sogar klar ist - wie es im Neuen Testament heißt - dass alles vergehen muss und dass wir auf einen neuen Himmel und eine neue Erde warten müssen, ist dann nicht Nachhaltigkeit Haschen nach Wind? Was heißt dann Nachhaltigkeit? Also ich möchte es so zusammenfassen: Wir retten die Welt nicht! Und ich sage dazu, das brauchen wir auch nicht, denn die ist schon gerettet.

**„ Wir haben oft so eine fatale Arbeitsteilung. Da gibt es viele mit einem ganz heißen Herzen, aber es fehlt der kühle Kopf. Dann haben wir ganz viele mit einem ganz kühlen Kopf und da fehlt das heiße Herz.**

Nachhaltigkeit in meinem Denken, ist für mich, wenn ich der Zusage Gottes traue, dass am Ende alle Tränen abgewischt werden. Praktisch heißt das für mich, mich in diese Entwicklung einzuklinken und schon mal mit Wischen anfangen. In diese Richtung geht es. Dafür einige Hinweise oder Merkpunkte, die ich aus den Geschichten von Esra und Nehemia ableite.

### 1.

Die Erinnerung an die Geschichte ist wichtig, aber man darf Geschichte nicht verklären. Also auch mit denen, die da so ganz treu in Babylon waren bei ihrem Herren, die sich reingehalten haben - das alles ist ganz wichtig für die Geschichte, man braucht das, man muss das auch aufarbeiten - aber man darf Geschichte nicht verklären. Und ich glaube, auch für unsere Kirche ist nüchterner Umgang mit ihrer eigenen Geschichte ganz wichtig. Aber wir brauchen die lange Erinnerung. So wie es Esra vorliest aus dem Gesetz - von der Wüstenwanderung an bis auf den heutigen Tag.

### 2.

Es braucht immer Menschen, die was wollen. Esra geht rum und guckt, wo die Mauer kaputt ist und sagt, hier muss geflickt werden und da muss geflickt werden, die Tore müssen einge-

hängt werden. Und ähnlich auch Nehemia als hoher Kommissar. Es braucht Menschen, die was wollen. Und die müssen das auch sagen. Solche Menschen brauchen wir auch heute. Das merken wir in allen unseren Arbeitskreisen, unseren Gruppen, bei dem Engagement für Kirchbauerei - wenn einer da ist im Dorf, der sagt, wir müssen was machen, dann wird es auch was. Auch die schönste Theorie über Nachhaltigkeit funktioniert nicht, wenn keine Menschen da sind, die sich vor den Wagen spannen.

### 3.

Es ist ganz klar die Bedeutung der kleinen Gruppe und der Familie zu sehen. Bei dem Mauerbau ist es sehr deutlich: jeder muss sein Stück bauen und dann muss ihnen auch klar sein, ich baue meinem Haus gegenüber, ich brauche einen persönlichen Bezug zu dem, was ich machen soll. Das ist ja oft sehr schwierig. Ich meine, in der Entwicklungshilfe wissen wir ein Lied davon zu singen, warum solche entwicklungshelfenden Aktionen wie Patenschaften oder Schulgeld für einzelne durchaus sofortiges Verständnis finden. Ich brauche einen persönlichen Bezug dahin. Aber eine Investition, sagen wir mal in eine soziale Strukturmaßnahme, ist ziemlich schwierig. Da braucht es dann einen ganz langen Atem. Deshalb denke ich, auch für unsere Situation müssen wir die kleine Gruppe, den Bezug, - ja von mir aus auch die Familie - als ganz wichtige Größe mit einplanen. Ich muss die Verbindung des

Evangeliums zu der persönlichen Betroffenheit der Menschen herstellen können, dort wo sie es angeht. Warum kommen denn so wenig zum Gottesdienst und fast alle zur Beerdigung? Weil sie da einen Bezug haben, weil sie da betroffen sind.

### 4.

Das rechte Maß von Gemeinnutz und Eigennutz. Eigenes Haus, Mauer und Tempel - daran kann man es sich klarmachen. Ich glaube, wir sollen gar nicht sagen, es ist nicht Zeit zum Kirchenbau, wir müssen jetzt Straßen bauen und Infrastruktur schaffen. Wir merken jetzt gerade in manchen Industriezweigen hier in unserer Gegend, das können wir auch sehr schön nachweisen: wir haben florierende Industriezweige, die keinen Menschen kriegen, weil die Infrastruktur nicht stimmt. Und es heißt bei uns ganz konkret, dass die Leute sagen, die eigentlich hierher kommen müssten, sagen wir mal Chemie- oder

Pharmazie-Ingenieure - wir haben große Pharmazie-Saatgut-Betriebe, die hier arbeiten, die keine qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kriegen - sie wollen hier nicht her, hier ist der Hund begraben, die Kinder kannst du hier nicht in die Schule schicken, hier sind sie rechtsradikal usw. Zu dem, was den Menschen ein Zuhause gibt, dazu gehört auch der Tempel, dazu gehört auch die Dorfkirche. Ich werde mich jetzt schwer hüten zu sagen, alles Wahnsinn, was wir da machen mit unserer Kirchenbauerei. Wir werden es nicht hindern, weil die Leute merken, dafür dass sie da zu Hause sind, ist ihre Kirche ihnen ganz wichtig.

5.

Der fünfte Punkt ist: die »Bauchessorge« ist es eben nicht alleine. Es geht nicht nur um die Nahrung und um die Mauer und um das eigene Haus, sondern es geht darüber hinaus um die Zeit dafür, an die anderen Dinge zu denken: was die Kinder können, wie es sozial gerecht zugeht in der Gesellschaft, wie es mit den Feiertagsregeln steht zum Beispiel. Wann ist dafür die Zeit? Es geht nicht alleine um Ein- und Auskommen.

6.

Als nächstes ist aufzuführen, dass Missstände deutlich benannt werden müssen; am Bart ziehen, in den Haaren raufen und schreien, möglicherweise auch etwas vornehmer, aber dennoch deutlich. Aber dabei gleich mit der Möglichkeit des Menschen rechnen. Die zittern wegen der Sache und wegen der Kälte. Wenn ich das nicht zusammen hinkriege, wird es uns schwer gelingen.

7.

Gefühlsregungen und emotionale Betroffenheit sind nicht eindeutig - man kann weinen aus Freude und Erinnerung, man kann zittern wegen der Sache und wegen der Kälte - es ist nicht eindeutig, deshalb muss zum heißen Herzen immer auch noch ein kühler Kopf kommen. Und das ist manchmal mein Kummer mit unseren engagierten Gruppen in der Kirche - unseren Friedensfreunden und allen, die sich ganz heftig engagieren. Wir haben oft so eine fatale Arbeitsteilung. Da gibt es viele mit einem ganz heißen Herzen, aber es fehlt der kühle Kopf. Dann haben wir ganz viele mit einem ganz kühlen Kopf und da fehlt das heiße Herz. Und die dann zusammenzukriegen ist eine ganz große Mühsal. Das brauchen wir aber! Das ist für uns

gerade hier im Osten ein ganz großer Unterschied. In der DDR - in der Diktatur - reicht es, laut ein paar dumme Fragen zu stellen. Damit konnte man die ganz Staatsmacht auf den Plan rufen. Aber heute musst du mithalten können, wenn du was erreichen willst. Beispielsweise bei dem Engagement gegen den Elbeausbau: da musst du mit Argumenten kommen und die müssen sich sehen lassen können. Und wir müssen, wenn wir mit unseren Bauernverbänden über unsere Pachtkriterien reden, etwas über das Saatgut wissen. So ein Saatgut-Mensch sagte einmal, er zahle jedem Pfarrer sofort 1.000,00 Euro auf die Hand, wenn er zwischen genverändertem und nichtgenverändertem Saatgut unterscheiden kann. Also, stellt nicht Forderungen auf, die kein Mensch umsetzen kann - wie soll so was überprüft werden! Wir müssen also Sachargumente haben. In der Diktatur reicht es, ein paar dumme Fragen zu stellen, da waren die dann alle gleich ganz aufgeregt. Aber das ist jetzt anders und das haben wir manchmal in unseren Gruppen noch nicht gemerkt. Auch bei militärischen Sachen und in der Friedensethik gilt das ähnlich.



**Ich halte es für zu kurz angesetzt, zu sagen, der verkündende Auftrag der Kirchen besteht darin, zu mahnen, zu stärken und zu trösten und die christlichen oder ethischen Werte auf der Grundlage des christlichen Glaubens zu vermitteln.**

Aber die Frage ist: heißes Herz und kühler Kopf - Gefühlsregungen sind nicht eindeutig!

8.

Mit Punkt 8 weise ich darauf hin, dass wir immer wieder klare Regeln brauchen, die konkret und verständlich sein müssen. Die muss man wiederholen. So wie in unserer Geschichte: da wurde es so eingerichtet, dass das Gesetz alle sieben Jahre verlesen wurde, damit es nicht vergessen wird. Sie haben ein Laubhüttenfest gegründet - mit viel Freude, mit viel Spaß, mit gegrillten Würstchen sozusagen - und das Gesetz verlesen. Das muss zusammenkommen: die Freude und die Erinnerung. Und das muss immer wieder wiederholt werden. Man muss immer wieder bestätigendes Handeln betreiben und es in den Leuten befestigen. Esra sagt dazu: Ihr schwört einen Eid und setzt einen Stein hin, der uns erinnern soll an den geschworenen Eid. Oder: wir schließen einen Vertrag und vergraben ihn in der Erde, damit ihr wisst, hier liegt der Vertrag und ihr habt das mal so gesagt, dass ihr

nicht mehr die Armen bedrücken wollt. Denn die Leute vergessen es wieder. Solcher Erinnerungsmerkmale bedarf es - eine Art konfirmierendes Handeln.

## 9.

Der nächste Punkt handelt von dem Vertrauen in die durchhaltende Treue Gottes angesichts der menschlichen Wankelmütigkeit. Dies ist - für mich jedenfalls - der wirkliche Grund, mich an nachhaltiger Entwicklung zu beteiligen - das Vertrauen in die Nachhaltigkeit der Treue Gottes angesichts der Wankelmütigkeit der Menschen.

Ich sage jetzt noch ein paar kleine Sätze zu dem von Ihnen erarbeiteten Papier.

Ich halte es für zu kurz angesetzt, zu sagen, der verkündende Auftrag der Kirchen besteht darin, zu mahnen, zu stärken und zu trösten und die christlichen oder ethischen Werte auf der Grundlage des christlichen Glaubens zu vermitteln. Ich behaupte, die Menschen wissen eigentlich schon, was richtig wäre und die Kirchen haben dabei zu helfen, dass Menschen es schaffen, einigermaßen das zu leben, was sie als richtig erkannt haben. Das ist nämlich heute das Schwere. Es ist ja nicht so, dass wir ganz unsicher werden, was jetzt eigentlich dran ist, wie man es eigentlich machen müsste, sondern wie wir das, was wir längst als richtig erkannt haben, anwenden und umsetzen können. Ich kenne zum Beispiel einen Buchhändler - einen richtig großen Literaturfan, der immer am Verzweifeln ist und sagt, wenn ich nicht Konsalik in den Laden stelle, mache ich Pleite. Wenn ich die Bücher, die ich eigentlich meine, dass die die Leute lesen sollten, in den Laden stelle, dann kann ich mich erschießen. Der weiß, was er will, er weiß, was richtig ist - aber er kann es bei Strafe des Konkurses nicht leben. Und da hat die Kirche eine Aufgabe.

Und das ist für mich mindestens genau so wichtig, wie die Vermittlung von ethischen Werten auf der Grundlage des christlichen Glaubens. Das klingt ja unheimlich schön, aber wie starke ich denn Leute, dass sie das, was sie als richtig erkannt haben, auch leben. Wir haben oft eine eigentümliche Ethik in unserer Kirche - ich sag es mal ein bisschen banal: die habt Ihr ja immer gepredigt; eine Ethik: Also, wir müssen anfangen, einer muss anfangen. Der erste Tropfen auf den heißen Stein - das kann der Anfang eines

Regens sein! Das ist natürlich hübsch, aber es ist nicht realistisch. Wie sage ich den Leuten, ihr müsst trotzdem tröpfeln, auch wenn es verdampft? Wenn wir sagen, ja wenn wir anfangen ... Zum Beispiel sagt der Pfarrer in der Jungen Gemeinde, wir schmeißen die Kronkorken jetzt nicht mehr auf die Erde, sondern wir sammeln sie. Wir sammeln sie und dann sehen das die anderen und dann machen die das auch und dann wird die Welt sauber. Nein, die Welt wird nicht sauber und trotzdem müssen wir die Kronkorken aufheben! Und dazu müssen wir die Leute motivieren oder bestärken! Wir müssen sagen, mach das, wenn du es als richtig erkannt hast - auch wenn es alle anderen nicht machen.

Das gilt auch für unseren kirchlichen Betrieb: Natürlich sind es ganz wichtige Fragen, ein Solardach auf die Kirche zu setzen oder der Einsatz von Öko-Strom und Sparlampen usw.. Da muss man mal sehen, ob nicht auch Aufwand betrieben wird, der sich dann überhaupt nicht mehr rechnet. Man muss es vernünftig sehen, z. B. wenn das Forschungsheim hier vor Jahren angeboten hat, dass alle Gemeinden, wenn sie Sparbirnen kaufen, die Quittungen dafür an das Konsistorium einschicken können und dann Geld zurückgerechnet bekommen. Das war ein Verwaltungsaufwand, der hat die Stromkosten bei weitem überstiegen! Das sind alles Milchmädchenrechnungen - die sind ganz hübsch, klingen schön, aber es reicht nicht!

Und wie kriege ich Gemeindeglieder dazu, zu sagen, ja, wir sehen das ein, wir werden jetzt Öko-Strom kaufen, auch wenn er teurer ist. Einsehen tun die das lange, sie wissen, dass das richtig wäre - aber wie verkräftet das unsere Haushaltslage?

Was sage ich denen dazu? Das sind so Punkte, von denen ich denke, die sollte man in dem Papier noch einmal betrachten. Da halte ich noch eine ganze Menge für überarbeitungsbedürftig. Über die Landwirtschaft habe ich schon gesprochen.

Mit diesen Fragen wollte ich Ihnen einige Anregungen geben. Ich hoffe, Sie hatten ein bisschen Spaß daran, Esra und Nehemia zu lesen. Sie setzen sich ein für nachhaltige Entwicklung. Sie engagieren sich. Und sie bleiben ganz menschlich. Rechnen auch Sie mit der Menschlichkeit des Menschen, wenn Sie Ihre großen Thesen und Papiere und Themen bearbeiten. D

# Über Umweltmanagementpotenziale und ihre Barrieren.

## Grundlagen des Modellprojekts »Kirchliches Umweltmanagement«

Von Dr. Volker Teichert

**Tagung »Von Rio über Johannesburg nach...«, Wittenberg, 14. – 16. 5. 2002. Der Autor ist Mitarbeiter der Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft in Heidelberg.**

### Wie sehen die Grundlagen des Modellprojekts aus?

Der **Schöpfungsglaube** gehört zum Kernbestand der christlichen Überlieferung. Umweltverantwortung wahrnehmen heißt darum im kirchlichen Kontext nicht einer Mode folgen, sondern dem eigenen Erbe gerecht zu werden. Auf diesem Weg bietet das kirchliche Umweltmanagement eine Chance, die vielfältigen theologischen Reflexionen, Verlautbarungen und Empfehlungen im eigenen Handeln zu konkretisieren. Auf der Basis eigener Praxis können die Kirchen glaubwürdig und wirksam zu einer nachhaltigen Entwicklung in der Gesellschaft beitragen.

Ziel des Modellprojekts ist es, Methoden und Verfahren des Umweltmanagements so weiter zu entwickeln, dass sie sich für die alltägliche Praxis in kirchlichen Einrichtungen eignen. Im Rahmen des Projektvorhabens werden **sechzehn kirchliche Modelleinrichtungen** aus verschiedenen Diözesen und Landeskirchen beim Aufbau eines Umweltmanagementsystems praktisch unterstützt, begleitet und beraten. Zu den teilnehmenden Organisationen zählen kirchliche Verwaltungen (Kirchenamt der EKD, Hannover, Ev. Oberkirchenrat, Karlsruhe, Kilinaeum, Würzburg, Ev.-Luth. Diakonenhaus Moritzburg), Einrichtungen von Caritas und Diakonie (Caritasverband für die Diözese Würzburg, Stadtmision Nürnberg), Verbände (Ev. Studierendengemeinde Saarbrücken), Tagungshäuser (Bildungshaus St. Norbert, Rot a. d. Rot, Ev. Jugendheim Hirschluch, Haus Birkach, Stuttgart, Jugendhaus Schloss Pfünz), Klöster (Kloster Benediktbeuern, Kloster Schlehdorf, Internationales Begegnungszentrum des Klosters St. Marienthal) und Kirchenkreise (Kreiskirchliche Verwaltung Recklinghausen, Dekanatsbezirk Nürnberg). Ausgehend von diesen Praxisbeispielen sollen nach Abschluss des Vorhabens weitere kirchliche Einrichtungen zur Beteiligung motiviert werden, um so den Gedanken des Umweltmanagements möglichst breit zu verankern.

Als Richtlinie für die Einrichtungen dient die »Verordnung über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS)«. Ziel ist die Validierung des Umweltmanagements durch einen externen Umweltgutachter. Sie soll im Rahmen dieses Projektvorhabens zwar nicht zwingend in allen Einrichtungen durchgeführt werden, doch in den größeren Einrichtungen möglichst umgesetzt werden. Es wird aber auch Einrichtungen geben, in denen EMAS voraussichtlich nicht eingeführt wird. Insgesamt ist zu prüfen, welche Elemente aus der EMAS-Verordnung angewendet werden können, welche sich nicht für kirchliche Einrichtungen eignen und welche durch zusätzliche kirchenspezifische Elemente ergänzt werden müssen.



**Umweltverantwortung wahrnehmen heißt darum im kirchlichen Kontext nicht einer Mode folgen, sondern dem eigenen Erbe gerecht zu werden.**

### Was ist neu an diesem Modellprojekt?

Im Vergleich zu bisherigen Projekten im gewerblichen Bereich bietet das Projektvorhaben für kirchliche Einrichtungen die folgenden **innovativen Aspekte**:

- Systematisierung und Anpassung von EMAS für die unterschiedlichen Arten kirchlicher Einrichtungen
- Verknüpfung schöpfungstheologischer Leitbilder mit konkretem Verwaltungshandeln
- Breite Beteiligung und Qualifizierung von Mitarbeitenden sowie Verbindung mit Qualitätsmanagement und Organisationsentwicklung
- Ökumenische Zusammenarbeit in praxisrelevanten Handlungsfeldern
- Analyse der Erfolgsbedingungen kirchlichen Umweltmanagements anhand eines Vergleichs von unterschiedlichen kirchlichen Einrichtungen (evangelische und katholische Verwaltungen,

Einrichtungen von Diakonie und Caritas, Kirchengemeinden, Klöster)

- Konzeptionelle Entwicklung, Begleitung und Durchführung von Umweltdienstleistungen (z.B. Einkauf, Energieberatung, Papiereinsparung, Abfallentsorgung, Mobilitätsverhalten) in einzelnen Modellprojekten, die in anderen Einrichtungen und Kirchengemeinden übernommen werden können
- Schaffung von Referenzmodellen, Leitfäden, Kommunikationsstrukturen etc. als Voraussetzung für eine umfassende Einführung des Umweltmanagements in wichtigen kirchlichen Handlungsfeldern
- Motivation und Werbung für das Modell einer »schöpfungsfreundlichen Einrichtung« als einem Bestandteil des kirchlichen Selbstverständnisses und der kirchlichen Alltagspraxis.

#### Wie wird das Modellprojekt umgesetzt?

Zunächst wurde im zweiten Halbjahr 2001 bei den Einrichtungen eine **Umweltprüfung** durchgeführt. Dabei wurden alle Stoffe, Materialien und Ressourcen wie Wasser und Energie, die jährlich gekauft, verarbeitet oder verbraucht werden (Inputs), auf ihre umweltbedingten Auswirkungen hin untersucht. All das, was in die Einrichtungen hineingeht, verlässt diese wieder über Schornsteine, Abwasserleitungen und Abfallcontainer (Outputs). Somit sind auch die Abfälle und Emissionen zu erfassen und zu bewerten. Ende September 2002 wird für alle sechzehn Einrichtungen die Auswertung der Umweltprüfung in Form eines Berichtes vorliegen. Darüber hinaus verlangt EMAS, dass die Organisationen ein Verzeichnis direkter und indirekter Umweltauswirkungen erstellen sowie alle umweltschutzrelevanten Rechts- und Verwaltungsvorschriften und sonstigen umweltpolitischen Anforderungen zusammenstellen. Diese Aufgaben werden im zweiten Halbjahr 2002 erledigt.

Als nächstes folgt von Juni bis September 2002 die Festlegung einer **Umweltpolitik** für die Einrichtungen. Mit ihnen werden allgemeine Soll-Vorgaben erarbeitet, die die mittel- bis langfristige Entwicklung in den Einrichtungen beschreiben sollen. Sinnvoll ist, die Umweltpolitik auf breiter Basis zu diskutieren, indem über Workshops und Einzelgespräche in den Einrichtungen die Vorstellungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermittelt werden.

Basierend auf den Ergebnissen der Umweltprüfung und vor dem Hintergrund der Umweltpolitik setzen sich die Einrichtungen Ende 2002 ein verbindliches **Umweltprogramm**. Das heißt, konkrete Ziele werden definiert, Maßnahmen werden diesen zugeordnet, Verantwortliche benannt, Fristen gesetzt und Ressourcen bereitgestellt.

Anfang 2003 wird dann ein **Umweltmanagement** aufgebaut werden. Dessen Aufbau umfasst die organisatorische Verankerung des Umweltschutzes in den Einrichtungen. Dabei ist z.B. zu klären, wer innerhalb der Einrichtung für Umweltfragen verantwortlich zeichnet, welche Gremien gebildet werden sollten und welche Aufgaben die einzelnen Akteure haben. Schwerpunkt einer ökologisch ausgerichteten Organisationsentwicklung sind darüber hinaus die Information, Qualifikation und Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Durchführung bisheriger Projekte zum Umweltmanagement hat deutlich gemacht, dass die eigentlichen Probleme erst bei der Umsetzung des Umweltmanagements auftreten. Daher ist es besonders wichtig, über einen bestimmten Zeitraum Erfahrungen zu sammeln, inwieweit sich das Umweltmanagement in der vorgesehenen Form verwirklichen lässt. Dabei sollte herausgearbeitet werden, inwieweit sich die organisatorische Aufbau- und Ablaufstruktur bewährt hat bzw. an welchen Stellen Probleme auftreten, die noch beseitigt werden müssen.

Auf Grundlage der organisatorischen Verankerung des Umweltmanagements werden die kirchlichen Einrichtungen eine **Umwelterklärung** erstellen. Sie enthält Angaben zur Umweltprüfung, zum Umweltmanagementsystem sowie zum Umweltprogramm und dient als internes und externes Kommunikationsmittel über deren Umweltengagement.

Ein Umweltgutachter prüft die Umwelterklärung und die anderen Bausteine des Umweltmanagements daraufhin, ob sie mit der Realität in den Einrichtungen und mit den Anforderungen der EMAS-Verordnung übereinstimmen. Der Umweltgutachter stellt eine Teilnahmeerklärung aus, mit der sich die Einrichtung in ein Standortregister eintragen lassen kann.

## Barrieren beim Umweltmanagement

Nach knapp der Hälfte des Modellprojektes soll an dieser Stelle versucht werden, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen und vor allen Dingen die Barrieren bei der Einführung eines Umweltmanagements aufzuzeigen. Diese Schlussfolgerungen haben noch vorläufigen Charakter und sind aus der Warte eines Projektbeteiligten gezogen worden. Im Einzelnen zeigen sich folgende Hemmnisse:

- In vielen kirchlichen Einrichtungen gibt es Probleme bei der **Datengewinnung**; oftmals liegen nur für ein oder zwei Jahre die Verbrauchswerte für Wasser, Strom und Heizöl oder Erdgas vor, sodass kaum retrospektive Aussagen über das Verbrauchsverhalten in den Einrichtungen gemacht werden können. Ebenso mangelt es an Angaben zu einzelnen Gebäudeteilen; dies erschwert differenzierte Interpretationen. So gibt es etwa für den Ev. Oberkirchenrat Karlsruhe nur Angaben für das Gesamtgebäude, obwohl es aus einem Alt- und einem Neubau besteht.
- Die Geschäftsleitungen unterstützen das Modellprojekt bislang noch zu wenig. Gerade in anderen Umweltmanagementprojekten - vor allem in der Industrie und in Schulen - hat sich gezeigt, dass die Leitung für ein **positives Klima** bei der Einführung eines Umweltmanagements auf allen Ebenen sorgen muss und dies auch innerhalb des Betriebs zu kommunizieren hat. Nur dann fühlen sich auch diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter motiviert, in den Aufbauprozess des

Umweltmanagements einzubringen, die dem Projekt eher skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen.

- Ganz wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Bereitschaft der Geschäftsleitungen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Anfang an am Prozess des Umweltmanagements zu **beteiligen**. Hier gibt es bei den kirchlichen Einrichtungen ebenfalls erkennbare Defizite. Doch ohne Partizipation und Transparenz der Entscheidungen kann in einem modernen Betrieb die Kreativität der Beschäftigten nicht geweckt und ihr Wissen nicht genutzt werden. Der Arbeitnehmer ist sowohl »Problemlöser vor Ort« als auch »Werbeträger des Betriebs nach außen«.
- Mit diesem Befund korrespondiert ein weiterer Aspekt, nämlich die Konzentration bei den kirchlichen Einrichtungen auf **wirtschaftliche Einspareffekte**, etwa von Energie, Wasser/Abwasser und Materialien, und nur eine geringe Berücksichtigung von Verhaltensänderungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Ansprechpartner für das Modellprojekt:

Dr. Volker Teichert  
 Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft  
 Schmeilweg 5  
 69118 Heidelberg  
 Tel: 06221-91 22-0 Durchwahl -20,  
 Sekretariat -35  
 Fax: 06221-16 72 57  
 E-mail: [volker.teichert@fest-heidelberg.de](mailto:volker.teichert@fest-heidelberg.de)



# Was Kirche nachhaltig macht: Energisch Energie Sparen - Der Beitrag der Kirchen zur Klimadebatte

Von Jobst Kraus

**Tagung »Von Rio über Johannesburg nach...«, Wittenberg, 14. – 16. 5. 2002. Der Autor ist Mitarbeiter im Arbeitsbereich Umweltpolitik und Umweltbildung der Evangelischen Akademie Bad Boll.**

## 1. Ein kurzer Blick zurück: Kirche hat nachhaltig gewirtschaftet

Blickt man in die (Bau-)Geschichte der Kirchen zurück, dann waren Sie bis zum Ende des 19. Jahrhunderts wie alle öffentlichen Gebäude unbeheizt und begnügten sich mit Kerzenbeleuchtung. Geschickt wurde - auch im Interesse künstlerisch gestaltete Glasfenster ins rechte Licht zu rücken - die Ausrichtung zum Lauf der Sonne, zu ihrem Aufgang und Untergang, genutzt. Die Kirchen waren so gebaut, dass sie vielfach die Wärme des Sommers noch bis weit in den Winter hinein speicherten und erst relativ spät - und dann hinein bis ins Frühjahr richtig kalt wurden. Da Gottesdienste früher eher länger als kürzer waren, zog man sich nicht nur wärmer an, sondern nutzte auch mitgebrachte oder zur Verfügung gestellte kleine lokale Heizquellen, wie Heizkugeln zum wärmen der Hände oder eiserne mit Kohle gefüllte Kästchen, die die Gottesdienstbesucher unter ihren Sitz stellten. Dies waren kleine, bescheidene Annehmlichkeiten in einer sonst kalten Kirche. Aber bald wurde es draußen ja auch wieder warm, so dass sich die Gottesdienstbesucher danach vor der Kirche wieder aufwärmen konnten. Im Sommer blieben die Kirchen - auch bei großer Hitze - angenehm kühl. Noch bis weit in die Mitte des 20. Jahrhunderts blieben viele Kirchen unbeheizt, in den neuen Bundesländern sogar bis in die neunziger Jahre. Nach der sogenannten Wende wurden in viele Kirchen der ehemaligen DDR als eine der ersten Baumassnahmen Heizungen in Kirchen eingebaut, ohne dies unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit, von Ressourcenverbrauch und Klimabelastung, kritisch zu reflektieren.

Sehr viel zügiger wurden Kirchengebäude mit elektrischer Beleuchtung, oft bis in den letzten Winkel zur ursprünglich nicht beabsichtigten Ausleuchtung von künstlerischer Gestaltung, ausgestattet. Ursprünglich war die elektrische Beleuchtung von kirchlichen Gremien aus liturgi-

schen, ästhetischen und praktischen Gründen abgelehnt worden. Während sich noch der Gemeindegemeinderat der Zwölf-Apostel-Kirche zu Berlin gegen das Projekt der elektrischen Hochbahn in Berlin ausgesprochen hatte und dafür - laut energietechnischer Anzeiger vom Mai 1893 - in Grundbesitzerkreisen Berlins auf erbitterte Kritik stieß, ließ sich Kirche immer mehr zum Aushängeschild der Elektrizitätswirtschaft machen. Letztere entdeckte den Symbolcharakter und die Vorbildfunktion der Stromanwendung in Kirchen und erhoffte sich davon Signale, Elektrizität auch im eigenen Heim zu verwenden. So ließ sich Kirche durch die Industrie zu einer neuen Lichtkultur verleiten. Es fand eine Umorientierung statt, weg von dem eher mystischen Charakter bisheriger Kirchenraumbeleuchtung - ausgerichtet am Einfall des Sonnenlichts und der Veränderung des Tageslichts - hin zur grellen, künstlichen Ausleuchtung. Kunstwerke, vom Bildhauer oder Steinmetz zum Lobe Gottes geschaffen, wurden nun bis in den letzten Winkel museal zugänglich. Die eher »armselige« Kerzenbeleuchtung wurde technisch verdrängt, ohne dass der kulturell-theologische Verlust und die damit einhergehende Veränderung des Gottesdienstraumes zur Kenntnis genommen wurde.

1911 wird dann bereits die elektrische Beheizung der Kirchen empfohlen, da in den Gottesdienstzeiten am Wochenende zu wenig Elektrizität abgenommen wurde. Nach der deutschen Vereinigung 1991 vollzog sich ein ähnlicher Prozess der Elektrifizierung von Kirchengebäuden im Osten Deutschlands, der zu DDR-Zeiten aus Kostengründen unterblieben war. Ideen, in neu erstellten Kirchenräumen auf eine elektrische Beleuchtung zu verzichten, mit dem Argument, wenigstens an diesem Ort noch eine Erinnerung - oder eine konkrete Utopie - an Räume frei von künstlicher Helligkeit zu haben und die Erfahrung von Knappheit und Begrenzung zu machen, treffen derzeit noch auf wenig Verständnis. Die Helligkeit der Helligkeit ist weiter ungebrochen. Kirche sollte aus dieser historischen und aus ihrer Verantwortung für die jahrzehntelange Mitprägung herrschender Konsummuster heute Vorreiter einer neuen Entwicklung sein, die gegen den »Strom« schwimmt und nachhaltig mit Energie umgeht.

## 2. Wenig Licht und viel Schatten: Einblicke in die konsumierende wie in eine häusliche Kirche

Es wird gepredigt, referiert, diskutiert, aber gleichzeitig auch geheizt, gekocht, beleuchtet, gefahren und geflogen. Diese Beobachtung und die Entdeckung des heimlichen Lehrplans in kirchlichen Einrichtungen, speziell in Bildungshäusern, stand am Anfang der Suche nach der ökologischen Relevanz kirchlichen Handelns und Wirtschaftens für Bewahrung oder Zerstörung der Schöpfung. Mit dem Begriff »heimlicher Lehrplan« wird dabei eine Art »Lernen im Vorübergehen« bezeichnet, das oft im Gegensatz steht zu dem was offiziell intendiert ist. So erhält bei einer Energiesparveranstaltung der Besucher durch überflüssig »brennende« Lichtquellen die »heimliche« Information, dass Sparen wohl doch nicht so relevant ist (deutlicher noch wird es bei der Diskussion von Fragen weltweiter Ernährungssicherheit und dem anschließenden Verzehr großer Fleischportionen: der Bauch erhält eine andere Information als vorher der Kopf).

„ **Kirche kann beispielhaft vorangehen, sei es mit einer verträglichen Mobilitätskultur, die die Nähe vor die Ferne rückt, den Kirchengang wieder entdeckt oder mit einer Eleganz der Einfachheit im Bereich von Wohnen und Berbergen.**

Das in den Jahren 1993 - 1995 mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt durchgeführte **Projekt »Energisch Energie Sparen. Perspektiven der CO<sub>2</sub>-Reduktion im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland(EKD)«** brachte es an den Tag: Die Evangelische Kirche in Deutschland - Landeskirchen und Diakonie - ist ein **energetischer Großverbraucher**. Im Rahmen dieses von der Evangelischen Akademie Bad Boll in Kooperation mit dem Öko-Institut Freiburg und EBÖK in Tübingen durchgeführten EKD-weiten Projektes wurde der Energieverbrauch für die Bereiche Raumwärme und Strom grob abgeschätzt:

Die Evangelische Kirche in Deutschland(EKD) und die Gliedkirchen sowie das Diakonische Werk gehören in Deutschland zu den größten Arbeitgebern. Die Institution Kirche unterhält eine Vielzahl von Einrichtungen. So gibt es in Deutschland im evangelischen Bereich u.a. über 18.000 Kirchen und Pfarrhäuser mit ca. 22000 PfarrerInnen, fast 10.000 Gemeindehäuser, ca. 800 Verwaltungsgebäude, ca. 3800 Krankenhäuser und Heimen, 7000 Kindergärten, Schulen,

Tagungsstätten und Wohngebäude. Der **geschätzte Energieverbrauch für Wärme und Strom** in diesen Einrichtungen beläuft sich auf ca.:

- 11.450 Gigawatt Energie für Wärmebereitstellung pro Jahr. Dies entspricht rund 1,1 Milliarden Liter Heizöl in 27.500 Eisenbahntankwagen mit einer Länge von ca. 550 km, einer Strecke von Stuttgart nach Hannover.

- 1.985 Gigawattstunden bzw. fast 2 Milliarden Kilowattstunden Strom pro Jahr, dies entspricht etwa der maximalen Stromjahresproduktion eines Atomkraftwerks vom Typ Obrigheim.

- Mit diesem Energieverbrauch sind klimarelevante Kohlendioxidemissionen in Höhe von rund 4,8 Millionen Tonnen pro Jahr verbunden - mehr als der Staat Bolivien oder 10 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Finnland - oder ca. 0,5 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen der Bundesrepublik Deutschland.

- Die Kosten für Raumwärme und Strom belaufen sich auf über 500 Millionen • pro Jahr - allein für die Evangelischen Kirchen in Deutschland

Der **im Bereich Mobilität** verursachte Energieverbrauch von ca. 22.000 PfarrerInnen und über 300.000 hauptamtlichen Mitarbeitern in Landeskirchen und Diakonie sowie der von über 600.000 Ehrenamtlichen im kirchlichen Dienst kann kaum abgeschätzt werden. Hinzu kommen die im kirchlichen Rahmen durchgeführten touristischen Freizeitveranstaltungen (Jugendfreizeiten, Familienfreizeiten, Studienreisen, Biblische Reisen), bei denen weite Strecken in Bussen, oft in Flugzeugen, zurückgelegt werden. Als eines der eindrucksvollsten Beispiele kirchlich induzierten Verkehrs können die Kirchentage gelten.

Ergeben könnte sich:

- Für die knapp **22.000 Gemeinden** der Evangelischen Kirche in Deutschland wurde ein Kfz-Bestand von 30.000 dienstlich genutzten Fahrzeugen angenommen. Bei einer angenommenen durchschnittlichen dienstgebundenen jährlichen Fahrleistung von 5000 km pro Jahr und Fahrzeug und einem durchschnittlichen Verbrauch von 7,5 l/100km für Dieselfahrzeuge und 9 l/100km für Ottofahrzeuge ergibt sich ein **Verbrauch von ca. 22.750.000 Liter Treibstoff** pro Jahr. Dies entspricht einer **Gesamtemissionsmenge von ca.**

**56.875 t CO<sub>2</sub> und Kosten von ca. 20 Millionen €.** Hierbei sind die entfernungsintensiveren übergemeindlichen Dienste wie Jugendarbeit, Erwachsenenbildung etc. noch gar nicht enthalten.

■ Für die ca. **19.670 Einrichtungen der Diakonie** wurde für den Zweck dieser Überschlagsrechnung ein Fahrzeugbestand von einem Dienst-Kfz pro Einrichtung angenommen. Auch hier wird die Ist-Analyse wahrscheinlich zu höheren Zahlen führen. So schlägt z.B. eine Großeinrichtung wie die Bodelschwingschen Anstalten mit mindestens 160 leichten Nutzfahrzeugen ins Gewicht. Insgesamt ergeben sich für die Diakonie **Treibstoffkosten von ca. 15 Millionen € und eine CO<sub>2</sub>-Produktion von 51.019 t.**

■ Über die im kirchlichen Bereich durch internationale Konferenzen, Studienreisen etc. bedingten Flugkilometer und die dadurch mit verursachten Kohlendioxidemissionen kann derzeit noch keine auch noch so grobe Abschätzung vorgenommen werden.

In ähnlicher Weise wie beim Strom stand die Kirche mit an der Wiege der Massenmotorisierung, als sich 1924 etwa 100 Geistliche zusammenfanden, um sich »in allen Fragen des Kraftfahrzeugwesens gegenseitig zu beraten und zu unterstützen«. Dies führte 1926 zur Pfarrer-Kraftfahrervereinigung, der späteren Bruderhilfe. Kirchliche Aktivitäten waren auch Motor für das Reisen mit Bahn, Bus und Flugzeug in die immer weitere Ferne. Camping-Seelsorge, Autobahnkirchen und Reisen in die biblische Vergangenheit sind ein Zeichen für das Begleiten und Fördern entsprechender Sehnsüchte. Auch heute noch spielen in der Organisation des kirchlichen (Berufs-) Alltags motorisierte mit einem vergleichsweise hohen Energieverbrauch verbundene Verkehrsmittel (Vom Auto bis zum Flugzeug) eine zentrale, nicht weg zu denkende Rolle.

Seit drei Jahren werden in einer Arbeitsgruppe »Sustainable mobility worldwide« von ÖRK und Evangelischer Akademie Perspektiven einer neuen Mobilitätskultur erarbeitet (Informationen hierzu über den Autor und die Evangelische Akademie Bad Boll: [jobst.kraus@ev-akademie-boll.de](mailto:jobst.kraus@ev-akademie-boll.de)).

**Drei zukunftsweisende Schritte sind in den Bereichen Wärme, Strom und Mobilität zu tun:**

#### ■ Effizienz

Der erste Schritt auf dem Weg in ein neues Energiezeitalter besteht darin, die Primärenergie so

effizient wie möglich zu nutzen. Mit moderner Technik können die Energiedienstleistungen wie Wärme, Licht, Arbeit, Transport und Kommunikation energiesparender bereitgestellt werden. Hierzu gehören Wärmeschutz, effizientere Heizungsanlagen, Blockheizkraftwerke, stromsparende Beleuchtung, Büro- und Haushaltsgeräte usw. Auch die Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens ist wichtig: mit einer sachgerechte Stadtplanung und schwerpunktmäßig regionalen Wirtschaftsstrukturen samt lokalem Einkauf kann Transportenergie gespart werden, ebenso durch die Art, wie die gesellschaftlichen Gruppen ihre Aktivitäten organisieren. Die Steigerung der Effizienz ist vorläufig die ergiebigste und preisgünstigste »alternative Energiequelle«. Die Reduktion des Primärenergieverbrauchs ist die erste Voraussetzung für den Übergang in ein neues Energiezeitalter.

#### ■ Energiebewusste Lebensgestaltung

Ein weiterer wichtiger Schritt besteht darin, den Energieverbrauch durch eine bewusst gestaltete Lebensweise zu begrenzen. Energie ist als kostbares Gut und nicht als unbegrenzt zur Verfügung stehende Ressource betrachtet werden. Dies ist umso wichtiger, als die bisherigen Effizienzgewinne durch eine zusätzliche Anforderung an mehr oder neuen Energiedienstleistungen überkompensiert wurden. Deshalb ist ein energiebewusster Lebensstil, ein konsequentes Umweltmanagement und der Verzicht auf nicht notwendige Energiedienstleistungen ebenfalls eine unabdingbare Voraussetzung für den Übergang in ein neues »solares« Energiezeitalter. Kirche kann beispielhaft vorangehen, sei es mit einer verträglichen Mobilitätskultur, die die Nähe vor die Ferne rückt, den Kirchgang wieder entdeckt oder mit einer Eleganz der Einfachheit im Bereich von Wohnen und Beherbergen.

#### ■ Erneuerbare Energien

Erneuerbare Energien, also die Energie des Windes, der Sonnenstrahlung, der Biomasse, der Wasserkraft, der Gezeiten und der Erdwärme sowie neue Techniken im Bereich der Wasserstoffnutzung müssen die nicht erneuerbaren Energiequellen ersetzen. Sie sind die einzige nachhaltige Option und bieten überdies größere Möglichkeiten der regionalen Nutzung und Erzeugung. Deshalb muss ihre Markteinführung und, wo noch nötig, ihre weitere Erforschung und technische Weiterentwicklung entschlossen unterstützt werden, auch wenn sie selbst bei hohen Wachstumsraten erst auf längere Sicht wesentli-

che Beiträge zur Energieversorgung zu geben vermögen. Hierzu kann eine haushälterisch-nachhaltige Kirche beitragen

In ihrem Einsatz für den Erhalt von Gottes Gaben der Schöpfung treten die Kirchen für eine Umkehrung der Werte ein: Lebensqualität statt ständiger Expansion, Gerechtigkeit statt kurzfristige Maximierung der Gewinne, Solidarität statt Steigerung des Konsums. Energie dient dem Leben und darf es nicht zerstören.

Bisher beteiligen sich noch zu wenige Christen, Gemeinden und kirchliche Institutionen am Einsatz erneuerbarer Energien und ihrem sparsamen Gebrauch. Nicht viele nutzen konsequent die Möglichkeiten des Energiesparens. Nur einzelne Gruppen praktizieren einen energiebewussten Lebensstil.

Auf bundesdeutscher Ebene sind die Evangelische wie die Katholische Kirche mit verschiedenen Verlautbarungen an die Öffentlichkeit getreten (»Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit«, Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der deutschen Bischofskonferenz; »Gefährdetes Klima - unsere Verantwortung für Gottes Schöpfung«, Studie des Beirats des Beauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland für Umweltfragen; »Handeln für die Schöpfung«, Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz u.a.). Trotzdem fehlt es an der Wahrnehmung der aktiven Akteursrolle der Kirchen im Bereich Klimaschutz. Auch wenn es eine Vielzahl von Initiativen im kirchlichen Bereich gibt, bleibt es insgesamt Aufgabe der Kirchen, Klimaschutz als Chefsache zu begreifen und vom Reden zum Tun zu kommen.

Für den Bereich der EKD könnte das perspektivisch heißen:

Das heute schon technisch machbare und zu derzeitigen Preisen **wirtschaftliche Einsparpotential** liegt bei etwa 37 % des Gesamtenergieverbrauchs, der Energiemenge einer Stadt von über 200.000 Einwohnern. Orientiert sich Kirche an Wirtschaftlichkeit und nicht an Billigkeit, liegt auch in ökonomisch schwierigen Zeiten die Finanzquelle Energiesparen unter kirchlichen Dächern.

### **Landeskirchen und Diakonie haben drei Handlungsoptionen**

■ Werden **keinerlei Energiesparmaßnahmen** realisiert, wird der Endenergiebedarf aufgrund

geschätzter Zubauten um ca. 2,5 % bis zum Jahr 2010 ansteigen. Dieses Nichts-Tun wäre auch eine theologische Katastrophe.

■ Folgt Kirche **dem allgemeinen gesellschaftlichen Trend zur Sanierung** von Heizungsanlagen und dem Austausch von Elektrogeräten gegen energiesparende Technik, lässt sich in diesem Zeitraum eine Einsparung von 8 % erreichen.

■ Beim **Klimaschutzszenario** werden die Möglichkeiten zur Einbindung optimaler Wärmedämmung in die Sanierungstätigkeiten an den Gebäuden (EKD-weit 88.000) ausgeschöpft sowie weitestgehend marktbeste Anlagen und Geräte eingesetzt. So können im Jahr 2010 52 % Kohlendioxid und jährlich 340 Millionen DM eingespart werden.

### **Verbindliche Zielsetzung - konkrete Umsetzung**

Auf EKD-, landeskirchlicher und diakonischer Ebene sollte eine **Entscheidung zugunsten des Klimaschutzszenarios** getroffen werden mit der Verpflichtung, bis zum Jahr 2010 den Kohlendioxid ausstoß kirchlicher Gebäude und Einrichtungen um 30 % zu verringern. Zumindest auf dem Papier haben die Evangelischen Akademien einen entsprechenden Beschluss gefasst. Zur Umsetzung sind eine entsprechende Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Festsetzung von Standards, z.B. die Einhaltung von Energiekennzahlen im Sinne der Niedrigenergiebauweise, eine neue Planungskultur, kreative Finanzierungskonzepte - seien es Contracting, (Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb durch Dritte), Sponsoring oder ethisches Investment durch Kirchenmitglieder - und ein umfassendes Energiemanagement dringend notwendig.

### **Mehr ökonomische Weitsicht**

Eine konsequente Umsetzung der angestrebten CO<sub>2</sub>-Reduktion entlastet nicht nur beträchtlich die Umwelt sondern ist auch ein Zeichen ökonomischer Weitsicht. Kirchliche Haushalte werden zukünftig entlastet und damit Spielräume für Arbeitsplatzhaltung und Neueinstellungen geschaffen. So könnten im Bereich der EKD allein 400 bis 450 Energieberater eingestellt werden, die sich bereits allein durch die nicht investiven Einsparmöglichkeiten amortisieren. 28.000 Dächer auf kirchlichen Häusern sind für Solaranlagen zur Warmwasserbereitung geeignet, 36.000 zur Solarstromgewinnung. Damit könnten nicht nur über 100.000 t CO<sub>2</sub> eingespart sondern zugleich Wirt-

schaftsförderung für den Solarbereich betrieben werden. Angesichts vorhandener Liquiditätssengpässe sollte zur energetischen Qualifizierung des kirchlichen Gebäudebestandes sowohl der Verkauf nicht benötigter Liegenschaften als auch die Einbeziehung (kirchlicher) Banken erwogen werden. Kurse in spritsparender Fahrweise (»Das Geld liegt auf der Straße«) beweisen, welche hohen Einsparpotentiale es im Bereich des Fahrverhaltens gibt: bis zu 40 Prozent! Bei einer konsequenten Anwendung eines spritsparenden Fahrstils und einer entsprechenden Reduktion allein um 25 % ergäbe sich ein Einsparvolumen im Bereich der Landeskirchen von **14.219 t CO<sub>2</sub> und ca. 5 Millionen € pro Jahr**. Bei einer angenommenen jährlichen Fahrleistung von 15.000 km und einem Verbrauch von 10 l/100 km Dieselkraftstoff fallen in den Bodenschwingschen Anstalten pro Jahr Treibstoffkosten in Höhe von 150.000 € an. Pro Jahr werden zudem 648t CO<sub>2</sub> verursacht. Durch eine Reduzierung des Verbrauchs um 25 % könnten also pro Jahr 40.000 € und 162 t CO<sub>2</sub> eingespart werden.

### **Zentrales Gesprächsthema und viele praktische Schritte mit großer Wirkung:**

Energieeinsparung und aktiver Klimaschutz müssen zentrales Thema kirchlichen Lebens und Wirtschaftens auf allen Ebenen werden. Notwendig ist die **Initiierung eines Klimaschutzprozesses**, der kirchenöffentlich ist, als Element eines ökologischen Gemeindeaufbaus verstanden wird und die Institutions- und Verwaltungsebene mit einschließt. Wichtig sind eine Vielfalt kleiner praktischer Schritte, angefangen von Energiesparlampenaktionen bis hin zur Aktion »Winterkirche«, die oft eine große Wirkung haben: Der Umzug ins Gemeindehaus während der Heizperiode würde bei 18.000 Kirchen EKD-weit eine jährliche Einsparung von 30 Millionen € und fast 400.000 Tonnen CO<sub>2</sub>, 8 % der Gesamtemission, erbringen. Dieses freiwerdende Geld könnte zur Finanzierung zusätzlicher Energiesparmaßnahmen und/oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet werden.

### **Kirchen als Vorreiter für ein neues Wohlstandsmodell:**

Mit einer konsequenten Klimaschutzstrategie und deren praktischer Umsetzung gewinnt die Kirche national und international ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit und ermutigt eigene Mitglieder sowie andere Großinstitutionen, in einer angesichts der globalen Umweltprobleme oft lähmenden Situation neue Hoffnung zu schöpfen und

sich kulturell umzuorientieren. Es gilt in der Kirche, den Naturverbrauch durch mehr Effizienz und eine Kultur der Einfachheit (Suffizienz) drastisch zu reduzieren und auf diese Weise auch ein praktisches Beispiel für ein neues Wohlstandsmodell zu geben. Es ist dringender denn je, dass Kirche gegen den Strom schwimmt.

„ **Nachhaltigkeit muss Chefsache - Bischofssache werden, es müssten CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele verbunden mit einem bestimmten Zeithorizont aufgestellt werden und es sollte neben der notwendigen Vision einer nachhaltigen Kirche ein breites praktisches Engagement geben, auch angesichts knapper Haushaltsmittel eine Vorreiterrolle im Klimaschutz zu übernehmen.**

Letzteres tun eine Vielzahl von Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen. Aus der Vielzahl seien einige **Beispiele, dass es anders und besser geht**, herausgegriffen:

- Das Projekt »Rückenwind« aus dem Bereich der bayrischen Landeskirche: Über eine durch Spendenmittel finanzierte Windkraftanlage wird über die Einnahmen aus der Einspeisevergütung ein Teil der Personalkosten von kirchlichen Umweltberatern getragen.
- Eine Vielzahl von Blockheizkraftwerken in kirchlichen Einrichtungen - zum Teil auch mit Biomasse betrieben;
- 800 Kirchengemeinden in Berlin haben ihren Stromeinkauf auf »grün« umgestellt
- Niedrigenergie-Gemeindehäuser, eine Passivhaus-Kirche;
- Eine Vielzahl von Solarstromanlagen auf kirchlichen Dächern - zumeist kofinanziert durch ein derzeit auslaufendes Förderprogramm der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, bis hin zum »Schöpfungsfenster« in Form einer großflächigen PV-Anlage auf dem Dach der evangelischen Kirche in Schönau/Schwarzwald.
- Das Vorhaben des DEKT bis zum Berliner Kirchentag im Jahr 2003 nur noch regenerativen Strom von neu investierten Anlagen, einer Biogasanlage in der Nähe Berlins, einer PV-Anlage in Fulda auf dem Dach der Geschäftsstelle und einem Anteil an einer Windanlage, zu beziehen.

■ Autofasten und Car-sharing in der Kirche.

■ Kirche als Vorabforderer auf dem Automobilmarkt - eine Idee

### 3. Eine bessere - rundum verträgliche - Kirche ist möglich.

Die angedeuteten und kurz erwähnten Projekte zeigen, dass auch in der Praxis eine haushälterische Kirche, die nachhaltig zu wirtschaften versucht möglich ist. Bisher waren entsprechende Veränderungsprozesse von Einzelnen oder kleinen Gruppen getragen. Dies macht deutlich, dass es Menschen braucht, die etwas wollen. Erst ansatzweise - und oft aus einem ökonomischen Einsparinteresse heraus - geht Kirche als Institution die Frage nachhaltigen Wirtschaftens, von Energieeinsparung und Klimaschutz, systematisch an, wie z.B. mit der Einführung eines flächendeckenden Ökoaudits für Kirchengemeinden und breiter Beratung in Richtung eines konsequenten Energiemanagements in einigen Landeskirchen. Noch bleibt viel zu tun: **Nachhaltigkeit muss Chefsache - Bischofssache werden**, es müssten CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele verbunden mit einem be-

stimmten Zeithorizont aufgestellt werden und es sollte neben der notwendigen Vision einer nachhaltigen Kirche ein breites praktisches Engagement geben, auch angesichts knapper Haushaltsmittel eine Vorreiterrolle im Klimaschutz zu übernehmen. Hilfreich hierfür wären nicht nur weitere Modellprojekte und vor allem das Bekannt machen der oft zu wenig öffentlichen guten Beispiele, die zeigen, dass es anders und besser geht, sondern auch eine Art bundesweiter Vernetzung, von Erfahrungsaustausch und Beratung - vielleicht in einer zu gründenden kirchlichen Energieagentur - so dass zunehmend sichtbar wird, dass Kirche Schöpfung bewahrt und so auf neue Weise Glaubwürdigkeit in unserer Gesellschaft gewinnt. Energisch Energie zu sparen und die Sonnenernte zu forcieren, macht - auch aber nicht nur - Kirche nachhaltig. **D**

# Politik mit dem Kochtopf - »Mahlzeit« - Eine Kampagne von »Brot für die Welt«

Von Franziska Kirsch

Tagung »Von Rio über Johannesburg nach...«, Wittenberg, 14. – 16. 5. 2002. Die Autorin ist Mitarbeiterin von , FAKT - Consult for Management, Training and Technologies, Stuttgart.

## 1. Hintergrund

### Den Armen Gerechtigkeit

»Brot für die Welt« will dazu beitragen, dass:

- extreme Ungleichheit überwunden wird
- Ursachen von Krieg und Gewalt beseitigt werden
- die Erde für nachfolgende Generationen erhalten bleibt.

■ **Ungleichheit überwinden** bedeutet, angemessene Lebensbedingungen für alle Menschen schaffen. Dazu gehören: ausreichende und ausgewogene Ernährung, Wohnung und Kleidung, Medizinische Versorgung und Bildung, Arbeit und Teilnahme am öffentlichen Leben.

■ **Krieg und Gewalt beseitigen** heißt, gewaltlose Formen der Konfliktbewältigung weiterentwickeln und anwenden. Frieden bedeutet, dass alle Menschen an der Fülle des Lebens teilhaben können.

■ **Natur erhalten:** Eine vielfältige und ökologisch intakte Umwelt ist die wesentliche Voraussetzung für angemessene menschliche Lebensverhältnisse.

### Dimensionen des Handelns

- Förderung von Projekten der Partner im Süden (z.B. in der Nachhaltigen Landwirtschaft)
- Wahrnehmung der globalen Verantwortung und Advocacy (z.B. Lobbyarbeit für Kleinbauern gegenüber der WTO)

■ Bewusstseinsbildung in Deutschland (z.B. Projekt Mahlzeit)

■ **Projekte im Süden** sind Versuche, Lösungen auf Probleme zu finden, denen oft ein ganzes Bündel von Ursachen zu Grunde liegt. Partner im Süden müssen dabei unterstützt werden, Instrumente zur Durchsetzung ihrer Interessen zu entwickeln und anzuwenden.

■ **Globale Verantwortung** bedeutet, Öffentlichkeit und Politik auf bestimmte Missstände hinzuweisen und auf Veränderungen zu Gunsten der Partner im Süden zu drängen.

■ **Einer breiten Öffentlichkeit** soll deutlich gemacht werden, dass konkrete Hilfe für Menschen in Not, Projekte und Programme zur nachhaltigen Verbesserung der Lebenssituation und das Engagement für eine Umgestaltung der sozialen, ökologischen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Interesse der Armen einander ergänzen.

### Schirmfrau Renate Künast

Die Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft über das Projekt Mahlzeit:

»Die Aktion Mahlzeit hilft, die großen Zusammenhänge zu zeigen, die man dem Endprodukt nicht auf den ersten Blick ansieht (...) »Klasse statt Masse« umfasst den ganzen Prozess, vom Saatkorn bis zum Brot, von der Weide bis zum Steak. Qualität muss für jeden Schritt bis zur Ladentheke gelten.«

## 2. Ziele und Zielgruppen der Kampagne

### Ziele

VerbraucherInnen in der Gemeinschaftsverpflegung und zu Hause soll gezeigt werden: über ihren Einkaufszettel haben auch sie es in der Hand, Agrarwirtschaft und Lebensmittelhandel in eine gerechtere und umweltverträglichere Rich-

tung zu lenken und eine Basis für Ernährungssicherheit im Süden zu schaffen.

### Zielgruppen

**Großverbraucher**, wie z.B. Kantinen, Restaurants, Caterer, oder Mensen, sollen primär ange-

sprochen werden. Ihre Gäste, gleichzeitig auch **Normalverbraucher**, werden über die Inhalte der

Kampagne informiert und tragen unsere Anliegen so in die breite Öffentlichkeit.

### 3. Global denken - Lokal handeln

#### Gut Essen - auch in Zukunft

Geschmack und Gesundheit sind den Verbrauchern wichtig.

Qualität bedeutet aber auch, dass beim Anbau und bei der Weiterverarbeitung unserer Lebensmittel soziale und ökologische Mindeststandards berücksichtigt werden.

*Mit dem Projekt Mahlzeit möchte »Brot für die Welt« ein neues Qualitätsbewusstsein fördern. **Qualität** bedeutet, dass Lebensmittel gesund sind und gut schmecken, aber auch, dass sie ökologisch und sozialverträglich hergestellt und gehandelt werden. »Brot für die Welt« möchte deshalb alle dazu ermutigen, ihre Ernährungsgewohnheiten umzustellen und sich beim Einkauf möglichst für regionale, ökologisch angebaute und fair gehandelte Produkte zu entscheiden.*

#### Geteilte Freude ist doppelte Freude

Fair gehandelte Produkte können einen Beitrag zu etwas mehr Gerechtigkeit für die Nahrungsproduzenten im Süden leisten und ermöglichen dort den Menschen eine höhere Lebensqualität.

*Den Mehrpreis für die **fair gehandelten Produkte** verwenden Produzentengruppen für kommunale Projekte, z.B. in den Bereichen:*

- Gesundheitsversorgung
- Schulbesuch von Kindern
- Versorgung mit täglichen Verbrauchsgütern (Genossenschaftsläden)
- Bau von menschenwürdigen Unterkünften

*Der höhere Preis kann auch einen Anreiz zur Umstellung auf ökologischen Anbau darstellen, wofür die Fairhandelshäuser Beratung anbieten*

#### Beispiel: Faire Handelsbedingungen bei Kaffee

- **Direkteinkauf:** Kaffee direkt vom Kleinbauern
- **Fairer Preis:** Garantierter Mindestpreis und Mehrpreis auf den Weltmarktpreis
- **Vorfinanzierung:** Gewährung von Krediten

- **Sicherheit:** Langfristige Handelsbeziehungen

#### Vertrauen in Lebensmittel

**Informationen** über unsere Nahrungsmittel vom Produzent direkt (z.B. BäuerInnen auf dem Wochenmarkt) schaffen Vertrauen.

Im Weltladen können VerkäuferInnen Auskunft über die Projektpartner im Süden geben.

*Wenn wir bei den BäuerInnen aus der Region oder im Weltladen einkaufen, erfahren wir etwas darüber, wie produziert wird, und wessen Arbeit wir bezahlen. So wird ein Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur **Sicherung des Einkommens bäuerlicher Familienbetriebe im Norden wie im Süden** der Welt geleistet. Die direkte Beziehung zwischen KäuferIn und VerkäuferIn trägt dazu bei, dass Lebensmittel nicht nur etwas kosten, sondern auch etwas wert sind.*

#### Die Jahreszeiten auf dem Teller

Der einheimische Land- und Gartenbau liefert zu jeder Jahreszeit eine Vielfalt an Gemüse und Obst.

**Saisongerechte Nachfrage** spart Energie und ermöglicht die Grundnahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern.

**Lebensmittel sind heute Spekulationsobjekte:** Ungeachtet ihrer Herkunft und der Umstände ihrer Herstellung werden sie über Zehntausende Kilometer um den Erdball transportiert, gehortet, verschoben und vernichtet. Durch saisongerechte Nachfrage kann diese **Energie gespart** werden und BäuerInnen im Süden haben eher die Chance, die guten landwirtschaftlichen Flächen für ihre eigene **Ernährungssicherung** zu nutzen. Unser einheimisches Gemüse und Obst bietet zu jeder Jahreszeit eine vielfältige Auswahl. Wer meint, im Winter müsse der Speisezettel fade sein, der sollte traditionelle Wintergemüse wie z.B. Kürbis, Steckrüben oder Winterrettich kosten.

#### Alles hat seine Zeit

- Der Energieaufwand bei der Treibhausproduktion von inländischen Tomaten ist 20mal höher als bei saisonalem Anbau.

■ Noch größer ist der Energieaufwand beim Monokulturanbau grüner Bohnen in Kenia zur Weihnachtszeit. Die ehemaligen kleinbäuerlichen Landbesitzer finden nur noch teilweise Arbeit während der Erntezeit.

### Die Heimat schmecken

Der Kauf von **regionalen Produkten** fördert den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft und spart Energie. 70% des Warenverkehrs ließen sich eindämmen, wenn die regionale Herkunft bei Gütern wieder eine Rolle spielen würde.

*Unser Tisch ist reich gedeckt mit Lebensmitteln aus aller Welt. Das internationale »Tischleindeckdich« hat auch seine Schattenseiten: Produktion und Verarbeitung, Zubereitung und Transport der globalen Lebensmittel verbrauchen viele **Energie** und tragen so zur **Klimaveränderung** bei.*

*Regionale Orientierung des Konsums kann zur **Erhaltung biologischer Vielfalt** und bäuerlicher Landwirtschaft beitragen, die sonst im europäischen und globalen Standortwettbewerb untergehen würde.*

### Beispiel: Küche der Ev. Akademie Bad Boll Akademie-Menü vor der Umstellung (1985)

- **Blumenkohlsuppe**  
(Fertigprodukt) 120 km
- **Kopfsalat**  
50 km
- **Schweinebraten**  
(eingeschweißt) 200 km
- **Soße**  
(Fertigprodukt) 120 km
- **Spätzle**  
(Fertigprodukt) 50 km
- **Schokoladencreme**  
(Fertigprodukt mit Milch) 120/50 km

**Kilometeraufwand: 710 Km**

### Akademie-Menü nach der Umstellung (1995)

- Salatteller  
Gärtnerei Frank, Boll - 1,5 km
- **Dinkel-Mandelküchle**  
Schrozberg - 80 km
- **Gemüseplatte**  
Gärtnerei Frank, Boll - 1,5 km
- **Kräutersoße**  
Gärtnerei Frank/Sonnenhof, Boll - 1,5/1,5 km
- **Apfelgrütze mit Zimtsahne**

Boll - 1,5 km  
(nicht berechnet: Zimt, Vanille und Zitronensaft)

**Kilometeraufwand: 87,5 km**

### Weniger ist mehr

Tiermastbetriebe belasten die Umwelt, und Futtermittel aus Entwicklungsländern verursachen Konflikte und Ungerechtigkeit.

Wer *weniger und qualitativ hochwertiges Fleisch* isst, lebt gesund und kann sorglos genießen.

*Heute ist die Landwirtschaft weitgehend industriell organisiert und auf wenige Marktprodukte spezialisiert, bei denen Höchsterträge in Rekordzeiten erzielt werden. In der Tierproduktion haben Nutztiere kein schönes Leben und die **Agrarfabriken** belasten unsere **Umwelt**.*

*Die Futtermittel werden zum Großteil aus Entwicklungsländern importiert. Dort werden **soziale Konflikte** um Landbesitz und **Zerstörung der Umwelt** verursacht. Die Grundnahrungsmittelproduktion wird verdrängt.*

*Fleisch aus artgerechter und umweltverträglicher Tierhaltung ist zwar teurer, aber auch von besserer Qualität.*

### Unsere Rinder weiden am Rio de la Plata

In Deutschland werden jährlich 3,3 Mio. Tonnen Sojaschrot in der Tierproduktion eingesetzt. Über die Hälfte stammt aus Lateinamerika.

Die Sojaproduktion in Brasilien verursacht Bodenerosion und verdrängt die Erzeugung von Grundnahrungsmitteln für die einheimische Bevölkerung.

### Freude an einer abwechslungsreichen Kulturlandschaft

Ökologische Landwirtschaft fördert den **Erhalt** einer **Vielfalt** von Kulturpflanzen und Tierarten.

*Die Vielfalt von Kulturpflanzen und Wildorganismen hält das Ökosystem stabil. Von jeder Pflanzenart sind zahlreiche Tierarten abhängig. **Traditionelle Sorten** sind **optimal** an die Standortbedingungen ihrer Anbauregionen **angepasst**. Speziell der ökologische Landbau bemüht sich seit Jahren, alte Arten und Sorten lebendig zu erhalten.*

*Die natürliche genetische Vielfalt wird benötigt, um neue Sorten züchten zu können, wenn sich Umweltbedingungen verändern. Das ermöglicht der Landwirtschaft, gute Nahrungsmittel in ausreichender Menge zu produzieren.*

### **Wildwuchs statt Normobst**

Von über 2000 heimischen Apfelsorten werden heute in Deutschland nur noch 25 im konventionellen Erwerbsobstbau angebaut.

Dagegen sind die traditionellen Obstwiesen wichtige Rückzugsgebiete für verschiedene Tierarten: Eine Streuobstwiese kann bis zu 40 Vogelarten beherbergen, ein einziger Apfelbaum mehr als 1000 Insektenarten.

## **4. Aktionen und Serviceangebot**

### **Aktionen**

**Ökofaire Produkte auf den Speiseplan!** Mahlzeit unterstützt die Integration von ökologischen und fair gehandelten Lebensmitteln für einzelne Aktionswochen oder für die langfristige Umstellung der Gemeinschaftsverpflegung.

**Jede Küche kann mitmachen**, die möglichst viele der folgenden Kriterien in ihrem Speiseplan umsetzt:

- Aus regionalen Märkten frisch auf den Tisch
- Alles zu seiner Zeit: regionale Küche
- Gesunde Ernährung - wenn möglich aus ökologischem Anbau
- Genuss von weniger und dafür hochwertigem Fleisch
- Produkte aus Entwicklungsländern aus fairem Handel.
- Für eine Mahlzeit-Aktionswoche muß nicht gleich die ganze Küche umgestellt werden - es kann auch nur ein Mahlzeit-gerechtes Gericht auf dem Speiseplan sein, das deutlich gekennzeichnet ist.

### **Die Augen essen mit**

- Informationsbroschüren
- Plakate
- Rezeptkalender
- Einkaufstasche
- Aufkleber
- Rezeptblock und Checkliste für Großküchen
- *Informationsbroschüre »Gut essen auch in Zukunft« als Hintergrundinformation*
- *Plakatserie zu drei zentralen Themen der Kampagne*
- *Rezeptkalender mit Produktinformation zu einem Gemüse der Saison mit passendem Rezeptvorschlag*
- *Aufkleber mit dem Mahlzeit-Logo zur Kennzeichnung von Speisekarten, etc.*
- *Auf Nachfrage Adressen von Lieferanten aus der jeweiligen Region (Kontaktaufnahme über das Service-Telefon unter 0711-21095-25)*

## **5. Aktivitäten und Resonanz**

### **Angebote und Service**

- Medienproduktion und -versand
- [www.projekt-mahlzeit.de](http://www.projekt-mahlzeit.de)
- Küchenberatung
- Beratung für Bildungsarbeit und Veranstaltungsplanung
- Pressearbeit

### **Aktionsformen**

- Aktionswochen von Großküchen
- Vorträge auf Tagungen
- Mahlzeit-Büffet auf Leipziger und Stuttgarter Hauptbahnhof
- Gemeindefeste und Marktstände
- Unterrichtsgestaltung

### **Resonanz**

- Über 1.000 Medienbestellungen von z.B. Großküchen, Multiplikatoren, Bildungseinrichtungen, Kirchengemeinden, Weltläden
- Zahlreiche Artikel in Fachzeitschriften, Radio-Interviews, Berichte in Tageszeitungen

### **Erfahrungen und Lehren**

- Bedeutung des Kostenaspekts
- Zusammenarbeit von Küchenleitung und Geschäftsführung als Voraussetzung für erfolgreiche Umstellung
- Konzentration auf kirchliche und diakonische Einrichtungen

## **6. Zusammenarbeit mit Partnern im Süden**

### **PAN Indonesien**

Das Pesticide Action Network kämpft gegen den Missbrauch von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und setzt sich für eine ökologische Landwirtschaft ein,

z.B. durch Lobbyarbeit und Beratungsangebote für Bauern.

*In Indonesien leiden besonders Frauen als Plantagenarbeiterinnen in der intensiven Landwirtschaft häufig unter Ausschlägen, Sehstörungen und Vergiftungen.*

*PAN regt sie zur Umstellung auf Mischkulturen aus traditionellen Reis- und Gemüsesorten an und unterstützt sie beim Aufbau von neuen Vermarktungsstrukturen. In Hofläden, bei der direkten Belieferung von Garküchen und anlässlich von Besuchstagen wird dem Kontakt zwischen Produzentin und Verbrauchern ein hoher Stellenwert beigemessen.*

### **Urocal in Ecuador**

Die Union von Kleinbauernvereinigungen in Ecuador verkauft ihre ökologischen **Bananen** zu fairen Preisen an die deutsche BanaFair e.V..

Für die Kleinbauern ist dies die einzige rentable Abnahmequelle.

*Anders als in Mittelamerika werden 60% der Bananen in Ecuador von Kleinbauern produziert. Bei der Vermarktung dagegen dominieren einige große einheimische Firmen das Geschäft und diktieren die Preise. Angesichts der weltweiten Überproduktion an Bananen freuen sich die Kleinbauern hier, wenn sie ihre Bananen überhaupt loswerden.*

*Einen Mehrpreis für die (größtenteils zertifizierten) Öko-Bananen zahlt nur BanaFair, die bisher allerdings nur zirka 15% der Gesamtproduktion von UROCAL abnehmen und in Deutschland verkaufen können. »Kauft mehr ökofaire Bananen« lautet deshalb die Botschaft der Bauern an die deutschen Verbraucherinnen.*

### **ACK in Kenia**

Die »Anglican Church of Kenya« überzeugt Kleinbauern von den Vorteilen traditioneller, dürreresistenter Getreide, um die Ernährungssicherung zu gewährleisten.

*Die ACK bietet Beratung an in ökologischer Landwirtschaft, dem Haltbarmachen und Lagern von Lebensmitteln. Dazu haben die Beraterinnen auch traditionelle Rezepte ausgegraben, die man mit den alten Getreidesorten kochen kann.*

*Mit Demonstrationsmärschen unter dem Motto »Freiheit von Hunger« werden speziell Kinder und Jugendliche angesprochen und zur Mitarbeit in der Kampagne motiviert.*

## **7. Aufgeschmeckt!**

### **Neue Zielgruppen**

**Großküchen** für Kinder- und Jugendverpflegung, Kitas, Internats- und Schulküchen, Cafeterien

**Pädagogen** zur Information und Bewusstseinsbildung in Schule und Freizeit

**Kinder und Jugendliche** als Endverbraucher

**Warum Kinder und Jugendliche?**

**Beeinflussung der Kaufentscheidung der Eltern durch Wünsche der Kinder**

**Geschmacksbildung / -erziehung**

**Bewusstseinsbildung** im frühen AlterAufbesserung des **Öko- und Bio-Image**

*Kinder spielen bei der **Einkaufs-Entscheidung der Eltern** eine maßgebliche Rolle (bis zu 60% der Kaufentscheidungen im Lebensmittelbereich sind von Kindern gesteuert)*

***Deswegen** sollte schon früh mit einer **Geschmackserziehung** begonnen werden, um bei Kindern und Jugendlichen das Interesse am Original zu wecken (Kartoffel statt Pommes!) - Außerdem können Kinder und Jugendliche erfahren, dass Produkte aus der Region vielseitig und lecker schmecken.*

*Über das **Interesse am Produkt** selbst kann auch das Interesse an dessen Herstellung und Verarbeitung geweckt werden - die Herausforderung ist, Kinder und Jugendliche damit vertraut zu machen, wo ihre täglichen Lebensmittel produziert werden, auf welche Weise dies geschieht (Anbaumethoden!) und welche sozialen, ökologischen und politischen Aspekte damit zusammenhängen - so wird schon im frühen Alter ein Bewusstsein für die globalen Zusammenhänge der Ernährung geschaffen - dies ist von großer Bedeutung, weil die Kinder und Jugendlichen von heute gleichzeitig die **Konsumenten von morgen** sind!*

*Darüber hinaus ist es eine Herausforderung, das schlechte Image der Öko- und Bioprodukte bei Kindern und Jugendlichen aufzubessern - »Bio« und »Öko« werden der Elterngeneration zugeschrieben und vermitteln einen geringen Spaß- und Erlebniswert- dies kann über die Herstellung regionaler Bezüge geschehen (statt über Zeigefinger-Moral)*

**Ziele der Kinder- und Jugendkampagne**

- Bewusstseins-Schaffung und -Festigung
- Verknüpfung mit Handlungsfolge
- Hinführung zu ökofairem und nachhaltigem Konsum

**Geplante Aktivitäten**

- Magazin mit Informationen und Spielen
- eigene Homepage, Gewinnspiel
- Postkarten mit Rezeptaufdruck
- Waffelschnitte
- Events



# Ansatzpunkte für ein Nachhaltigkeitsmanagement in den Einrichtungen der Diakonie

Von Pfarrer Klaus Breyer

**Tagung »Von Rio über Johannesburg nach...«, Wittenberg, 14. – 16. 5. 2002. der Autor ist Umweltreferent im Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen in Iserlohn.**

Ein Modellprojekt, das von 1999 bis 2002 durchgeführt wurde, steht im Zentrum dieses Beitrags. Ausgehend von unseren Projektergebnissen möchte ich Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung von Umweltmanagementsystemen zu einem Nachhaltigkeitsmanagement in Einrichtungen der Diakonie skizzieren.

Der Projekttitle lautete »Implementation von Umweltmanagementsystemen in Einrichtungen der stationären Altenarbeit«.

Das Projektteam bestand aus Mitarbeitern der FH Osnabrück/ Lehrstuhl Ökotoxikologie (Prof. Elisabeth Leicht-Eckardt / wissenschaftliche Beratung) dem Ev. Johanneswerk, Bielefeld (Anette Harbord, Martin Möller-Rost) sowie dem Institut für Kirche und Gesellschaft.

Die Projektentwicklung lag bei meinem Kollegen Martin Möller-Rost, dem Umweltbeauftragten des Ev. Johanneswerks, und mir. Das Projekt wurde von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert.

## Problemstellung

Das Instrument »Umweltmanagement« wurde in den 80er Jahren im und für den Bereich der industriellen und gewerblichen Wirtschaft entwickelt.

Bis Mitte der 90er Jahre wurde sein Anwendungsbereich in den Bereich der Dienstleistungsunternehmen (auch der sog. »Gesundheitsdienstleister«) ausgedehnt.

Zahlreiche Krankenhäuser und Kliniken haben sich seitdem nach der sog. »Öko-Audit-Verordnung« (EWG) Nr. 1836/93 / EMAS II oder DIN EN ISO 14001ff validieren bzw. zertifizieren lassen.

Als wir mit unserem Pilotprojekt starteten gab es zwar Interesse im Bereich der Alteneinrichtungen aber weder durchgeführte Projekte noch Umsetzungsleitfäden.

Praxiserfahrungen von Krankenhäusern und Kliniken waren aufgrund anderer Arbeitsabläufe, - viel komplexeren - Ausgangsvoraussetzungen und Rechtsgrundlagen untauglich für die Übernahme in den Bereich Alten- und Behinderteneinrichtungen.

Die Umsetzung von Umweltmanagementsystemen ist im Bereich der stationären Altenpflegeeinrichtungen besonders unter drei Aspekten von Bedeutung:

1. Unter dem Aspekt der zu erwartenden Verbesserung der Lebensqualität in den Einrichtungen mit Umweltmanagementsystem, durch die besondere Berücksichtigung wohnökologischer und ernährungsphysiologischer Kriterien,
2. unter dem Aspekt der Verbesserung des Umwelt- und Ressourcenschutzes von ca. 9.000<sup>1</sup> Einrichtungen in ganz Deutschland (bei in Zukunft steigender Zahl),
3. unter dem Aspekt der Kostenentlastung des Sozialsystems durch Betriebskostenoptimierung.

## Projektziele

Ausgehend von diesen Vorüberlegungen ergaben sich für uns folgende Projektziele

Unser Pilotprojekt sollte

1. die Praktikabilität von Umweltmanagementsystemen in stationären Einrichtungen der Altenarbeit nachweisen und diesen Bereich durch Qualifizierungsmaßnahmen und einem allgemein anwendbaren Umsetzungsleitfaden erschließen.
2. sollte einen Schwerpunkt im Bereich MitarbeiterInnenbeteiligung, Organisations- und Personalentwicklung haben und dabei neue Formen entwickeln

3. sollte die Glaubwürdigkeit im Reden und Handeln der Institution Kirche / Diakonie besonders berücksichtigen und stärken.

Gerade die Ziele 2 und 3 lagen uns sehr am Herzen. Sowohl die MitarbeiterInnenführung und MitarbeiterInnenmotivation auf der einen Seite und die »institutionelle Performance«, d.h. die »Botschaft nach außen« auf der anderen Seite stehen (nicht nur) in kirchlichen Einrichtungen vielfach in einem unproduktiven Widerspruch. M. a. W. ein Graben klafft zwischen offiziellem Reden und Tun.

»Der Dienst an Alten und Schwachen dürfe nicht zu Lasten der Schöpfung oder der Lebensqualität nachfolgender Generationen gehen!«.

»Diakonie am Menschen müsse sich mit der Diakonie an der Schöpfung verbinden.«

Diese wichtigen programmatischen Aussagen bleiben gerade deshalb »Sonntagsreden«, weil Sie zwar die Probleme beim Namen nennen andererseits jedoch nicht die konkrete Praxis in den Einrichtungen im Blick haben: mit all ihren Besonderheiten und Schwierigkeiten, dem Kostendruck, den besonderen Arbeitsabläufen und Anforderungen an die Mitarbeitenden.

Mit unserem Projekt Umweltmanagement in Altenpflegeeinrichtungen wollten wir einen anderen Weg gehen. Wir wollten nicht beim ethischen Appell, nicht bei den von der Praxis kaum gedeckten Forderungen stehen bleiben, sondern mit den Mitarbeitenden nach einem gangbaren Weg vom Reden zum Tun suchen.

Wir wollten Personalentwicklung, die Vermittlung von Wissen und Handlungskompetenz für Umweltschutz am Arbeitsplatz betreiben (»Du kannst!«) und diese verknüpfen mit einer stimmigen Organisationsentwicklung (»Du darfst!«) und einem entsprechenden Aufbau- und Ablaufmanagement.

### **Projektträger:**

#### **Der Projektträger:**

Der Projektträger, das Ev. Johanneswerk, unterhält in Nordrhein - Westfalen ca. 70 Einrichtungen in den Bereichen der Alten- und Behindertenarbeit.

Seit 1992 hat das Ev. Johanneswerk ein erweitertes Umweltkonzept mit nebenamtlichen Umweltauftragten, Umweltstandards und einem breiten Fortbildungsangebot.

Trotz des Umweltschutzengagements des Trägers, blieb die Umsetzung der vorgegebenen Umweltschutzziele teilweise hinter den Erwartungen zurück. Verantwortlich dafür könnte v.a. das Fehlen einer angemessenen Umweltschutzstruktur in den Einrichtungen Werkes sein.

In diesem Zusammenhang war für den Träger die Entwicklung von Umweltmanagementsystemen in ausgewählten Einrichtungen von großer Bedeutung. Bei erfolgreichem Projektverlauf wurde eine zügige Umsetzung von Umweltmanagementsystemen in weiteren Einrichtungen zugesichert.

### **Pilotprojekteinrichtungen**

Die beiden Piloteinrichtungen wurden nach einer trägerinternen Ausschreibung mit Blick auf eine möglichst große Repräsentativität ausgewählt.

Die beiden Häuser befinden sich in Halle/ Westfalen und Herne. Sie bieten jeweils Platz für ca. 100 Bewohner/innen, besitzen ein umfangreiches Serviceangebot und diverse Gemeinschaftseinrichtungen. In beiden Einrichtungen leben zu rund 70% Bewohner in den Pflegestufen 2 und 3.

Unterschiede gibt es vor allem in der Bausubstanz und der Lage. Die Einrichtung in Halle ist ein Neubau von 1996 in ruhiger, kleinstädtischer Randlage. Die Herner Einrichtung, Baujahr 1956, letzte Renovierung 1988, liegt in der Stadtmitte.

### **Projekttablauf:**

Der Projektstart erfolgte im Herbst 1999 mit folgenden inhaltlichen Vorgaben:

Umweltschutz sollte gemäß unseres beteiligungsorientierten integrativen Ansatzes in den Einrichtungen »nicht von oben verordnet«, sondern gemeinsam mit möglichst vielen Mitarbeitenden und angepasst an die Arbeitsbedingungen entwickelt werden. Wir wollten in enger Zusammenarbeit mit den Einrichtungsleitungen und Bereichverantwortlichen Mitsprache und Eigenverantwortung des Personals stärken und insgesamt eine beteiligungsorientierte, kommunikativere Einrichtungskultur aufbauen. Neben weiteren Umweltzielen wurde eine mittelfristige Senkung des Energieverbrauchs um ca. 30%, eine Senkung des Wasserverbrauchs um ca. 20%, sowie eine

Reduktion des Restmüllaufkommens um ca. 50% angestrebt.. Schließlich sollte das Einrichtungs-marketing durch ein ökologisches Profil verbessert werden.

### Projektablauf

Entscheidendes Erfolgskriterium unseres Projektes war nicht das »sklavische Abarbeiten« von Verfahrensschritten, sondern die engagierte Arbeit von Mitarbeitenden und Leitung an der dauerhaften Ökologisierung der Piloteinrichtungen. Hieran wurden alle Maßnahmen und Methoden im Laufe des Projektes gemessen. Im Einzelnen ergab sich folgender Ablauf.

#### Phase 1: Projektstart: Information und Organisation

Zu Beginn erfolgte die umfassende Information der MitarbeiterInnen über Projektziele und -ablauf, zeitlichen Rahmen und Beteiligungsstrukturen. Nach intensiven Gesprächen mit der Leitung, der MitarbeiterInnenvertretung und den Umweltbeauftragten wurde das Projekt in Mitarbeitervollversammlungen, Projektrundbriefen und Aushängen vorgestellt. Darüber hinaus wurde mit der Einrichtung von Umweltausschüssen und arbeitsbereichs- bzw. themenbezogenen Umweltzirkeln eine integrative beteiligungsorientierte Aufbauorganisation geschaffen.

#### Phase 2: Festlegung der Umweltpolitik

Zur »Festlegung der Umweltpolitik« wurden einrichtungsspezifische Umweltleitlinien formuliert, die das angestrebte ökologische Profil der Gesamteinrichtung beschrieben. Ziel war auch hier eine hohe Identifikation der Mitarbeitenden mit der Umweltorientierung ihres Hauses zu erreichen.

#### Phase 3: Durchführung der ersten Umweltbestandsaufnahme

Um die gefundenen Umweltleitlinien konkretisieren zu können, musste analysiert werden, wo die Chancen und Hemmnisse im Umweltschutz der Einrichtungen lagen. Umweltzirkel und Umweltausschuss wurden in die Erhebung und Interpretation der Daten eingebunden.

Stärken wie Schwächen und Bereiche mit vorrangigem Handlungsbedarf konnten dabei

sichtbar gemacht werden. Entscheidend war die arbeitsplatz- und bereichsübergreifende Diskussion der Ergebnisse.

#### Phase 4: Erstellung des Umweltprogramms

Die in der Umweltprüfung deutlich gewordenen Schwachstellen und Stärken waren die Grundlage für die ebenfalls beteiligungsorientierte Aufstellung des Umweltprogramms. Dabei wurden konkrete Umweltziele z. B. Vorgaben zur Reduktion des Energieverbrauchs festgelegt. Allen Umweltzielen wurden Zeitrahmen und konkrete Maßnahmen zur Zielerreichung zugeordnet. Um möglichst viele Mitarbeitenden an der Entwicklung des Umweltprogramms zu beteiligen, wurden in beiden Einrichtungen u.a. eintägige Zukunftswerkstätten durchgeführt.

#### Phase 5/6: Aufbau des Umweltmanagementsystems und seine Erprobung

Ziel dieser Phasen war es, eine optimal angepasste Aufbau- und Ablaufstruktur sowie ein effizientes Controllingssystem zu erstellen und zu erproben. All dies erfordert die präzise Benennung von Verantwortlichen sowie die Beschreibung von Kompetenzen, der bereitgestellten Mittel und der Handlungsabläufe.

Beide Einrichtungen haben ihr Aufbau- und Ablaufmanagement in einem Umwelthandbuch dokumentiert, das als allgemeinverbindlicher Leitfaden, das Umwelthandeln und den Umweltmanagementprozess in allen Arbeitsbereichen verankert. In beiden Einrichtungen wird das Umwelthandbuch das Qualitätshandbuch ergänzen.

#### Phase 7/8: Evaluation des Umweltprogramms und des Umweltmanagementsystems / Erstellung der Umwelterklärung

Nach der Phase der Erprobung fand mit Hilfe einer Umweltbestandsaufnahme sowie MitarbeiterInnen / BewohnerInnen-Interviews eine Überprüfung des Umweltmanagementsystems statt (Umweltbetriebsprüfung). In einigen Bereichen musste daraufhin das Umweltprogramm bzw. das Umweltmanagementsystem modifiziert werden. In der für die allgemeine Öffentlichkeit bestimmten Umwelterklärung dokumentierten die Einrichtungen ihre Umweltschutzaktivitäten und geben einen Überblick über ihre zukünftigen Schwerpunkte.

### **Phase 9: Gültigkeitserklärung des Umweltmanagementsystems / Validierung durch einen externen Umweltgutachter**

Der von uns gewählte Projektablauf entsprach grundsätzlich den Kriterien der EU-Öko-Audit-Verordnung (EMAS II), so dass von beiden Pilot-einrichtungen alle Voraussetzungen für eine Validierung (d.h. Gültigkeitserklärung) erfüllt wurden.

Das Altenzentrum Eggeblick / Halle Westfalen hat die externe Prüfung seines Systems nach EMAS II vornehmen lassen und kann zukünftig - u. W. als erste deutsche Altenpflegeeinrichtung - das »EU-Öko-Audit-Logo« tragen. Das Logo darf beispielsweise auf Briefbögen, Geschäftsberichten oder als Blickfang im Eingangsbereich der Einrichtung eingesetzt werden.

Die Einrichtung in Herne, zieht eine interne Inkraftsetzung des Umweltmanagements der externen Prüfung vor.

Mit der Validierung nach EG-Öko-Audit-VO bzw. mit der internen Inkraftsetzung ist das Umweltmanagement in beiden Pileteinrichtungen nicht beendet, sondern tritt in einen neuen Umsetzungszyklus.

### **Beurteilung**

Nach gut zwei Jahren Projektarbeit ist die Identifikation mit dem Umweltmanagementsystem dank des beteiligungsorientierten Vorgehens in beiden Einrichtungen erheblich gewachsen. Es gelang, die Mitarbeiterschaft für ökologische Fragestellungen zu sensibilisieren. Viele kleinere und größere Umsetzungserfolge (z. B. Abfalltrennung, Energieeinsparung, Beschaffung ökologischer Lebensmittel) sind an den Standorten erreicht worden und führten zur Senkung des Umwelt- und Ressourcenverbrauchs sowie zur Realisierung von Kosteneinsparpotentialen. Durch Umstrukturierung in der Küche und Beschaffung gelang es mittelbar, die Lebensqualität der BewohnerInnen zu steigern. Durch die aktive Kommunikation des Umweltmanagements konnten sich die Einrichtungen positiv in der Öffentlichkeit profilieren. Der Träger erhielt ein wirkungsvolles Instrument zur Umsetzung seiner ökologischen Unternehmensziele und Umweltstandards.

Die Schwierigkeiten, die innerhalb des Projektes überwunden werden mussten waren trotz aller Erfolge zahlreich. Sie waren besonders in der

starken Arbeitsbelastung und Arbeitsverdichtung begründet sowie in der schwierigen Koordination / Integration unseres Umweltmanagementsystems mit vorhandenen Managementsystemen (z. B. QMS). Ein sehr zeitökonomisches, pragmatisches und effizient an bestehende Arbeitsabläufe angepasstes Vorgehen war deshalb unabdingbar.

Der Träger des Ev. Johanneswerk wird die von uns gewonnenen Ergebnisse in den zur Zeit anstehenden Organisationsentwicklungsprozess einfließen lassen. Besondere Bedeutung wird zukünftig die Integration bisher paralleler Managementprozesse wie Qualitätsmanagement, Umweltmanagement und Arbeitssicherheit haben.

Damit weitere Einrichtungen von unseren Pilotprojektergebnissen profitieren können, arbeiten wir zur Zeit an einem Umsetzungsleitfaden und entwickeln eine Fortbildungsreihe.

### **Erste Schritte auf dem Weg zum Nachhaltigkeitsmanagement**

Vielleicht werden Sie sich schon gefragt haben: warum wird in diesem Beitrag die erfolgreiche Einführung eines Umweltmanagementsystems mit dem Thema Nachhaltigkeitsmanagement in Verbindung gebracht?

Mit diesem »Etikettenschwindel« stünde der Autor ja auch in einer »guten« Tradition, wird doch in Deutschland nur zu gern »Nachhaltige Entwicklung« als ökologische Strategie missverstanden.

Bei unserem Pilotprojekt war es jedoch anders. Es ist richtig: Zu Beginn unserer Konzeptentwicklung kamen wir eindeutig von der »Umweltseite«.

Unsere Vorstellung von Umweltmanagement war eindeutig: Wir wollten in kurzer Zeit ein respektables, quantitatives, die Umwelt entlastendes, Ergebnis erzielen.

Unsere Ziele sollten in Liter, kg oder kWh auszudrücken sein und sie hießen Abfallmengenreduktion, Wasser- und Energieverbrauchsminde- rung etc..

Sowohl bei der konzeptionellen Weiterentwicklung des Projekts und als auch bei der Projektumsetzung entstand jedoch eine »Eigendynamik« in Richtung Nachhaltigkeitsmanagement, die ich nun zum Abschluss näher erläutern möchte.

Ausgehend von der ökologischen Dimension wurde uns sehr schnell deutlich:

Es musste eine organische Verbindung zu den sozialen Belangen, den Ansprüchen der Mitarbeitenden und BewohnerInnen, der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Einrichtung sowie der Corporate Identity des Trägers gefunden werden.

Unser Umweltmanagement wäre gescheitert, wenn es als rein additives Verfahren, eingeführt worden wäre und einen neuen, isolierten (ökologischen) Steuerungsbereich im Einrichtungsmanagement aufgemacht hätte: neben der ökonomischen Steuerung, neben der Personalentwicklung und dem allgemeinen Aufbau und Ablaufmanagement.

*Ein wirklich erfolgreiches, dauerhaftes Umweltmanagement wird sich zu einem integriertem Nachhaltigkeitsmanagement weiterentwickeln oder als additives, nebensächliches Verfahren, das »man sich leisten kann oder nicht«, zu Grunde gehen.*

Ich möchte diese These mit einem Durchgang durch die Dimensionen einer Nachhaltigen Entwicklung erläutern.

### Die ökonomische Dimension

Auch innerhalb unseres Projektes musste Umweltschutz mit der betriebswirtschaftlichen Situation und ökonomischen Leistungsfähigkeit der Einrichtung in Einklang gebracht werden.

Betriebswirtschaftliche Erfolge unseres Umweltmanagement lagen besonders im Bereich des Energie- und Wasserverbrauchs sowie Abfallwirtschaft. Zusätzlich wurden Einnahmen durch Fördermittel erzielt (Förderung Photovoltaikanlage).

Ökonomische Verlustfaktoren waren auch bei unserem Projekt gegeben. Sie lagen im zusätzlichen Personaleinsatz (Einrichtung der (1/2)Stelle einer Umweltmanagementbeauftragte).

Besonders in der Implementationsphase ergaben sich zusätzliche Kommunikations- und Fortbildungszeiten. (z.B. für die Arbeit im Umweltausschuss und Umweltzirkel)

Darüber waren aber auch (weiche) wirtschaftliche Effekte zu betrachten, die in einem Haushaltsjahr nicht darstellbar sind.

- Zufriedenheit der MitarbeiterInnen und Identifikation mit der Arbeit in der Einrichtung: Imagegewinn durch die ökologische Profilierung / Pioniereffekt, dadurch relative Wettbewerbsvorteile der Einrichtung;

- Verbesserung der Motivations- und Organisationskultur in der Einrichtung: Identifikation mit dem Arbeitgeber und dem Arbeitsauftrag

- Volkswirtschaftlicher Gewinn: Reduktion schädlicher Umwelteinwirkung

### Die soziale Dimension:

Die soziale Dimension unseres Umweltmanagements habe ich bereits in der ökonomischen Dimension (s.o.) angedeutet.

Da ist zum einen die »Lebensqualität der BewohnerInnen« als Dreh und Angelpunkt der Geschäftstätigkeit einer Alteneinrichtung.

Das Umweltmanagementsystem in einer Altenpflegeeinrichtung musste sich natürlich an den Bedürfnissen der BewohnerInnen orientieren. Die Umweltschutzmaßnahmen durften nicht die Lebensqualität der BewohnerInnen schmälern, sondern mussten sie verbessern.

Da ist aber zum anderen die soziale Dimension des Zusammenarbeitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Angesichts hoher Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden wurde uns sehr schnell deutlich, dass Umweltschutz nicht etwas zusätzliches sein konnte, sondern in die alltäglichen Arbeitsabläufe integriert werden musste.

Als Außenstehende standen wir hier vor einer Überraschung:

In den Einrichtungen bestand zwar eine formale Aufbauorganisation. In der Praxis war vielfach aber ein eher unsystematisches »Kümmermanagement« angesagt.

Jeder »kümmerte« sich mehr oder minder um die Belange seines Arbeitsbereichs. Die Kommunikationsstrukturen waren oftmals unzureichend. Schnittstellen etwa zwischen Küche und Pflege, Einkauf und Pflege funktionierten nur teilweise.

Hinzu kam, dass weitere Managementsysteme wie z. B. ein Qualitätsmanagement, Arbeitssi-

cherheit, Beschwerdemanagement etc. an die vorhandenen rudimentären Strukturen angehängt werden sollten.

Uns wurde daher recht schnell klar, dass die soziale Dimension, d.h. die Kultur des Zusammenarbeitens in den Einrichtungen, neben der ökonomischen Dimension Schlüsselfaktor für den Erfolg unseres Umweltmanagementsystems sein würde.

Wir haben daher in enger Absprache mit der Leitung einen extrem beteiligungsorientierten Ansatz verfolgt.

Zur Umsetzung unseres Umweltmanagementsystems wurde eine flache Aufbauorganisation eingerichtet, die über einen Umweltausschuss und diverse Umweltzirkel sicherstellte, dass Umweltmaßnahmen nicht den Mitarbeitenden übergestülpt wurden, sondern unter Berücksichtigung ihrer Ideen und Kompetenzen entwickelt und mit ihnen in die Arbeitsabläufe integriert wurden.

Ein Vorschlagswesen für Verbesserungsmaßnahmen steigerte die Bereitschaft und damit die Motivation, sich mit der Umweltrelevanz des eigenen Tätigkeitsfeldes auseinander zusetzen.

Gerade weil es sich beim Umweltschutz um ein weniger zentrales Betätigungsfeld der Einrichtungen handelte, konnten wir eine Führungs- und Unternehmenskultur erproben, die u. E. auch richtungsweisend für die Steuerung der Gesamteinrichtungen ist.

Die wesentlichen Aspekte dieser Führungs- und Unternehmenskultur sind

- Transparente, flache Hierarchie
- Verbindung von Personalentwicklung und Organisationsentwicklung
- Motivationsorientiertes Vorgehen (Vorschlagswesen, Berichterstattung über Erfolge)
- Controlling als Kultur der Wertschätzung (Deine Arbeit ist wichtig! Mich interessiert das Ergebnis!)

Über diese beteiligungs- und kompetenzorientierte Vorgehensweise konnte ein Lernprozess angestoßen.

Ein Managementmodell und eine neue Unternehmenskultur sind entstanden, die auf alle Bereiche des Einrichtungsmanagements übertragen

werden können und hoffentlich übertragen werden.

#### Fazit:

Deutlich geworden ist bei unserem Modellprojekt eine fast »naturhafte« Eigendynamik in Richtung Nachhaltigkeitsmanagement, dass die Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Partizipation und Soziales Zusammenleben als Wirkungszusammenhang erfasst.

**Unseres Erachtens wird sich ein erfolgreiches Umweltmanagement zu einem integrierten Nachhaltigkeitsmanagement weiterentwickeln oder als auditives, »irgendwie angehängtes«. Letztlich nebensächliches Verfahren zu Grunde gehen.**

Es gibt viele gute Gründe und Ansatzpunkte für eine neue »Vorreiterrolle der Diakonie in Sachen »Nachhaltigkeitsmanagements«.

Intern können es, wie ich dargestellt habe u.a. betriebswirtschaftliche Gründe sein, Gründe, die die Verbesserung der MitarbeiterInnenführung und -motivation zum Ziel haben. Hier besteht großer Handlungsbedarf.

Nicht zu letzt stärkt die Einführung eines systematischen, an Nachhaltigkeitskriterien orientierten Managements die institutionelle Glaubwürdigkeit von Kirche und Diakonie.

Verstand sich diakonische Arbeit schon immer als gelebter Ausdruck der Freundlichkeit Gottes gegenüber allen Menschen, so müssen wir heute erkennen, dass dieser Auftrag viel umfassender ist und viel umfassender umgesetzt werden muss. Mensch und Mitwelt stehen angesichts der immer dramatischer verlaufenden Umweltkrise in einer Schicksals- aber auch Hoffnungsgemeinschaft.

Zwei essentielle Dienste müssen miteinander glaubhaft verbunden werden. Der Dienst an den Alten, Schwachen, Kranken mit unserer Verantwortung für Gottes Schöpfung.

Die Frage nach dem Wohl des Menschen darf nicht nur im Hinblick auf seine individuellen und sozialen Bezüge gestellt werden, sondern viel stärker als bisher auch im Hinblick auf die ökologischen Gesamtzusammenhänge.

Wir brauchen also wie in den Anfängen der Diakonie »Rettungshäuser«, nun jedoch »Rettungs-

häuser für Mensch und Mitwelt«, als Zeichen, als beispielhafte Orte, einer ganzheitlichen »Diakonie«, die Mensch und Mitwelt im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung umfasst.

Nachhaltigkeitsmanagement in den Einrichtungen von Kirche und Diakonie schlägt hierbei die Brücke vom Reden zum glaubwürdigen Handeln in den eigenen Einrichtungen.

**Anmerkung:**

<sup>1</sup> 1996: 8.253 Heime nach §1 Abs. 1 Heimgesetz mit 661.631 Plätzen, ohne Altenwohnheime bzw. Alten- Wohnheimplätze in Baden-Württemberg, Quelle: aktuelle Auskunft des Statist. Bundesamts, Wiesbaden

**Literatur:**

Breyer, Klaus/Leicht-Eckardt, Elisabeth/Möller-Rost, Martin: *Der lange Weg vom Reden zum Tun*, in: *Altenheim* 5/2001, S. 32-37

*Kurzinformation über das Pilotprojekt »Entwicklung und Implementation von Umweltmanagementsystemen in Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe« zur Mitte der Projektlaufzeit.*

Evangelische Akademie Iserlohn (Hg.): *Umweltmanagement in Einrichtungen der stationären Altenarbeit und Behindertenhilfe (1)*, Tagungsprotokoll der Tagung 23/2000, Iserlohn 2000

*Referate der Tagung als Zwischenbericht des Pilotprojekts »Entwicklung und Implementation von Umweltmanagementsystemen in Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe« zur Mitte der Projektlaufzeit.*

Breyer, Klaus/ Harbord Anette/ Leicht-Eckardt, Elisabeth/ Möller-Rost, Martin: *Praxisleitfaden. Umweltmanagement in der Alten- und Behindertenarbeit* (erscheint in Kürze) 

# Nachhaltigkeit als Tagesgeschäft? Aktivitäten des EED zur Umsetzung der Konvention über biologische Vielfalt

Wolfgang Seiss und Michael Frein

**Tagung »Von Rio über Johannesburg nach...«, Wittenberg, 14. – 16. 5. 2002. Die Autoren sind Mitarbeiter des Evangelischen Entwicklungsdienstes in Bonn.**

Was mit dem Titel Nachhaltigkeit als Tagesgeschäft gemeint sein mag, ist vielleicht nicht auf den ersten Blick und ohne weitere Erklärung erkennbar. Gemeint ist die Frage, wie und auf welche Weise der EED als Entwicklungsorganisation zu einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt.

In diesem Zusammenhang ließe sich über eine Reihe von entwicklungspolitischen Aktivitäten berichten. Denn während die Rio-Konferenz in den Industrieländern - und auch in Deutschland - als eine Weltumweltkonferenz mit einem entwicklungspolitischen Annex wahrgenommen wurde, war dies in den Ländern des Südens genau umgekehrt. Mit Blick auf Johannesburg lässt sich nun sogar feststellen, dass die entwicklungspolitischen Themen noch größeren Raum einnehmen werden, als dies in Rio der Fall war. Man darf gespannt sein, inwieweit dies sich in der öffentlichen Wahrnehmung hier widerspiegeln wird.

Natürlich könnte man sagen, dass im Sinne von Rio und Johannesburg nahezu alle Entwicklungspolitik - zumal wenn sie der direkten Armutsbekämpfung dient - einen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung darstellt. Dies wäre jedoch ein wenig zu einfach. Zehn Jahre nach Rio macht es Sinn, konkret zu fragen, inwieweit und wie der kirchliche Entwicklungsdienst dazu beiträgt, dass eines der Kernelemente der Beschlüsse des Rio-Prozesses, die Konvention über biologische Vielfalt, umgesetzt wird. Die Konvention verfolgt bekanntlich drei Ziele: Erhalt und Schutz der biologischen Vielfalt, ihre nachhaltige Nutzung und einen fairen und gerechten Ausgleich der aus dieser Nutzung entstehenden Vorteile. Damit spiegelt die Konvention eine wesentliche Erkenntnis aus Rio wider: Umwelt und Entwicklung sind zwei Seiten einer Medaille. Denn bei der Konvention über biologische Vielfalt handelt es sich keineswegs um ein Abkommen, das nur Umweltaspekte regelt; in bezug auf die entwicklungspolitische Dimension und soziale Gerechtigkeit enthält die Konvention ebenfalls eine Reihe von Vorschriften und Regeln.

Wie kann nun ein Entwicklungswerk wie der EED zur Verwirklichung dieser Ziele beitragen? Zunächst einmal, indem er durch personelle und finanzielle Förderung Menschen im Süden darin unterstützt, die biologische Vielfalt zu schützen, sie nachhaltig zu nutzen und für ihren gerechten Anteil der aus der Nutzung entstehenden Gewinne zu streiten. Letzteres heißt: Biopiraterie verhindern und dabei insbesondere auch traditionelles Wissen schützen. Die Beispiele von Biopiraterie sind weithin bekannt: etwa die Hoodia-Kakteen der San im südlichen Afrika, deren Interessen von unserer Partnerorganisation WIMSA vertreten werden und - das vielleicht bekannteste Beispiel - der Neembaum in Indien.

Der Hoodia-Kaktus wird von den San seit Jahrhunderten benutzt, um den Hunger zu vertreiben. Nun sollen seine Inhaltsstoffe in Schlankheitsmittel eingehen, die dem Wohlstandsbürger in den Industrieländern die Diät erleichtern. Dass damit möglicherweise viel Geld zu verdienen ist, steht außer Zweifel. Von Biopiraterie kann gesprochen werden, wenn die San an den daraus entstehenden Gewinnen nicht oder nicht in fairer und gerechter Weise beteiligt werden.

Der Neembaum ist in Indien seit Jahrhunderten als vielfältig verwendbare Pflanze bekannt. Das in den Samen vorhandene Öl wird traditionell gegen Pilze, Bakterien und sonstige Schädlinge eingesetzt, die Früchte sind essbar, der Baum schützt vor Moskitos, das Kauen seiner Zweige hat eine hervorragende Wirkung auf Zahnfleisch und Zähne. Ob der Neembaum auch Stoffe enthält, die gegen Malaria, Krebs und Aids wirksam sind, wird zur Zeit untersucht.



**Die Konvention für biologische Vielfalt will da Abhilfe schaffen.**

**Damit die Konvention mit Leben erfüllt wird und ihre Bestimmungen wirksam umgesetzt werden können, müssen die Menschen im Süden über ihre Rechte informiert und bei deren Durchsetzung gestärkt und unterstützt werden.**

Die fungizide Wirkung des Neembaum-Öls erweckte das Interesse des US-Landwirtschaftsministeriums und des US-Agro-Konzerns W.R. Grace. Sie ließen sich beim Europäischen Patent-

amt die Rechte an einem Mittel gegen Pilzbefall sichern. Dagegen klagten unter anderem indische Nichtregierungsorganisationen, die vor allen Dingen ins Feld führten, dass der US-Konzern nichts anderes unternommen hatte, als das Öl aus dem Samen zu extrahieren. Seine Wirkung war seit langem bekannt, was die Beschwerdeführer mit alten Dokumenten belegen konnten. Insofern, so die Argumentation, beruhte die Patentanmeldung schlicht auf einem Plagiat, das Patent wurde demnach zu Unrecht erteilt. Das Europäische Patentamt hat sich dieser Sichtweise angeschlossen und das fragliche Patent im Mai 2000 revidiert. Gegen dieses Urteil hat W.R. Grace jedoch Revision eingelegt, so dass ein endgültiges Urteil noch aussteht. Der Revisionsantrag hat aufschiebende Wirkung, das Patent ist bis zu einem endgültigen Urteil nach wie vor gültig, und die Biopiraterie geht weiter.

Biopiraterie heißt: die Menschen in Indien und anderen Entwicklungsländern gehen leer aus, während sich die nördlichen Konzerne eine goldene Nase verdienen. Traditionell genutzte Heilpflanzen bilden die Basis für neue Medikamente, über Jahrhunderte angebaute Nutzpflanzen enthalten Stoffe für die Züchtung neuer Pflanzensorten in der Landwirtschaft. Während das Wissen der Konzerne über Patente geschützt wird, ist das traditionelle Wissen der Menschen im Süden im Umgang mit Heilkräutern, natürlichen Pflanzenschutzmethoden und traditionellem Saatgut den Biopiraten vielfach ungeschützt ausgesetzt. Ihre jahrhundertelange Arbeit zur Erhaltung von Pflanzen und Ökosystemen wird nicht belohnt. Die Konvention für biologische Vielfalt will da Abhilfe schaffen. Damit die Konvention mit Leben erfüllt wird und ihre Bestimmungen wirksam umgesetzt werden können, müssen die Menschen im Süden über ihre Rechte informiert und bei deren Durchsetzung gestärkt und unterstützt werden.

**Der EED hat sich auf den Konferenzen selbst und in den dazugehörigen Vorbereitungsprozessen dafür eingesetzt, dass die internationalen Vertragswerke so ausgestaltet werden, dass sie den Interessen der Armen dienen und ihnen nicht etwa widersprechen.**

Mit diesem Ziel unterstützt der EED in Mittelamerika die Arbeit eines Verbandes von Bauern und indigenen Völkern, die 1994 gegründete »Bäuerliche und Indigene Koordination der kommunalen Agroforstwirtschaft« (CICAFOC). Mitglieder von CICAFOC sind ungefähr 70 Organisationen von

Bauern und indigenen Völkern, die in den Randzonen der Waldschutzgebiete von Panama bis Guatemala in Gebieten großer Biodiversität leben und in einer nachhaltigen Nutzung der jeweiligen Ökosysteme engagiert sind. Gerade die indigenen Mitgliedsverbände verfügen über lange und reichhaltige Erfahrungen in der Nutzung und Bewirtschaftung biologischer Ressourcen. Davon wollen multinationale Unternehmen profitieren. Sie wollen sich das traditionelle Wissen für neue Produkte zunutze machen.

Wenn ein multinationales Unternehmen mit den lokalen indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften über die kommerzielle Nutzung ihrer Ressourcen und ihres Wissens verhandelt, ist die Verhandlungsmacht denkbar ungleich verteilt. Ohne Kenntnisse über die Möglichkeiten der nationalen und internationalen Regelwerke sind die lokalen Organisationen stets in der unterlegenen Position. Daher hat CICAFOC eine intensive Beratungsarbeit für die Mitgliedsverbände initiiert. Kernpunkte sind die Sicherung von lokal angepassten Schutzrechten für geistiges Eigentum an biologischen Ressourcen und damit die Gewährleistung einer eigenständigen ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung sowie die Vereinbarung einer gemeinsamen Strategie gegenüber Unternehmen, Regierungen, internationalen Verbänden und auch Nichtregierungsorganisationen.

Das Problem der ungleichen Verhandlungspartner setzt sich unter Umständen auch fort, nachdem eine Einigung erfolgt ist. Sind die Regelungen, die mit einem multinationalen Unternehmen getroffen werden, um eine faire Beteiligung der lokalen beziehungsweise indigenen Gemeinschaft an den erzielten Gewinnen sicherzustellen, auch tatsächlich nur halbwegs gerecht? Und spiegelt das Vertragswerk die ausgehandelte Regelung wider? Auch juristische Beratung ist erforderlich. Eine durch den EED unterstützte Untersuchung eines solchen Vertragswerkes im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca beispielsweise soll in diesem Punkt weiterhelfen.

In Oaxaca begegnen die Menschen noch einem anderen Problem. Nicht nur haben auch dort Ethnobotaniker vielfach ohne die vorherige Erlaubnis lokaler Behörden oder indigener Gemeinschaften gearbeitet. Ein weiteres Problem ist, dass genetisch veränderte Organismen Eingang in die Kornkammern der Region finden. Eine Folge davon kann - durch sogenannten Genflow - die genetische Veränderung der Ursprungssorten sein, so etwa von Mais in Oaxaca. Erst durch die

Proteste von Gemeinden wird nun die Existenz von transgenem Mais in der Region bestätigt. Der EED kooperiert hier mit verschiedenen Organisationen (etwa die »Organisation für Umweltstudien« - GEA - oder der Zusammenschluss indigener Gemeinden im Norden Oaxacas - UNOSJO), die daran arbeiten, die biologischen Ressourcen vor genetischer Kontaminierung und das traditionelle Wissen der indigenen und lokalen Gemeinden vor Biopiraterie zu schützen.

In Costa Rica unterstützt der EED das Netzwerk Biodiversität. Dieses Netzwerk besteht aus indigenen und bäuerlichen Dachverbänden sowie Zusammenschlüssen von Nichtregierungsorganisationen aus dem Umwelt- und Landwirtschaftsbereich. Die Arbeit des Netzwerks wird aktiv von der Lutherischen Kirche Costa Ricas unterstützt. Sie besteht im wesentlichen in der Sicherung der biologischen Vielfalt und des traditionellen Wissens in den Händen der lokalen Gemeinden. Schwerpunktsetzungen sind die Formulierung von gesetzlichen Regelungen, mit denen indigene und bäuerliche Gemeinschaften ihre Kenntnisse und Ressourcen wirkungsvoll schützen und nutzen können. Dabei spielt auch die Frage eine wichtige Rolle, wie die bisherigen Erfahrungen und Diskussionen in anderen Ländern der Region nutzbar gemacht und in internationale Verhandlungen (etwa der Konvention über biologische Vielfalt oder der Welthandelsorganisation) eingebracht werden können.

Diese Zielsetzung der Partnerorganisationen unterstützt der EED durch eigene Lobbyaktivitäten und Advocacyarbeit. In Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisation hier in Deutschland - und auf europäischer Ebene - werden öffentliche

Veranstaltungen, Fachgespräche und Publikationen genutzt, um die Politik im Interesse der Menschen im Süden zu beeinflussen. Besondere Gelegenheiten bieten sich immer im Umfeld wichtiger internationaler Konferenzen. So hat der EED die Verhandlungen der UN-Arbeitsgruppe der Konvention über Biologische Vielfalt zu Zugang und gerechtem Vorteilsausgleich ebenso direkt begleitet wie die letzte Welthandelskonferenz der WTO in Katar.

Dabei hat der EED sich auf den Konferenzen selbst und in den dazugehörigen Vorbereitungsprozessen dafür eingesetzt, dass die internationalen Vertragswerke so ausgestaltet werden, dass sie den Interessen der Armen dienen und ihnen nicht etwa widersprechen. Konkret heißt dies, dass der in der Konvention für biologische Vielfalt vorgesehene Mechanismus für Zugang und gerechten Vorteilsausgleich umgesetzt werden und in der Praxis die Position gerade von indigenen und lokalen Gemeinschaften stärken muss. Dieses wiederum darf nicht unterlaufen werden von den Patentierungsvorschriften des TRIPs-Abkommens über Rechte an geistigem Eigentum in der WTO, das bislang einseitig die Interessen der multinationalen Konzerne unterstützt.

Diesen Zielen, einer Änderung des TRIPs-Abkommens und einer Umsetzung der Regeln für Zugang und gerechten Vorteilsausgleich, dient die Broschüre »Wem gehört die biologische Vielfalt?«, die die wesentlichen Forderungen von Regierungen des Südens und der Partnerorganisationen des EED wiedergibt und die diese - mit Hilfe begleitender Lobbyarbeit - gegenüber den Entscheidungsträgern in der Politik zu Gehör bringt. **D**

## In Krisen die Chancen sehen - nachhaltiger Wiederaufbau auf dem Balkan

Von Peter Rottach

**Tagung »Von Rio über Johannesburg nach...«, Wittenberg, 14. – 16. 5. 2002. Der Autor war als Diakonie-Büroleiter in Serbien tätig.**

### Informationen zu Serbien:

Serbien war, abgesehen von den Nato-Bombardements, von keinen Kriegshandlungen heimgesucht worden. Das Land sah sich jedoch gezwungen, rund 900 000 Flüchtlinge bzw. IDPs (Internally Displaced Persons) aufzunehmen. Der Bürgerkrieg auf dem Balkan hatte dramatische wirtschaftliche Folgen für die frühere Teilrepublik Jugoslawiens. Das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung ging im Verlaufe der zehn Kriegsjahre von ca. DM 1500.- auf heute etwa DM 150.- pro Monat zurück. Fast alle technischen Geräte und Maschinen in Haushalt und Landwirtschaft stammen aus den 80er Jahren und früher und nicht selten befinden sich Autos, Traktoren oder Einachsschlepper, die mehr als 30 Jahre alt sind, in Gebrauch.

An vielen Industriestandorten umfasst die Arbeitslosigkeit de facto 60 bis 80 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Noch schlimmer sind die wirtschaftlichen Bedingungen jedoch in Agrarstandorten wie z.B. in abgelegenen Berggebieten oder grenznahen Regionen zu Bulgarien. Dort liegt das Pro-Kopf-Einkommen bei etwa 2,00 DM pro Tag oder rund 1 USD, was in der UN-Armutstatistik auch im weltweiten Maßstab der absoluten Armutsgrenze entspricht.

Diese Agrarstandorte sind durch hohe Abwanderung arbeitsfähiger Bevölkerungsschichten in die urbanen Zentren des Landes vor Ausbruch des Bürgerkrieges geprägt. In der Konsequenz leiden die Dörfer unter z.T. extrem ausgeprägter Überalterung. Der sich daraus ableitende Arbeitskräftemangel lässt die Alten auf dem Lande, die oft zusätzlich durch Krankheiten und unzureichende Ernährung geschwächt sind, als die Ärmsten der Armen in Erscheinung treten.

Ernährungsengpässe gibt es aber auch unter Flüchtlingen/IDPs und unter der Stadtbevölkerung. Dabei schlagen weniger quantitative Aspekte zu Buche als qualitative, den vielfach ist die Ernährung zu einseitig und unausgewogen. Ursachen sind zum einen die oft nur auf Kohle-

hydrate und Fette ausgerichtete Lebensmittelhilfe für Bürgerkriegsflüchtlinge und zum anderen der Kaufkraftmangel der Stadtbevölkerung, der eiweißreiche Kost und vitaminhaltiges Obst und Gemüse nicht immer in der nötigen Menge zulässt. Ein Liter Milch kostet beispielsweise im Supermarkt etwa eine Mark, was in Anbetracht der niedrigen Löhne und Gehälter Milch für viele zu einem unerschwinglichen Luxusgut macht.

### Die Not- und Katastrophenhilfe der Diakonie:

Die Diakonie hatte ihre Arbeit in Serbien im Jahr 1999 aufgenommen. Sie konzentrierte sich zunächst auf die klassischen Flüchtlingshilfeprogramme, bestehend aus Suppenküchen, Winterhilfe, Medikamentenbereitstellung und Wohnrauminstandsetzung. Mit dem Ziel, die Abhängigkeit der Flüchtlinge/Vertriebenen von der Lebensmittelhilfe zu reduzieren, wurde im Jahr 2000 ein landwirtschaftliches Rehabilitationsprojekt begonnen, das nicht nur den direkt Bürgerkriegsgeschädigten, sondern auch der armen ländlichen Bevölkerung zugute kommen sollte.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2000 fiel dann der Startschuss für ein Obstbaum- und Beerenprojekt in abgelegenen Bergregionen in der südlichen Hälfte Serbiens. Ziel dieses Projektes war es, über die Selbstversorgung hinaus landwirtschaftlich aktiven Familien zu Einkommen zu verhelfen. Damit sollten nicht nur Armut und Not bekämpft und der Verbleib arbeitsfähiger Familienmitglieder auf dem Land gesichert werden, auch Anreize für eine Rückkehr der Stadtbevölkerung in ihre ehemalige ländliche Heimat wurden erhofft. Serbiens natürliche Rahmenbedingungen begünstigen in hohem Maße den Obstanbau. Selbst in den Zeiten der Wirtschaftssanktionen war serbisches Obst eine begehrte und reichlich gehandelte internationale Ware, nicht zuletzt für das deutsche obstverarbeitende Gewerbe.

### Hilfeempfänger der Diakonie-Projekte:

Unterstützt wurden überwiegend einzelne Betriebe und Familien, aber auch Gemeinschaftsprojekte wie z.B. größere Trocknungsanlagen für Obst oder Bewässerungseinrichtungen für Weiler oder ganze Dörfer kamen zum Zuge. Die Familien konnten aus einem Strauß verschiedenster Hilfs-

programme auswählen. Je nach Vorkenntnissen, Neigungen, wirtschaftlichen Interessen und der Verfügbarkeit von Land wurde Unterstützung für Schaf-, Bienen oder Hühnerhaltung, für Gewächshäuser, Beerensträucher oder Baumsetzlinge, Gemüsesaatgut und Bewässerungspumpen angeboten. Auch Ersatzteile und Zubehör für vorhandenes landwirtschaftliches Gerät spielte eine Rolle, wobei hier die finanzielle Obergrenze der Förderung von DM 2000.- den Wünschen der Dorfbevölkerung oftmals einen Riegel vorschob.

Die Auswahl der Nutznießer erfolgte zunächst in einem Antragsverfahren mit vorgefertigten Formularen und unter Einbeziehung offizieller Kreise (Dorfvorsteher) und Sachverständiger der Diakonie (persönliche Besuche jeder infrage kommenden Familie durch Diakonie-Angestellte). Im weiteren Verlauf der Projekte wurden von der Diakonie sogenannte PRA-Teams (Participatory Rural Appraisal) ausgebildet, die in einem z.T. mehrwöchigen Prozess auf transparente und partizipative Weise nicht nur wirklich bedürftige Hilfeempfänger auswählen, sondern auch bestehende und zukünftig mögliche Eigeninitiativen der Dorfbevölkerung ohne Zutun der Diakonie ermitteln bzw. anregen sollten. Dadurch kam es bereits in einigen Dörfern zur Gründung von Kooperativen, durch die Mitglieder sich gegenseitiger Hilfe stärker versichern und gemeinsame Projekte initiiert werden können.

Insgesamt wurden mehr als 12 000 Menschen direkt von den Agrarprogrammen der Diakonie erreicht und gefördert. In einem intensiven Monitoringprozess werden z.Z. die Auswirkungen der Maßnahmen auf die Ernährungssicherheit und die Einkommenssituation der Menschen verfolgt

### **Nachhaltigkeit der Projekte:**

Ergänzt wurden die Verteilungsaktionen der Diakonie durch Maßnahmen des Umwelt- und Ressourcenschutzes wie auch durch Hilfe bei der Vermarktung. Im Kontext der Verteilung landwirtschaftlicher Nutztiere kamen beispielsweise Aspekte der artgerechten Haltung und der Anpassung an die gegebene kleinbäuerliche Subsistenzökonomie zum Tragen. So wurden nicht, wie häufig üblich, Hybridlegehennen in Käfighaltung angeboten, sondern lokale, reproduktionsfähige und nur für Freilandhaltung geeignete Hühnerrassen, die auf Bauernhöfen in der Region selbst aufgekauft worden waren. Der Obstanbau schließlich trägt als Dauerkultur nicht nur zu einer bodenschonenden Nutzung steiler Hangla-

gen bei, er weist auch vielfältige Pluspunkte gegenüber annuellen Kulturen oder Weideflächen in Punkto Wasserspeicherung, Mikroklima und Artenvielfalt auf.

Es war von Anfang an klar, dass das Ziel der Einkommensschaffung durch den Obstanbau nicht ohne ein Eingehen auf die Vermarktungsstrukturen und -potenziale zu erreichen sein würde. Da der Obstmarkt im Lande selbst aufgrund der wirtschaftlichen Krise zumindest momentan noch äußerst begrenzt ist und auf der anderen Seite bereits langjährige Erfahrungen im Exportgeschäft bestehen, lag eine Bewertung gegenwärtiger und zukünftiger Vermarktungschancen in der EU nahe. Zu dem Zweck wurde die Vize-Landwirtschaftsministerin zu einer einwöchigen Reise nach Deutschland eingeladen und mit Importeuren, der verarbeitenden Industrie sowie Consulting-Firmen in Kontakt gebracht. Als Ergebnis stellte sich heraus, dass der Markt für konventionell hergestelltes Obst weitgehend gesättigt ist. Eine große Nachfrage jedoch besteht auf dem Gebiet vieler EU-Mitgliedsländer nach zertifizierter Bioware.

Aufgrund dieser Erkenntnisse organisierte die Diakonie in Serbien ein großes Symposium zum biologischen Landbau, bei dem fast 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Forschung und Lehre, von anderen Hilfswerken und NGOs bisherige Ansätze und zukünftige Potentiale des Biologischen Landbaus diskutierten. Unter anderem wurde dabei die Empfehlung ausgesprochen, biologische Anbauverbände zu gründen und gleichzeitig den bäuerlichen Betrieben Fachberatung im biologischen Landbau anzubieten.

Im Projektgebiet und mit Unterstützung der Diakonie kam es daraufhin zur Gründung einer Bio-Organisation namens TOPPAS (Transitional and Organic Producers and Processors' Association of Serbia), die ausschließlich von lokalen Bäuerinnen und Bauern getragen wird. Parallel dazu nahm ein Beratungsprojekt der Diakonie zum biologischen Obstbau seine Arbeit auf, in welchem zunächst einheimische Fachleute geschult werden, die ab Herbst 2002 Kurse und Schulungen in den Dörfern durchführen werden.

### **Lehren aus der Krise:**

Die derzeitige wirtschaftliche Krise in Serbien läßt die Bedeutung der Landwirtschaft zur Existenzsicherung breiter Bevölkerungsschichten eindeutig erkennen. In Jugoslawien Ende der 80er Jahren hätte wohl kaum jemand Kriegshandlungen, Ge-

walttätigkeiten und einen derartigen wirtschaftlichen Niedergang für möglich gehalten. Während damals noch die Stadtbevölkerung ihren Verwandten auf dem Lande Geld- und Sachgeschenke zukommen ließ, findet heute ein umgekehrter Kapitaltransfer statt. Die Stadtbevölkerung reist an Wochenenden oder in den Ferien auf's Land zu ihrer Verwandtschaft und deckt sich dort mit den nötigsten Grundnahrungsmitteln ein. Das ist vielfach nur sehr begrenzt möglich, denn die Vernachlässigung der Agrarproduktion in Zeiten wirtschaftlicher Blüte hatte viele Flächen verwildern, Betriebsmittel verkommen und Know How verschwinden lassen.

Positiv bewertet werden kann die Tatsache, dass Kaufkraftschwäche und Wirtschaftssanktionen Agro-Chemikalien über ein ganzes Jahrzehnt hinweg kaum zum Einsatz kommen ließen. Damit kann sich Serbien heute zu einem interessanten Anbieter von Öko-Produkten aufschwingen. Das verstärkt die Einschätzung vieler Fachleute aus Wirtschaft und Politik, dem Land würde sich nur über den Agrarsektor eine Chance eröffnen, an globalen Märkten teilzuhaben und einen allmählichen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen. 

# Ethisches Investment- eine Aufgabe für die Kirche? - Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Von Dr. Beatus Fischer

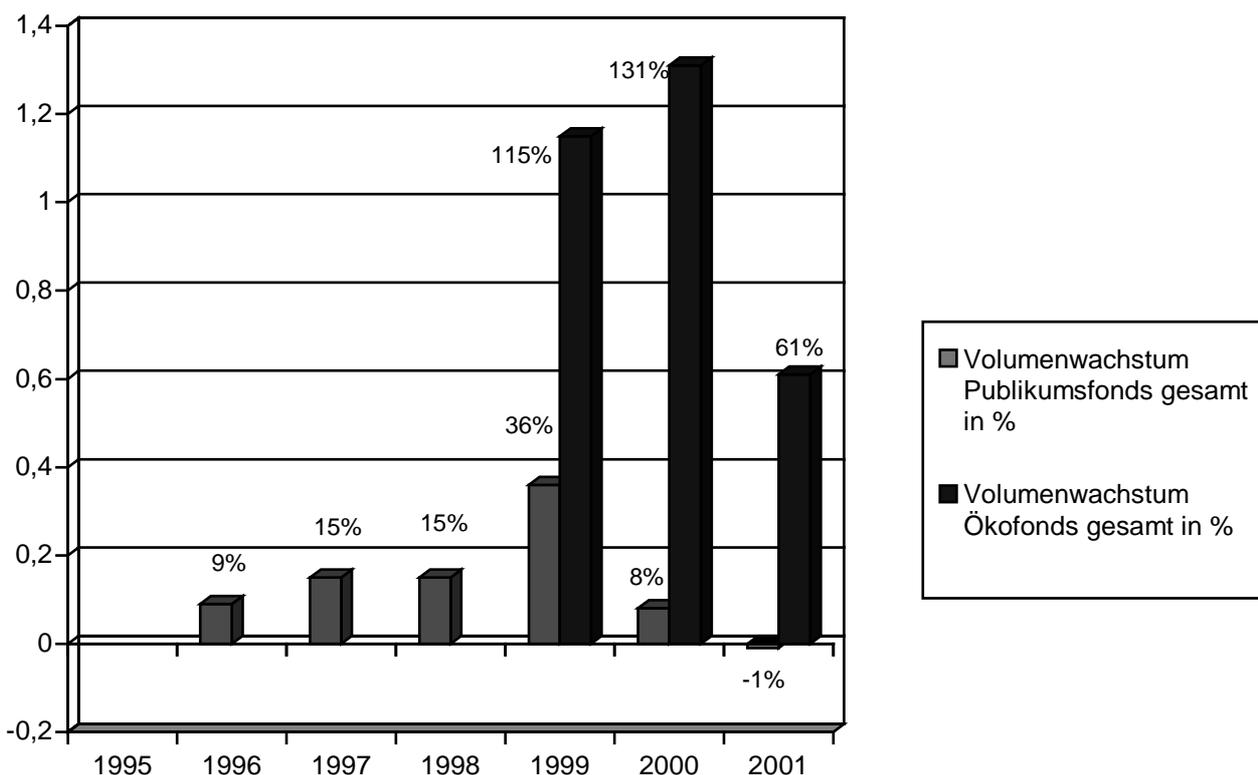
**Tagung »Von Rio über Johannesburg nach...«, Wittenberg, 14. – 16. 5. 2002. Der Autor war bis Februar 2002 als Finanzreferent der Evangelischen Landeskirche in Baden tätig. Außerdem gehörte er verschiedenen Gremien der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) an.**

1. Der Vortrag in der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt e.V. in Wittenberg am 15. Mai 2002 wurde auf Grund einer Power Point Präsentation mit graphischen Darstellungen und stichwortartigen Texten gehalten. Die vom Autor nachträglich als Fließtext erstellte Version ist keine »geschriebene Rede«, sondern eher eine »gesprochene Rede« und stellt thesenartig die wesentlichen Aussagen des Referates zusammen.

**„ Es gibt keine Norm für »ethische Anlagen«, da die ethischen Vorstellungen der Menschen so breit gefächert sind wie das Normengefüge gestreut ist.**

2. Kirche in ihrer sichtbaren Gestalt ist Teil des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens und kann nicht losgelöst von der Welt ihre Aufgaben wahrnehmen. Daraus leiten kirchliche Investoren ab, dass neben den klassischen Investitionskriterien (siehe weiter unten) weitere nicht zu beachten sind. Andere hingegen und dies mit steigender Zahl, wenngleich in der Minderheit, betonen, dass Kirche im Lichte des Evangeliums besondere Verantwortung für ihr Handeln hat und eine Eigengesetzlichkeit auf Grund von fachspezifischen Anforderungen der Kapitalmärkte nicht ohne kritische Begleitung und wenn möglich Beeinflussung einfach hingenommen werden kann und sollte. Die einen betonen aus einer falsch verstandenen lutherischen Zweireichelehre, dass Börse und Kirche nicht vermengt werden sollen (»Die Börse hat keine Seele.«) Die anderen betonen, dass es keinen Bereich gibt, der nicht von der Herrschaft Jesu und der Botschaft des Evangeliums geprägt und befragt werden müsse. Beide sind sich einig, dass sie nicht frei von Schuld sind – auch nicht, wenn nach ethischen Maßstäben bei Investitionen gesucht wird.

**Graphik 1: Mittelzufluss zu ethische Publikumsfonds im Vergleich zum Gesamtmarkt**



3. Auch wenn kirchliche Investoren nach ethischen Anlagekriterien suchen, wird die Aufgabe nicht leichter. Dies hängt auch damit zusammen, dass unter dem Etikett »ethische Anlagen« eine Vielzahl von Produkten mit unterschiedlichen Bezeichnungen von ökologisch, Wind, grün, sozial, nachhaltig, um nur einige Bezeichnungen zu erwähnen, firmieren. Es werden über 80 Publikumsfonds angeboten, deren Investitionskriterien unterschiedlich transparent sind. Wer sich auf dieses Feld wagt, muss sich sein eigenes Urteil bilden – oder darauf vertrauen, dass andere es dem Investor schon abgenommen haben. Gemessen an der gesamten Marktkapitalisierung spielen diese Anlagen in Deutschland mit weniger als einem Prozent keine Rolle; allerdings sind die Zuwachsraten überproportional (Graphik 1).

In den USA sind ca. 15 % aller Investitionen in diesem Marktsegment angelegt. Nach den Bedingungen für die Altersversorgungsprodukte (»Riester Rente«) sind die Anbieter dieser Produkte veranlasst, darüber Auskunft zu geben, ob und wie nachhaltige Kriterien bei der Investition beachtet wurden.

Es gibt allerdings keine Norm für »ethische Anlagen«, da die ethischen Vorstellungen der Menschen so breit gefächert sind wie das Normengefüge gestreut ist. Dabei haben es Christen noch relativ einfach, da die Heilige Schrift die Rahmenbedingungen des Handelns einschränkt und das, was ethisch gerechtfertigt ist oder nicht, vor dem Hintergrund des Evangeliums reflektiert werden kann. Freilich ist die Bibel kein Rezeptbuch und gibt keine Hinweise, wie ein ethisch orientierter Investmentprozess organisiert werden soll.

Die Forderung, dass auch die Kirche ihre Investitionen unter ethischen Kriterien bedenken und auswählen soll, wurde durch die 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Vancouver 1983 deutlich formuliert. In dem dort ausgerufenen Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wurden die Kirchen aufgerufen, mit ihrem wirtschaftlichen Handeln Frieden und Gerechtigkeit zu stärken und im Umgang mit der Schöpfung diesen Zielen zu dienen. Das finanzielle Gebaren wurde als Teil der »Schöpfung« verstanden. Die UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992 konkretisierte diese Forderung durch die Einführung des aus der Forstwirtschaft entlehnten Begriffes der nachhaltigen Entwicklung (sustainable development). Darunter wird eine

Entwicklung verstanden, bei der die Bedürfnisse heutiger Generationen so befriedigt werden, dass die Lebenschancen nachkommender Generationen nicht massiv beeinträchtigt werden. Nachhaltigkeit meint also den schonenden und erhaltenden Umgang mit den Ressourcen der Schöpfung, indem mit der Umwelt (ökologisch) schonend, mit den Menschen von Mitarbeitern, über Kunden und Lieferanten bis zu den Aktionären sozial verträglich und menschenachtend umgegangen wird und die kulturellen Eigenarten als gewachsene Lebensweisen geachtet werden.

4. Langfristige Untersuchungen zeigen, dass nachhaltige Investitionen nicht zu Lasten der Rendite gehen müssen. Es entspricht einer wirtschaftlichen Logik, dass nur diejenigen auch morgen noch Gewinne machen können, die nicht heute schon alle Ressourcen verbraucht haben. Zudem sind Unternehmen stärker, als mancherorts und insbesondere auch in der Kirche gemutmaßt, sich ihrer Verantwortung auch als soziale Veranstaltung durchaus bewusst. Sie sind es gewohnt, mit möglichst geringem Mitteleinsatz ein Ergebnis zu erzielen (Input-Output-Effizienz) und sei es nur deswegen, weil die produktivere Konkurrenz sonst das Feld bestimmt.

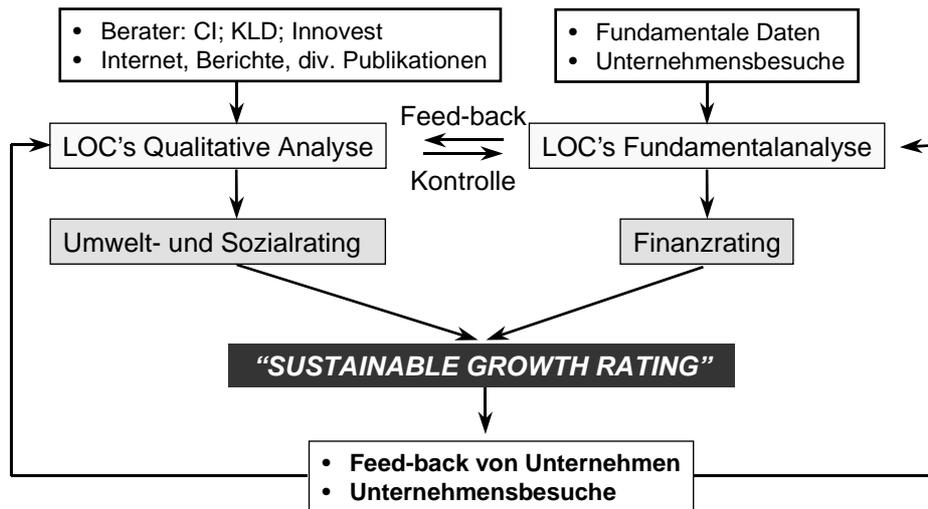
**„ Es ist erstaunlich, wie stark in außerkirchlichen Investorenkreisen das Interesse an nachhaltigen Investments gestiegen ist. Und es ist erstaunlich wie zögerlich kirchliche Kapitalsammelstellen (Versicherungen, Banken, Versorgungswerke, Landeskirchen) sich um die Frage bemühen, welche ethischen Kriterien kirchlichen Ansprüchen vor dem Licht des Evangeliums genügen.**

Auch für kirchliche Investoren gelten bei nachhaltigen Anlagen die klassischen Kriterien institutioneller Anleger: eine angemessene Rendite soll bei minimiertem Risiko und einer verpflichtungsorientierten Liquidität erwirtschaftet werden. Darüber hinaus müssen die nachhaltigen Anlagen Bestandteil der strategischen Ausrichtung der Anlagepolitik (strategische asset allocation) sein. M.a.W.: Nachhaltiges Investieren ist nicht die Domäne der gutmütigen Idealisten, die sich ihren Idealismus einiges kosten lassen, sondern Sache von Profis, die ihr Handwerk verstehen. Und: ethisches oder nachhaltiges Investieren ist nicht nur ein Alibi für einen kleinen Anteil der Investitionen, auch wenn Erfahrungen im Laufe der Jahre noch gesammelt und verdichtet werden müssen. Deshalb müssen einige der Ratingkriterien wie die Ausschlusskriterien (siehe unten) für

alle Investitionen in Aktien gelten. Das fundamentale und nachhaltige Research gehört in ein Unternehmen, ebenso wie Fondsmanagement und Research; gutes Research nützt nichts, wenn das Management schlecht ist. Wenn der Anspruch auch in der Wirklichkeit bestehen will,

müssen die nachhaltigen und fundamentalen (wirtschaftlichen) Checks sich gegenseitig befragen und kommunizieren lassen, wie dies in der folgenden schematischen Darstellung des Investitionsprozesses bei Lombard Odier der Fall ist:

Graphik 2: Integrierter Investitionsprozess



5. » Wer sein Geld nach eigenen ethischen Vorstellungen anlegen will, bleibt trotz Ethikfonds darauf angewiesen, sich ein eigenes Urteil zu bilden« ( Graf Henckel von Donnersmarck, F.A.Z. 19.3.2002); dies gilt umso mehr, als es sich nicht um eigenes, sondern treuhänderisch verwaltetes Vermögen handelt. Deshalb ist die Evangelische Landeskirche in Baden einen eigenen Weg gegangen, den sie in einem einjährigen Auswahlprozess gemeinsam mit ihrem Berater, dem Consultingunternehmen RMC, in einem neuen und in Teilen bislang in Deutschland einmaligen Produkt gemeinsam mit anderen Anlegern aus dem kirchlichen Bereich konstruiert und aufgelegt hat. Als Partner auf der Bankenseite stellt das Bankhaus Lombard Odier das Research, das Management und mit ethos services GmbH, Genf, die Stimmrechtsausübung weltweit sicher. Als Depotbank nach deutschem Recht fungiert die Metzler Bank, Frankfurt.

Maßgeblich für diesen »eigenen« Weg war, dass die Kriterien, die den unterschiedlichen Ratingverfahren zu Grunde liegen, entweder nicht offen gelegt und deshalb nicht kommuniziert werden können oder oft auf subjektiven Selbsteinschätzungen von Unternehmen selbst beruhen, die sie

in Fragebögen der Ratingagenturen schriftlich wiedergeben. Teilweise wird der »Erfolg« der Indices getestet, indem für die Jahre vor der Implementierung der Ratingverfahren so getan wird, als hätte das Rating schon die Auswahl begleitet ( »backtesting« ). Zudem sind die Ausschlusskriterien und die Kriterien des Ratings sehr unterschiedlich und fremdbestimmt. Es muss beispielsweise darüber befunden werden, ab welchem Umsatzanteil der Verkauf von Alkohol zum Ausschluss eines Einzelhandelsunternehmens führt, da die Produktion und der Vertrieb von Alkohol ebenso wie Tabakproduktion, Glücksspiel u.a. Branchen dazu führen, dass Aktien von Unternehmen aus dieser Branche nicht gekauft werden. Ebenso kann die Tatsache, dass auf einem LKW nicht nur Obst, sondern auch Waffen transportiert werden ( »dual use« ) nicht zu Ausschluss dieses LKW produzierenden Unternehmens führen. Fraglich ist auch, ob der gewählte Ansatz, in jeweils die zehn wirtschaftlich wie auch unter nachhaltigen Kriterien besten Unternehmen zu investieren, gerechtfertigt ist. Gibt es zwischen Banken und Automobilunternehmen hinsichtlich der Nachhaltigkeit der produzierten Güter und Dienstleistungen tatsächlich keinen

Unterschied, wie die Indices, die nach dem »best in class« Ansatz arbeiten, unterstellen?

Der Weg, den die Evangelische Kirche in Baden gemeinsam mit den Partnern gefunden und implementiert hat, umfasst folgende Stufen:

- Negativliste entscheidet über Branchen, in die nicht investiert werden darf.
- Die Positivliste gewichtet die verbleibenden Unternehmen unter wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kriterien mit Stufen zwischen A und D, in Unternehmen der letzten beiden Stufen wird nicht investiert.
- Mit den Leitungen der Unternehmen werden nicht nur wie üblich die Ergebnisse des Finanzratings besprochen, sondern auch die des nachhaltigen Ratings. Denn es gilt: Nicht abstrafen, sondern Bewusstsein verändern und wo positive Ansätze eines Veränderungsprozesses zu sehen sind, diese zu unterstützen.
- In einer letzten Stufe wird sichergestellt, dass die Rechte der Aktionäre als Anteilseigner auch wahrgenommen werden, indem die Geschäftsberichte und Einladungen nebst Anträgen zu den Hauptversammlungen analysiert werden und gegebenenfalls Anträge gestellt werden. Um die Wirksamkeit der Antragstellung zu verbessern,

werden über ein Netzwerk international gleichgesinnter Investoren die Stimmen gebündelt.

6. Es ist erstaunlich, wie stark in außerkirchlichen Investorenkreisen das Interesse an nachhaltigen Investments gestiegen ist. Und es ist erstaunlich wie zögerlich kirchliche Kapitalsammelstellen (Versicherungen, Banken, Versorgungswerke, Landeskirchen) sich um die Frage bemühen, welche ethischen Kriterien kirchlichen Ansprüchen vor dem Licht des Evangeliums genügen. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass das Risiko dieser Anlagen gegenüber anderen höher sein kann, weil durch Ausschlussliste und Über- und Untergewichtungen die Zahl der Werte abnimmt, in die investiert werden kann; mit geringerer Diversifikationsmöglichkeit steigt das Risiko. Allerdings ist das Universum, das schon überprüft wurde, mit rund 350 Werten groß genug, um die Abweichungen von »normalen« Investments nicht allzu groß werden zu lassen; zumal auch bei herkömmlichen Fonds aus Gründen des Handlings und der Größe der investierten Unternehmen selten mehr ausgewählt werden.

Aber es ist, wie die Verhältnisse in den USA und Großbritannien belegen, nur eine Frage der Zeit, bis auch kirchliche Anleger in Deutschland sich ihrer Verantwortung bewusst werden. Auch der Verfasser dieses Beitrags hat dazu lange gebraucht. D